C21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 41/19. März 74 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes 50 Pf.

Schlichtung gegen Streik

Die Metalltarifrunde 1973/74 ist im Ergebnis abgeschlossen - 10 der 16 Tarifbezirke (bei Redaktionsschluß) haben sich auf den nordrheinwestfälischen Abschluß vom 20. Februar geeinigt - trotzdem erreicht der Tarifkampf mit dem am 6. März begonnenen Streik im Tarifgebiet Bremen/Unterweser seinen Höhepunkt.
52 ooo Metallarbeiter stehen hier im Streik für die offiziellen gewerkschaftlichen Forderungen von 18 % und mehr Urlaub und Urlaubsgeld. In einer Urabstimmung hatten sich 94 % der an der Abstimmung beteiligten Metaller (88 % aller in der IG Metall organisierten Mitglieder) für diesen Streik ausgesprochen.



Streikposten vor der Bremerhavener Rickmers-Werft. Zahlreiche Kollegen erscheinen vor dem Tor, verstärken die Posten und diskutieren die Lage

Zeifelsohne waren die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst bei der Post und der Bundesbahn mit dem 11 %-Abschluß der Durchbruch für die diesjährigen Abschlüsse auf den Lohnleitlinien. Der hier entfachte Wirbel ermöglichte es den Führern der IG Metall im Windschatten dieses Abschlusses alle Vorbereitungen für ähnliche Metallabschlüsse zu treffen.

Daran ändern auch noch so lautstarke Äußerungen der Gewerkschaftsführer nichts - der Abschluß bei ÖTV sei nicht maßgebend usw.

Dem Aufstellen der Forderungen in den Bezirken der IGM Mitte Dezember folgten erst am 8. Januar die ersten Verhandlungen. Sie begannen in Schleswig/Holstein und kurze Zeit später folgten Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen.

In allen Tarifbezirken liefen die Verhandlungen nach dem gleichen Muster ab:

Die Kapitalisten legten überall ihr Angebot von 8,5 % vor - erst nach mehreren Wochen Verhandlungen wurden diese für gescheitert erklärt.

Danach begann die Prozedur mit der Schlichtung.

Die Schlichtung hat sich „bewährt"

Das erst im Oktober abgeschlossene neue Schlichtungsabkommen zwischen IG Metall und dem Unternehmerverband Gesamtmetall erwies sich als ein wesentliches Instrument, die Tarifverhandlungen auf den Lohnleitlinienabschluß zu führen. Nach dem langen Hinauszögern der Verhandlungen (3 - 4 Wochen) diente

Forts. Seite 2

Politischer Terror in Spanien verschärft sich

**„Trauriges Spanien,
das nur in der Welt existiert,
wenn vom Tode geredet wird"
(Spanischer Exildichter Rafael Alberti)**

Am 2. März wurde der spanische Revolutionär Salvador Puig Antich von der spanischen Terrorjustiz ermordet. Ein Militärgericht verurteilte ihn wegen „Teilnahme an einem Banküberfall" und eines „tödlichen Schusses auf einen Polizisten", der ihn überwältigen wollte, zweimal zum Tode. Er wurde durch die in Spanien „übliche" aus dem 14. Jahrhundert stammende Hinrichtungsmethode, die Garotte, brutal ermordet. (Die Garotte ist ein Würgeeisen, das dem Opfer um den Hals gelegt und langsam zugeschraubt wird, bis ein Dorn die Wirbelsäule durchtrennt!).

Dieser politische Mord des faschistischen Regimes in Spanien ist der vorläufige Höhepunkt einer unglaublich gesteigerten Hetzjagd auf oppositionelle und vor allem kommunistische Arbeiter und Intellektuelle. Seitdem ein Kommando der baskischen Widerstandsorganisation E.T.A. den verhaßten Regierungschef Carrero Blanco Ende Dezember '73 samt seiner Staatskarosse in die Luft gesprengt hatte, haben die spanischen Faschisten einen regelrechten Ausrottungsfeldzug gegen die innere Opposition in Spanien gestartet.

Täglich werden Antifaschisten, Kommunisten oder Menschen, die in irgendeiner Weise „verdächtig" sind, verhaftet, vor Militär- oder sog. Sondergerichten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, um dann in den berüchtigten Folterkammern des spanischen Staates gequält und für jede spätere politische Aktivität „ausgeschaltet" zu werden.

Wir wollen hier eine kurze Übersicht der Verbrechen des spanischen Staates an Mitgliedern oppositioneller Gruppen geben, die nach dem Dezember '73 verübt wurden. Den traurigen Anspruch auf Vollständigkeit können wir leider nicht erheben. Die bürgerliche Presse in der BRD berichtet nur über die hervorstechendsten Ereignisse, und auf diese Presse müssen wir uns im wesentlichen beziehen.

Der greise, aber durchaus noch „rührige" Oberfaschist Franco setzte Anfang Januar während einer Ansprache im Prado-Palast das Fanal für „schärferes Durchgreifen", indem er erklärte, der Kampf gegen den Terrorismus sei „so bedeutsam und wichtig, wie die Vorbereitung einer Armee auf einen Einsatz gegen einen äußeren Feind", d.h. volle Mobilisierung aller Unterdrückungskräfte gegen die innere Opposition.

Forts. Seite 20

CDU–Erfolg in Hamburg – Ein Warnsignal

ERKLÄRUNG DER LEITUNG DES KB

Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen Anfang März hat die SPD eine empfindliche Schlappe erlitten: Zum ersten Mal seit 1957 verlor die SPD die absolute Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft. Von 55,3% (1970) fiel sie auf 44,9%, also ein Verlust von mehr als 10%. Die CDU gewann rund 8% dazu, von 32,8% auf 40,6%. In zwei Bezirksversammlungen, denen von Altona und Wandsbek, ist die CDU jetzt stärker vertreten als die SPD.

Dieses Wahlergebnis bringt eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik der SPD zum Ausdruck, sowohl auf nationaler Ebene (Teuerung, soziale Verunsicherung) wie auf örtlicher Ebene (Schule, Wohnung, Korruption und „Verfilzung" der SPD mit „Neuer Heimat", „Coop" etc.). Diese Unzufriedenheit kommt beim gegenwärtigen Stand der Klassenkämpfe noch fast ausschließlich der größten bürgerlichen Oppositionspartei, der CDU, zugute. Auch die FDP, Koalitionspartner der SPD, konnte immerhin 3,8% dazu gewinnen. Dagegen entfiel auf die beiden „kommunistischen" Parteien nur ein Zugewinn von 0,8%: 0,5% mehr für die DKP (von 1,7% auf 2,2%) und 0,3% für die erstmals kandidierende „KPD/ML".

Die Unzufriedenheit mit den Zuständen der kapitalistischen Gesellschaft und der Politik des bürgerlichen Staates führt auf der Ebene der Wahlen noch nicht zu mehr als zum Austausch einer bürgerlichen Partei gegen eine andere. Um diese Verschiebung zugunsten der CDU richtig einzuschätzen, muß gesagt werden, daß die CDU sich im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf keineswegs darauf beschränkte, tatsächliche Mißstände demagogisch auszuschlachten (Situation an den Schulen und überhaupt die Situation der Kinder in Hamburg, Teuerung u.ä.), sondern auch eine massive offen rechtsgerichtete Agitation betrieb: gegen die „Radikalen" im Öffentlichen Dienst, gegen chilenische Flüchtlinge (die als von der SPD verhätschelte „Revolluzer" diffamiert wurden), gegen die Jusos, gegen angebliche „sozialistische (!) Experimente" der SPD. Es handelt sich also offensichtlich nicht nur um eine äußerliche Verschiebung von Stimmen zugunsten der CDU, sondern daneben auch um eine Rechtsentwicklung unter Teilen des Volkes, die diesen Parolen der CDU ihre Stimme gaben.

Diese Entwicklung (Verschiebung von SPD zur CDU/CSU) steht insofern erst am Anfang, da es der Regierung z.Z. noch zugute kommt, daß die BRD beim internationalen Marsch des Imperialismus in die Krise noch relativ gut dasteht, verglichen etwa mit Italien und Großbritannien.

Forts. Seite 25

WIE IM 'WILDEN WESTEN':

Sonderrecht für Bullen

Im Februar stand ein Kriminaloberwachtmeister vor Gericht, der einen 18-jährigen Kollegen „aus Jux" erschossen hatte. Der „Spaß" ereignete sich im Mai 73 im Polizeipräsidium von Hannover. Der junge Polizist war von den Kollegen aufgefordert worden, ihnen Bier zu holen, hatte aber dazu wohl keine Lust gehabt. Da richtete Oberwachtmeister Wessels seine Pistole auf den 18-jährigen und drückte „aus Spaß" ab.

„Strafe" für das Auslöschen dieses jungen Lebens: acht Monate mit Bewährung wegen „fahrlässiger Tötung" und 1.500 DM Geldbuße.

Ein anderer Fall: Ein Münchner Polizeihauptmeister, Georg Schabl, fühlte sich durch den Lärm aus einer Kneipe gegenüber von seiner Wohnung gestört. Er marschierte mit seiner Dienstpistole in die Kneipe und ballerte nach einem kurzen Wortwechsel wie ein Irrer um sich. Ergebnis: vier Gäste durch Bauchschuß, Hüftdurchschuß, Hodenschuß und Oberschenkelschuß schwer verletzt. Kommentar des schießwütigen Bullen: **„Ich bin Polizist. Ich kann schiessen, wann und auf wen ich will."**

Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an. Schabl, der übrigens schon früher Nachbarn mit seiner Waffe bedroht hatte, habe „in Notwehr" gehandelt.

Forts. Seite 24

Generalstreik in Äthiopien



Die Studenten der Universität von Addis Abeba protestieren gegen das politische System in Äthiopien.

ERSTER NAGEL ZUM SARG DER FEUDAL-DIKTATUR

Zum erstenmal in der Geschichte des nordafrikanischen Staates Äthiopien sind Anfang März die Arbeiter des Landes in einen Generalstreik getreten.

Äthiopien wird vorwiegend von Großgrundbesitzern beherrscht. Kaiserhaus, Staatskirche und feudalistische Privatbesitzer teilen sich die Ausbeutung der Bauern, die ihnen bis zu 90 % ihrer Ernten als „Pacht" abliefern müssen. Die Feudalherren haben an einer Entwicklung der Landwirtschaft wenig Interesse, was dazu geführt hat, daß allein im letzten Jahr in Äthiopien schätzungsweise 100.000 Menschen verhungerten. Die Industrie erwirtschaftet erst etwa 5 % des Nationaleinkommens; nur ca. 50.000

Forts. Seite 10

Forts. Metalltarifrunde 74

die Schlichtung dazu, die Abschlüsse durchzuboxen:
- in den Verhandlungen wurden harte, scheinbar unnachgiebige Fronten aufgebaut: es standen 8,5 % gegen 15 - 18 %.
- gleichzeitig wurde in der langen Zeit das Interesse an den Tarifverhandlungen abgebaut. Dem dienten auch die vielen kleinen Aktionen, die kurzen Warnstreiks in den Betrieben (vergleiche Chronologie der Warnstreiks) - mit denen vor allem die aktiven Gewerkschaftsmitglieder am Tarifkampf ‚beteiligt' wurden.
- auf diesem Boden boten dann die ebenfalls über 3 - 4 Wochen gehenden Schlichtungsverhandlungen die Möglichkeit für einen ‚fairen Kompromiß'.

Die Absicht des Schlichtungsverfahrens beschrieb der Vorsitzende von Gesamtmetall, van Hüllen, in einem Interview mit der „Welt am Sonntag" vom 17. Februar so:

„Im Unterschied zum öffentlichen Dienst bedeutet bei uns das Scheitern von Verhandlungen nicht sogleich Arbeitskampf. Wir haben das Instrument der Schlichtung. Zur Zeit läuft bei uns in drei Tarifgebieten für fast die Hälfte der Beschäftigten der Metallindustrie bereits das Schlichtungsverfahren. Das Verfahren der Schlichtung läßt eigentlich erhoffen, daß noch ein Kompromiß der Vernunft gefunden wird."

Und er wurde natürlich gefunden: 3 Tage nach diesem Interview, am 20. Februar einigten sich IGM und Gesamtmetall auf den 11 %-Abschluß im größten Tarifbezirk Nordrhein-Westfalen.

Die Schlichtung hatte sich bewährt. Nacheinander folgen jetzt die übrigen Tarifbezirke - alle Abschlüsse, bisher 10, wurden auf Basis des Schlichtungsspruchs in Nordrhein-Westfalen gemacht.

Dabei ziehen die Gewerkschaftsführer um das Schlichtungsverfahren eine besondere Schau ab:

Auf der einen Seite loben sie das Abkommen:

„Nach der alten Regelung folgte den Verhandlungen automatisch ein Schlichtungsverfahren. Diese „Automatik" konnte die IG Metall in langwierigen Verhandlungen herausboxen (!!). Jetzt besteht Schlichtungszwang, wenn beide Tarifvertragsparteien oder eine von beiden die Schlichtungsstelle anrufen. Die IG Metall hatte eine gemeinsame Anrufung abgelehnt." (METALL–NACHRICHTEN für Hamburg und Schleswig-Holstein vom 18.2.).

Auf der anderen Seite klagen sie:

„Arbeitgeberverband der Metallindustrie im Unterwesergebiet hat die Schlichtungsstelle angerufen. Uns hat das nicht besonders überrascht (!), denn dadurch können die Unternehmer ungefähr einen w e i t e r e n Monat über ein b e s s e r e s Angebot ‚nachdenken'.

... Die IG Metall muß sich aufgrund der Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung darauf einlassen. Danach besteht für beide Tarifvertragsparteien Friedenspflicht während des Verfahrens." (METALL–NACHRICHTEN Unterweser vom 7. Februar).

Der große Vorteil des neuen Abkommens lautet ganz einfach: die Arbeiter und Angestellten dürfen in Zukunft darauf hoffen, daß keine der beiden Parteien die Schlichtung anruft. Da die Kapitalisten hierüber aber nach ihrem Interesse und nicht nach dem der Metallarbeiter entscheiden, bleibt von dem neuen Schlichtungsabkommen allein dies:

Die Dauer der Schlichtung hat sich gegenüber der alten Schlichtungsordnung – die unter den Metallarbeitern wiederholt auf Proteste stieß – noch erhöht: von 19 auf bis zu 30 Tage (und nicht wie die Gewerkschaftsführer beschönigend immer schreiben 26 Tage – denn das sind allein Werktage !).

Schön „herausgeboxt" haben sie, die IG Metall-Führer. Ganz offensichtlich wurde dieser „Erfolg" beim Schattenboxen erzielt ...

(Zum genauen Inhalt des Schlichtungsabkommens, seiner Bedeutung und seinem Zustandekommen vergleiche „Wohin steuert die IG Metall" Teil 3, in einem der nächsten AKs.)

Die Lohnleitlinien – Abschlüsse der IG – Metall Führer:

„Die Tarifverhandlungen werden regionl unterschiedlich geführt." So der IGM-Tarifexperte und 2. Vorsitzende Hans Mayr.

„Die Erfahrungen dieses Jahres werden in die nächste Tarifbewegung eingehen. Ein Stabilitätswunder ist nicht zu erwarten. Darum wird niemand staunen, wenn wir die entsprechenden tarifpolitischen Ziele am Ende des Jahres setzen werden: die Sicherung des Realeinkommens vor allem und einen wachsenden Anteil am Sozialprodukt. Die nächste Tarifbewegung kommt bestimmt."
Worte des IGM-Vorsitzenden Loderer vom 12. Juni 1973 in der „Metall".

Nur eines der großkotzigen Versprechen hielten die IGM-Führer:

Die nächste Tarifbewegung kam!

Und das waren die Ergebnisse:
+ im November: 11% für die Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens, Laufzeit zu der Zeit: 10 1/2 Monate.
+ im Dezember: 11% für die Stahlarbeiter der Bremer Klöckner-Hütte.
+ Anfang Januar: 11 % für die Stahlarbeiter bei Peine-Salzgitter.
+ am 14. Januar: 11% für die Stahlarbeiter im Saarland.

In allen Fällen erhielten die Lehrlinge aller Lehrjahre 50 DM mehr!

Gut ein halbes Jahr nach den oben zitierten Worten Loderers schrieb dieser in einem Rückblick auf das Jahr 1973 und einer Vorschau auf 1974:

„Die herausragenden gewerkschaftspolitischen Ereignisse waren aber zweifelsohne die Tarifabschlüsse in Nordwürttemberg /Nordbaden und in Nordrhein-Westfalen bei Eisen und Stahl (11% !!, die Red.). **Mit beiden Abschlüssen wurden tarifpolitische Durchbrüche** (!!) **erzielt, und die Signalwirkung** (!!) **wird sowohl national wie international beträchtlich sein. Die tarifpolitische Vorreiterrolle wurde erneut eindrucksvoll bestätigt."** (aus „Der Gewerkschafter" Nr. 1/74).

Und so war's denn auch. Die 11% waren der Vorreiter zu den später folgenden Abschlüssen auf den Lohnleitlinien der Kapitalisten sowohl in der Stahlindustrie als auch in der Metallindustrie, aus der uns bisher (bei Redaktionsschluß) folgende Ergebnisse bekannt sind:

+ am 20. Februar Abschluß in Nordrhein-Westfalen. Alle folgenden Abschlüsse orientierten sich an diesem „Modell". Wir geben es ausführlich wieder:
- **Erhöhung der Löhne von Januar 1974-Oktober 1974 um 11%.**
Für November und Dezember weitere 2%.
- **Anhebung der unteren Lohngruppen 3 und 6 um je 1 Prozent und 4 und 5 um je 2 Prozent (Beispielsweise 3: von 83 % von 100 auf 84 %).**
Die „Leichtlohngruppen" 1 und 2 werden nicht angehoben!
Diese Anhebung ist laut Abschluß ausdrücklich auf übertarifliche Lohnbestandteile anrechenbar!
- **Erhöhung der Lehrlingslöhne um 70 DM pro Lehrjahr.**
- **2 Tage mehr Urlaub ab 1974 pro Altersstufe (20, 23 und 26 Arbeitstage).**
- **50% Urlaubsgeld ab 1. Januar 1974.**
- **Laufzeit 12 Monate bis zum 31.12.74.**

+ am 22. Februar Abschluß in Hessen auf der Basis von NRW.
+ am 3. März Abschluß in West-Berlin auf der Basis von NRW.
+ am 3. März Abschluß in Niedersachsen auf der Basis von NRW.
+ am 3. März Abschluß im Saarland auf der Basis von NRW.
+ am 6. März Abschluß in Südwürttemberg/Hohenzollern auf der Basis von NRW.
+ am 8. März Abschluß in Rheinland-Pfalz auf der Basis von NRW.
+ am 9. März Abschluß in Südbaden auf der Basis von NRW.

In der Tat blieb nichts von den großen Worten der IGM-Führer. Nur eines wollen wir hier noch schnell zitieren:

„Wenn Gesamtmetall sich jetzt in die Schlichtung flüchtet (hört, hört!), in der Erwartung, die Abschlüsse im öffentlichen Dienst würden generell zum Muster für die Metallindustrie, so muß nachdrücklich gesagt werden: die IG Metall hat andere Forderungen als die ÖTV erhoben, sehr differenziert nach Tarifgebieten, und wir haben u.a. die Frage der Laufzeiten nicht umsonst (vielleicht für Geld? Anm. der Red.) gestellt. Einen Bundesgeneraltarifvertrag kann und wird es nicht geben."

Der so sprach, Eugen Loderer (in „Metall" 4/74) bewies nur wenige Tage – am 20.2. – nach diesem Ausspruch seine umwerfende Fähigkeit, den großen Worten die miserablen Taten folgen zu lassen: er gab grünes Licht für den 11%-Abschluß (ÖTV = 11%).

kein Bundesgeneraltarifvertrag . . .?

Noch einmal Nordrhein-Westfalen

Ein besonderer Beleg für das Eingehen der IG Metall-Führer auf die Lohnleitlinien-Politik der Kapitalisten wurde mit einem Tarifabschluß im nordrhein-westfälischen Metallhandwerk der Sanitär- und Heizungstechnik für 60.000 Beschäftigte geboten. Dieser Abschluß ging nahezu unbemerkt über die Bühne, da im Metallhandwerk mangelnde Organisierung und Zusammenhalt der Beschäftigten solche Rücksichten, wie sie bei den relativ kampfstarken Stahl- und Metallarbeitern nötig sind, nicht erfordert.

So wurden abgeschlossen:
- 9% mehr Lohn und Gehalt.
- Laufzeit 12 Monate.

Datum des Abschlusses: 31. Januar 1974.

Begründung des zuständigen Unternehmerverbands: „Der Fachverband für Sanitär- und Heizungstechnik führt den relativ gemäßigten Tarifabschluß auf die schlechte Auftragslage ...zurück."
(„Handelsblatt" vom 1.2.74)

Klipp und klar: ein Abschluß an der untersten Grenze der Lohnleitlinien! ■

Zum Beispiel Hamburg

Am 10. Januar fand in Hamburg

➔

Die Schlichtung, der organisierte STREIKBRUCH!

Erstmals in diesem Jahr wird nach einem neuen Schlichtungsabkommen verfahren.

Diese Schlichtung stellt eine erhebliche Verschlechterung des bisherigen Schlichtungsabkommens dar, nach dem schon in der Vergangenheit wiederholt Tarifauseinandersetzungen „abgekühlt" wurden: Nach dem alten Abkommen verlief die Schlichtung so:

Nach dem Scheitern der Verhandlungen trat automatisch ein Schlichtungsabkommen in Kraft, das in einer Dauer von 19 Tagen unter dem Vorsitz eines auszulosenden Schlichters eine Einigung vorsah. Während der Zeit der Schlichtung bestand „Friedenspflicht", alle stattfindenden Kampfmaßnahmen waren nicht offiziell. Diese „Friedenspflicht" diente praktisch dazu, vorhandene Streikbereitschaft durch Verzögerung des Tarifkampfs „abzukühlen".

Und das neue Abkommen?

Die automatische Schlichtung fällt weg. Stattdessen beginnt die Schlichtung nur, wenn Kapitalistenverbände und Gewerkschaftsführer gemeinsam innerhalb von 3 Tagen die Schlichtung anrufen, oder wenn eine der beiden Tarifparteien innerhalb von weiteren 2 Tagen die Schlichtung anruft (insgesamt also 5 Tage). Theoretisch könnte damit, wenn keiner sich dazu entschließt, die Schlichtung anzurufen, 6 Tage nach Scheitern der Verhandlungen der offizielle Streik beginnen, da die „Friedenspflicht" erloschen ist.

Wie gesagt, theoretisch – und mit diesem „theoretisch" wollen uns die Gewerkschaftsführer dieses Abkommen auch verkaufen. Es ist aber ohne weiteres möglich, die Schlichtung auf 31 Tage auszudehnen und darüber hinaus ist es möglich, noch während des Streiks im gegenseitigen Einvernehmen die Verhandlungen wieder neu aufzunehmen und das ganze noch mehr zu verzögern. Darüber hinaus kann selbst während eines Streiks noch eine „besondere Schlichtung" eingeführt werden, die nach demselben, oben skizzierten Schlichtungsschema verläuft.

Und das bei solchen Leuten, die heute in den Gewerkschaften den Ton angeben!

Und so sieht das neue Schlichtungsabkommen in der Praxis aus:

Während die IGM-Führer überall die Verhandlungen scheitern lassen und die Streiktrommel rühren (in Bremen-Unterweser wurde schon für Anfang Februar die erste Urabstimmung angesetzt, die dann durch die Schlichtung wieder abgesetzt wurde!), sich dabei auch noch „konsequent" weigern, die Schlichtung anzurufen, tun dies hingegen die Kapitalisten von sich aus. Dabei nutzen sie zuallererst einmal die Anfangsfrist von 5 Tagen aus.

Die Gewerkschaftsführer aber stellen sich jetzt vor die Mitglieder und sagen: ja, wir wollten, aber die bösen Kapitalisten haben die Schlichtung angerufen und jetzt können wir nicht.

Dabei ist dieses Abkommen im letzten Jahr mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung aufgenommen und gelobt worden:

Mit dem Abkommen „... konnte den Bezirksleitungen und Verwaltungsstellen Anfang August ein ausgewogenes Verhandlungsergebnis mitgeteilt werden, das sachgerechte Veränderungen des geltenden Abkommens mit sich brachte." (aus DER GEWERKSCHAFTER Nr. 10 vom Oktober 1973, IGM-Zeitung).

Das neue Schlichtungsabkommen vom Oktober 1973: Der Schlichtungs-Kalender

Ende September 1973 vereinbarten die IGM und der Kapitalistenverband Gesamtmetall rechtzeitig vor der beginnenden Tarifrunde ein neues Abkommen zur Schlichtung.

5 Jahre, seit April 1968, hatten sie darum verhandelt, in insgesamt 16 Treffen von „Expertenkommissionen" und 4 Spitzengesprächen der Verbände. Damit wurde das alte Abkommen von 1964 abgelöst. Diese neue Schlichtung stellt eine weitere Verschlechterung des sowieso schon beschissenen Schlichtungsabkommens dar. Und nicht zufällig ist dieses Abkommen zu einer Zeit verschärfter Angriffe der Kapitalistenklasse relativ lautlos abgeschlossen worden.

Hier der sogenannte Schlichtungskalender, der die Möglichkeit der Verzögerung der Tarifverhandlungen verdeutlicht:

a) Verhandlung gescheitert
b) die Schlichtungsstelle wird angerufen, Frist hierfür bis zu
5 Werktage (!)
c) Unterrichtung der Schlichter
4 Werktage
d) Schlichtungsstelle tritt zusammen
3 Werktage
e) Entscheidung über den Einigungsvorschlag:
5 Werktage
f) Verländerung der Frist zur Vorlage des Vorschlags:
3 Werktage
g) Frist zur Annahme oder Ablehnung des Vorschlags:
6 Werktage

zusammen: 26 Werktage

Das heißt also 26 Werktage oder 30 - 31 Tage (mit Sonntagen) insgesamt. Selbst wenn die kürzesten Fristen eingehalten werden, macht das immer noch 21 Werktage oder 24 Tage insgesamt.

Das neue Schlichtungsabkommen ist nichts weiter als der organisierte und vertraglich festgelegte Streikbruch. In diesem Sinne müssen wir es auch bekämpfen.

WEG MIT DER SCHLICHTUNGSORDNUNG muß hierzu unsere Forderung lauten. ■



Bei Siemens organisierte der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Schulenburg einen Schlägertrupp gegen die Streikenden

Forts. Metalltarifrunde 74

eine ‚Große Funktionärsversammlung' mit fast 15oo Funktionären statt. Hier wurde von den Gewerkschaftsführern und ihren Helfern in den Betrieben ‚Dampf' und ‚Kampf' sondergleichen gemacht. Sprüche wie „18 Prozent aus dem Sack – zack-zack" waren an der Tagesordnung. Kritische Stimmen wurden in dieser angeheizten Kampfstimmung unter den Tisch gefegt.

Am 11. Januar – einen Tag später – begannen die Tarifverhandlungen in Hamburg.

Am 28.1., 6.2. und 8.2. beteiligten sich mehrere Tausend Metaller an kurzen Warnstreiks.

Am 6. Februar scheitern die Verhandlungen – wie überall wurden 8,5 % angeboten.

Für den 16. Februar wurde erst die Tarifkommissionssitzung zur Beschlußfassung über das Scheitern einberufen, da Bezirksleiter vom Steeg wegen Verpflichtungen in Bremen-Unterweser nicht eher konnte!

Am 25. Februar – fast drei Wochen nach dem Scheitern – beschloß der Frankfurter IGM-Hauptvorstand hierüber und genehmigte gnädigst das Scheitern.

Es kam wie es kommen mußte: am letzten Tag der Frist riefen die Kapitalisten die Schlichtung an (5. März) und vor ein paar Tagen, am 12. März begannen die Schlichtungsverhandlungen.

Seit mehr als 9 Wochen wird in Hamburg verhandelt und geschlichtet.

Von Tarifkampfstimmung ist hier nichts mehr zu spüren.

Regionale Verhandlungen und Schwerpunktstreiks

Verzögern der Verhandlungen und die Schlichtung dienten zum Durchsetzen des Lohnleitlinienabschlusses für alle Metallarbeiter.

Und dieser Abschluß wird zentral für alle Metallarbeiter durchgesetzt, darüber kann alles nebenbei Abgeschlossene nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil: alle zusätzlich zum Lohn- und Gehaltstarif vorgenommenen Abschlüsse dienen einzig und allein dazu, über den miesen Lohnabschluß hinwegzutäuschen – diesen aufzuwerten. Das wird mit allen möglichen Rechnungen belegt (insgesamt seien 15 % abgeschlossen – Urlaub usw. wird in Lohnprozente umgerechnet).

In dieser Argumentation treffen sich Kapitalisten und Gewerkschaftsführer – die einen, um „nachzuweisen", wie hart sie von den Erhöhungen getroffen seien, die anderen, um „nachzuweisen", wie sie sich für die Arbeiter ins Zeug gelegt haben. Ihre Rechnung: 11 % = 15 %.

Das Perverse an dieser Rechnung ist, daß hier Dinge mit hinzugerechnet werden, die aus ganz anderen Tarifverträgen stammen (Lohnrahmen-, Manteltarif, Urlaubsabkommen) und zum Teil schon seit Jahren gekündigt sind und verhandelt werden!

Hinzu kommt, daß 2 Tage mehr Urlaub zwar mehr (notwendige) Erholungszeit sind, aber eben nicht mehr Lohn und Gehalt, da kann einer rechnen, was er will.

Wie gesagt, in bisher zehn Fällen wurde bei 11 % abgeschlossen.

Das hält allerdings den Tarifexperten der IG Metall, Hans Mayr, nicht ab, in der Zeitung METALL in einer ersten Zwischenbilanz frech zu schreiben:

„In Nordrhein-Westfalen ist ein gemeinsamer Einigungsvorschlag erarbeitet worden, der von der zuständigen Tarifkommission mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde und dem mittlerweile auch die Arbeitgeberseite zugestimmt hat. Den Arbeitgebern ist es jedoch nicht gelungen, sich auf den nordrhein-westfälischen Positionen einzuigeln. Dafür hat das hessische Verhandlungsergebnis einen ersten Beweis erbracht, das eine Fülle regional-spezifischer Regelungen und Modifikationen enthält." (METALL 5, März 74).

In der Tat wird in der Metallindustrie regional verhandelt. Nur, das letztliche Entscheidungsrecht hat die IGM-Zentrale, der Hauptvorstand in Frankfurt. Und der setzte in allen Tarifabschlüssen des letzten Jahres in den regionalen Verhandlungen zentrale mit den Kapitalisten vereinbarte Abschlüsse durch.

Die regionalen Verhandlungen dienen vielmehr dazu, einen möglichen gemeinsamen Tarifkampf der Metallarbeiter zu verhindern und immer weiter aufzusplittern. Denn während in Bremen 50 000 Metallarbeiter regional streiken, ist der zentrale Schiedsspruch in Nordrhein-Westfalen mittlerweile für fast 3 Millionen Arbeiter und Angestellte durchgesetzt und wird weiter durchgezogen.

Dabei entblöden sich die Gewerkschaftsführer nicht, in allen Tarifbezirken den 11 %-Abschluß als großen Erfolg zu verkaufen außer in den 3 norddeutschen Bezirken Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein mit weniger als 10 Prozent aller Metallarbeiter.

Hier sei eine andere Situation, als im übrigen Bundesgebiet. Als Grund hierfür wird die wirtschaftliche Lage angegeben. Allerdings nicht die der Arbeiter, sondern die der kapitalistischen Betriebe. ■


Die „Arbeiterführer" der IGM-Zentrale „im Streik": von links: IGM-Bezirksleiter vom Steeg, BR-Vorsitzender der AG Weser Böhrnsen, IGM-Vorstandsmitglied Anke Fuchs und IGM-Vorsitzender Loderer

Schon frühzeitig – offiziell im Januar – bestimmten die Gewerkschaftsführer Norddeutschland zum Streikgebiet. Zentrum sollte Bremen-Unterweser sein. Die Begründung hierfür:

Die Bremer Wirtschaft, besonders der Schiffbau, habe eine ausgezeichnete Auftragslage.

Mit nur knapp 30 000 organisierten IGM-Mitgliedern wird ein Streik hier nicht so teuer wie im großen Nordrhein-Westfalen.

Es wird deutlich, daß bei der Taktik der Schwerpunktstreiks nicht danach verfahren wird, mit welchen Mitteln und mit welcher Taktik Forderungen am besten durchgesetzt werden können. Aber darüber ist in der Frankfurter IGM-Zentrale überhaupt nicht diskutiert worden!

Vielmehr geht es den Gewerkschaftsführern darum, das Image ihrer Gewerkschaft als Kampforganisation und Interessenvertretung der in ihr Organisierten zu erhalten, ohne den Kapitalisten einen zu großen Schaden zuzufügen: das heißt, es muß ein ‚kämpferischer Abschluß' vorgespiegelt werden, der dennoch nicht über den Lohnleitlinien der Kapitalisten liegt.

Bremen – die große Ausnahme ?

Sieht es in Bremen-Unterweser nun alles ganz anders aus, denn schließlich wird hier ja gestreikt und das von seiten der streikenden Arbeiter und Angestellten mit großem Nachdruck.

Tatsache ist, daß auch dieser Streik Bestandteil der Taktik der Gewerkschaftsführer ist. Auch er wird nicht als Kampf zur Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter und Angestellten geführt, sondern als Legitimation der eigenen Politik.

Auch in Bremen-Unterweser ist ein Abschluß auf Lohnleitlinien eine klare Sache und das herauskommende Tarifergebnis bedeutet nichts anderes, als daß die IG Metall-Führer gemeinsam mit den Kapitalisten eine Niederlage der Arbeiter organisieren.

Dem Verzögern der Verhandlungen und der Schlichtung folgte erst 4 Tage nach Erlöschen der Friedenspflicht die Urabstimmung.

Wichtig ist aber vor allem, daß der zentrale Tarifabschluß in Nordrhein-Westfalen vor einem Streik in Bremen lag. Damit und mit den Abschlüssen in anderen Bezirken wird wiederum für Bremen eine Orientierungsmarke gesetzt – d. h. man ist runter von der Bremer 18 %-Forderung.

Auch der Urabstimmung folgte nicht gleich ein Streik, sondern erst 5 Tage danach. Dabei wollten die Gewerkschaftsführer sogar noch später beginnen, was die Tarifkommission aber ablehnte. Besonders die Werftarbeiter vom Bremer Vulkan forderten schnellen Streikbeginn (sie wollten am Montag beginnen, 3 Tage nach der Urabstimmung vom Freitag). Sie wollten vor allem verhindern, daß die großen Werften noch vor Streikbeginn ihre Aufträge ausliefern (so geschehen auf der Seebeckwerft. Dazu heißt es in der Nordsee-Zeitung vom 7.3.:

Der *„fertiggestellte Motorfrachter ‚Karin Bornhofen' (führte) seine*

Chronik der Warnstreiks in der Metallindustrie

Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen dauerten die nachfolgend aufgeführten Warnstreiks nur jeweils eine halbe bis eine Stunde. Zwar fanden fast jeden Tag (die folgende Liste ist sicher nicht vollständig) kleinere Streiks statt, jedoch haben solche Aktiönchen wohl kaum Einfluß auf die ablaufenden Tarifverhandlungen. Vielmehr dienen derlei Nadelpiekse gegen die Kapitalisten dazu, die aktiven Mitglieder in Aktion zu halten und sie auch ein bißchen am Tarifkampf teilhaben zu lassen.

Wenig geeignet, Druck auf die Kapitalisten auszuüben oder ihnen gar Angst einzujagen, eignen sie sich doch dafür, den Eindruck eines harten Kampfes um Prozente entstehen zu lassen.

Selbst wenn „massiver" zugeschlagen wurde (18.000 in NRW und Südwürttemberg, 15.000 in Hessen), geschah das in Kurzstreiks – in diesem Falle eben nur in mehreren Betrieben auf einmal.

Wenige Tage nach so einem „Großkampftag" folgte dann der Tarifabschluß (vergleiche unten).

In Bremen/Unterweser fanden die ersten Warnstreiks statt:

24.1.: 11.000 Arbeiter beteiligen sich in Bremen und Bremerhaven an zumeist halbstündigen Warnstreiks. In Bremerhaven: Rickmers-Werft, Seebeck-Werft, Schichau-Unterweser AG.

In Bremen: Krupp Atlas Elektronik, Vulkan-Werft.

Am selben Tag streikten 4.000 Arbeiter in Kiel: bei Hagenuk und MAK.

28.1.: Mehrere hundert Arbeiter in Hamburg streiken für 1/2 - 1 Stunde: Howaldt Werft (350), Siemens (155), Demag-Conz.

30.1.: Mehrere tausend Arbeiter beteiligen sich in Reutlingen (Südbaden) an Warnstreiks und Protestdemonstrationen.

1.2.: In Schleswig-Holstein, besonders in Lübeck (Flenderwerft) und Flensburg (FSG und Ullrich KG) nehmen 4.000 Arbeiter an Warnstreiks teil. Die Flensburger Metaller führten eine Demonstration durch.

4.2.: Über 300 Beschäftigte von AEG in Neumünster (Schleswig-Holstein) beteiligen sich an einem vierstündigen Warnstreik und einer Demonstration.

5.2.: In Ulm, Mannheim und Ludwigshafen (Nordbaden) gibt es zahlreiche Warnstreiks.

Ebenfalls 1.000 Arbeiter der Meyer-Werft in Papenburg/Ems streiken kurz.

6.2.: Fast 3.000 Arbeiter beteiligen sich in Hamburg an Warnstreiks: bei der Howaldt-Werft (900), SE-Fahrzeugwerke (1.000), Maihak AG.

8.2.: Ca. 200 Arbeiter der Norderwerft in Hamburg treten in einen kurzen Warnstreik.

11.2.: Der größte Teil der Arbeiter von Hansa-Rohstoff und Altwert in Essen treten in Warnstreiks.

14.2.: 2.700 Metallarbeiter in Schamberg (Baden-W.) treten in einen halbstündigen Warnstreik.

18.2.: Ca. 18.000 Arbeiter beteiligen sich an halb- bis einstündigen Warnstreiks in Nordrhein-Westfalen.

Im Gußstahlwerk Isselburg von Klöckner-Humboldt-Deutz (600), bei Gildemeister in Bielefeld und Sennestadt (1.300), Winkhaus in Münster (300), Hymme (100), Ankerwerke (5.000), Nähmaschinen-Adler (1.200), alle in Bielefeld, bei Reckermann und Prinz in Solingen und der Gutehoffnungshütte (1.000) in Oberhausen.

(2 Tage später wird in Nordrhein-Westfalen abgeschlossen.)

19.2.: 450 Arbeiter bei Messerschmitt in Augsburg streiken 1/4 Stunde.

20.2.: 9.000 Arbeiter in NRW streiken kurz, u. a. bei Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln (8.000).

21.2.: 15.000 Arbeiter beteiligen sich an Warnstreiks in Hessen. Bei VW (300 Lehrlinge), AEG und Wiedmann in Kassel, bei Klinger (350) in Idstein, im Siemens Schaltwerk (800), Adler (3.000), Wörner (500), Messer-Griesheim (400), Klimsch & Co. (400) – alle in Frankfurt und bei Fritz Werner in Geisenheim (1.800).

(1 Tag später wird in Hessen abgeschlossen).

20.2.: 1.500 Reutlinger Metallarbeiter bei Wagner, Soll und Wallias streiken.

22.2.: 1.500 Arbeiter von MAN in Nürnberg streiken kurz.

28.2.: 5.000 Metallarbeiter in Tübingen, Ravensburg und der Zahnradfabrik Friedrichshaven (3.600) streiken.

1.3.: Ca. 18.000 Metallarbeiter beteiligen sich an Warnstreiks in Südwürttemberg / Hohenzollern (in ca. 30 Betrieben).

(5 Tage später wird in Südwürttemberg abgeschlossen.)

In Hessen gibt es Proteststreiks gegen den Tarifabschluß: 4.000 Arbeiter der Maschinenfabrik Schenck in Darmstadt streiken. Ebenfalls in Darmstadt protestieren 2.000 Arbeiter bei Bosch in einem eineinhalbtägigen Streik gegen den niedrigen Abschluß.

2.3.: Aus Protest gegen die Streichung übertariflicher Leistungen nach dem Tarifabschluß treten 1.600 Arbeiter von Miele in Gütersloh und Bielefeld in einen erfolgreichen Warnstreik.

4.3.: Für 1 1/2 Stunden streiken wiederum 2.000 Arbeiter der Flenderwerft in Lübeck.

5.3.: 1.500 Arbeiter von Südbremse in München streiken für 1 Stunde.

6.3.: Der Vollstreik in Bremen - Unterweser beginnt.

In der Tappert-Anhänger Fabrik in Ratingen (NRW) tritt die Belegschaft in einen Warnstreik gegen die Kürzung übertariflicher Zulagen nach der Tariferhöhung.

7.3.: 300 Cuxhavener Werftarbeiter streiken für eine Stunde.

8.3.: Mehr als 20.000 Metallarbeiter Bayerns beteiligen sich an Warnstreiks in München und Augsburg.

18.000 bei BMU, außerdem bei Krauss-Maffei, Hurth, MTU, MBB und Zündapp.

(Stand vom 11.3.74) ■

Forts. Metalltarifrunde 74

Werftprobefahrt durch. Ursprünglich war die Ablieferung erst für Mitte März vorgesehen, dürfte nun aber wohl wegen des Streiks vorgezogen worden sein."

Die Vulkan-Arbeiter hatten eine Besetzung des Tankers ‚Lagena' angedroht, als Gerüchte bekannt wurden, der Tanker solle nach Belgien geschleppt und dort fertiggestellt werden.

Während der unmittelbaren Streikvorbereitungen begannen die IGM-Führer am Abend vor dem Streikbeginn wiederum Verhandlungen mit den Kapitalisten, obwohl sie vorher sehr wortradikal tönten, Verhandlungen nur, wenn ein akzeptables Angebot vorliegt. Grund für diese als ‚Gespräche' getarnten Verhandlungen – die auch während des Streiks weiterliefen, war ein Telegramm von Gesamtmetall:

„Wir schließen eine von den bisher bekannt gewordenen Verhandlungsergebnissen bzw. Einigungsvorschlägen abweichende Lösung des Konflikts nicht aus."

Schließlich setzten die Gewerkschaftsführer gegen den Widerstand vieler Tarifkommissionsmitglieder die „besondere Schlichtung" durch (das war am 3. Streiktag). Otto vom Steeg (IGM-Bezirksleiter) begründete das so:

„Wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen."

Selbst in den Streik-Nachrichten vom 11.3. schreiben die Gewerkschaftsführer:

„Die Frage der Berufung einer ‚besonderen Schlichtungsstelle' wurde von der Tarifkommission intensiv diskutiert. Die Sprecher der Belegschaften erklärten, die Ablehnung des 1. Einigungsvorschlags durch die Unternehmer und ihr Verhalten während des Arbeitskampfs ermutigten nicht zu einem 2. Schlichtungsversuch."

Am 13.3. begann diese „besondere Schlichtung". Den Beschluß hierüber faßte in einsamer Entscheidung der IGM-Hauptvorstand. Ihr besonderes Kennzeichen ist, daß sie nicht, wie die normale Schlichtung regional geführt wird, sondern von den Vorständen der Verbände.

besonderes Kennzeichen ist, daß sie nicht, wie die normale Schlichtung regional geführt wird, sondern von den Vorständen der Verbände.



94% der abstimmenden Metallarbeiter in Bremen-Unterweser stimmten eindeutig für Streik (unser Bild: Abstimmung auf der Krupp-Werft AG Weser)

Der Bremer Schlichtungsstelle gehören an:

2 zentrale Schlichter (aus Frankfurt und Saarbrücken) sowie der 2. Vorsitzende der IGM, Mayr, und der stellvertretende Vorsitzende von Gesamtmetall, Knapp; daneben je zwei Vertreter der Verbände aus Bremen-Unterweser.

„Für vom Steeg (IGM) wie auch für Dr. Wehr gab es gestern abend noch ein ‚magisches Dreieck'. Seine drei Punkte heißen Löhne, Urlaubsgeld und Alterssicherung. Die Schwierigkeit bestand darin, eine Lösung zu finden, die der IG Metall die Möglichkeit bietet, ihren Mitgliedern mehr als 11 Prozent als Verhandlungsergebnis anbieten zu können, ohne daß dabei die Arbeitgeber ein über das Volumen der nordrhein-westfälischen Abschlüsse hinausgehendes Ergebnis akzeptieren müssen." (Bremer Nachrichten vom 6.3.74).

Und tatsächlich hat die IGM-Führung seit Abschluß der Urabstimmung und mit Streikbeginn in der fast täglich erscheinenden Ausgabe der METALL–NACHRICHTEN (später STREIK–NACHRICHTEN) die 18-%-Forderung mit keinem Wort mehr erwähnt, die zu Beginn der Tarifrunde in großen roten Buchstaben noch so herausgeputzt wurde. Stattdessen ist in den 5 uns vorliegenden Ausgaben der STREIK-NACHRICHTEN sehr viel Raum der Erläuterung der Forderung nach Kündigungsschutz im Alter („Kampf um Rechte von morgen"!) gegeben worden und in der Ausgabe vom 9. März heißt es unter der Überschrift:

„Marktgerechte Forderungen" nur noch in der folgenden Reihenfolge:

– Mehr Sicherheit im Alter
– Gerechte Löhne und Gehälter
– Mehr Urlaub

Das sind die berechtigten Forderungen".

Der Lohnleitlinienabschluß in Bremen ist eine beschlossene Sache. Mit der ‚besonderen Schlichtung' ist er unmittelbar eingeleitet.

stimmung und mit Streikbeginn in der fast täglich erscheinenden Ausgabe der METALL–NACHRICHTEN

Schleswig-Holstein

Ähnlich wie in Hamburg (s.o.) wurde auch in Schleswig-Holstein ein gewaltiger Tarifwirbel entfacht. Dieser Wirbel ist allerdings seit dem Streikbeginn in Unterweser merklich abgeflacht. Am 5. März erlosch nach ergebnisloser Schlichtung die Friedenspflicht. Aber erst für den 12. März setzten die Gewerkschaftsführer eine Sitzung der Tarifkommission an.

Dort konnten sie sich dann wie folgt durchsetzen:

„Tarifkommissionsbeschluß nach langer Diskussion: Für den Fall daß die besondere Schlichtung im Unterwesergebiet scheitert, beantragt die Tarifkommission Schleswig-Holstein beim Vorstand der IG Metall die sofortige Genehmigung zur Urabstimmung." („Metall-Nachrichten" für Hamburg und Schleswig-Holstein vom 13.3.74).

Schleswig-Holstein
Ähnlich wie in Hamburg (s.o.) wurde auch in Schleswig-Holstein

DER STREIK IN BREMEN – UNTERWESER

Bremen – Unterweser ist mit 56.000 Beschäftigten in der Metallindustrie einer der kleinsten IGM-Bezirke. Knapp 30.000 sind gewerkschaftlich organisiert. Vom Streik betroffen sind 67 Betriebe mit etwas über 52.000 Beschäftigten.

Vorherrschend sind hier die Schiffbau-Betriebe:

Die Vulkan-Werft, die Krupp-Werft AG Weser in Bremen, und die Werften Seebeck (Krupp), Rickmers und Hapag-Lloyd in Bremerhaven.

Dazu kommen Betriebe wie VFW-Fokker (Flugzeugbau), Hanomag-Henschel und Siemens in Bremen und Nordmende in Bremen und Bremerhaven.

Am 12. Januar begannen die Verhandlungen um die Forderung nach 18% mehr Lohn und Gehalt.

Auch hier – wie überall – legten die Kapitalisten ihr Angebot von 8,5% vor. Nach mehreren Verhandlungen, in denen die Kapitalisten nicht ein einziges Mal über dieses Angebot hinausgegangen waren, ließen die Gewerkschaftsführer erst am 30. Januar die Verhandlungen für gescheitert erklären.

Dauer: fast drei Wochen.

Wie nicht anders zu erwarten, riefen die Kapitalisten die Schlichtungsstelle an. Sie nutzten hierfür die nach dem neuen Schlichtungsabkommen vorgesehene Frist voll aus: fünf Werktage und ein Sonntag;

Erst acht Tage später, am 13.2., begann die Schlichtung.

Wiederum fünf Tage später, am 18.2. wurde der Schlichtungsvorschlag vorgelegt: 14%.

Die IGM-Führer stimmten diesem Ergebnis zu, die Kapitalisten lehnten ab.

Die Friedenspflicht aber erlosch erst, als die Frist zur Annahme oder Ablehnung abgelaufen war. Es vergingen wiederum sieben Tage.

Am 28.2./1.3. folgte dann die Urabstimmung: 94% Ja-Stimmen für Streik.

Schließlich begann weitere fünf Tage später – am 6.3. – der Streik.

Ganze 56 Tage dauerte es, bis der Streik in Bremen – Unterweser begann. 26 Tage nahm dabei das neue Schlichtungsabkommen in Anspruch, bleiben aber immer noch 30 Tage Verhandlungs- und Vorbereitungszeit, die ein bezeichnendes Licht auf alle scheinheiligen Erklärungen der IGM-Führer an die Kollegen werfen, wenn sie den Unternehmern „vorwerfen", diese würden die Verhandlungen verzögern.

Die Anti–Streik–Kampagne der Kapitalisten

In den Tagen vor der Urabstimmung in Bremen-Unterweser setzten die Kapitalisten alle Mittel ein, um gegen einen Streik Stimmung zu machen:

sie hetzten auf, schüchterten ein, drohten.

Nacheinander erschienen in den großen Tageszeitungen „Bremer Nachrichten", „Weser-Kurier" und „Nordsee-Zeitung" halbseitige Anzeigen des „Arbeitgeberverband der Metallindustrie Unterwesergebiet e. V." am 27.2. (einen Tag vor der Urabstimmung), 28.2., 1.3., 5.3., 7.3., 11.3., 12.3., 13.3. (letzter Stand).

„Ein Streik zerstört alles", „Die Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel" (28.2.), „Einen Streik um des Streiks willen", „Die Folgen haben alle zu tragen... Akute Gefahr für die Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven" (7.3.).

So und ähnlich tönt es aus den Anzeigen.

Dabei entwickeln die Kapitalisten noch eine besondere Logik darüber, was gerecht ist:

„Die Arbeitgeber haben ein Angebot auf der Grundlage der Einigung in Nordrhein-Westfalen gemacht. Was im größten Bundesland erreicht wurde, muß auch für das Land Bremen recht sein.

Keine Benachteiligung der bremischen Metallarbeitnehmer." (28.2.)

Mehr Lohn bedeutet also eine Benachteiligung!

Schließlich versucht man noch plump den Arbeitern Honig um den Bart zu schmieren:

„Bremische Arbeiter und Angestellte haben mit ihrer Arbeit den guten Ruf Bremens und Bremerhavens mitbegründet.

Diese bremische Tradition ist in Gefahr."

Diese Anzeigen haben beileibe nicht auf die große Mehrheit der unmittelbar betroffenen Metallarbeiter

▶▶

BREMER WERKZEUG-UND MASCHINENBAU GMBH

Bremen, den 26. Februar 1974

Liebe Mitarbeiterinnen, liebe Mitarbeiter, liebe Familienangehörige!

In dieser Woche soll entschieden werden, ob bei uns gestreikt wird oder nicht. Auch Ihre Entscheidung ist dabei wichtig. Lohnt sich der hohe Einsatz oder zahlt letzten Endes wieder der kleine Mann die Zeche?

Lohnt sich der hohe Einsatz oder zahlt letzten Endes wieder der kleine Mann die Zeche?

Worum geht es?

In den großen Tarifgebieten Nordrhein-Westfalen und Hessen sind neue Tarife vereinbart worden. Für annähernd 2 Millionen Metallarbeiter ist dabei eine Einigung erreicht worden. Die Arbeitgeber haben ein entsprechendes Angebot für die 56.000 Beschäftigten in der Metallindustrie im Unterwesergebiet angeboten.

Es sieht unter anderem vor:

Lohn- und Gehaltserhöhungen von 11 % ab 1. Januar 1974 und von 13 % ab 1. November 1974,
die Verlängerung des Tarifurlaubes um 2 Tage in den Jahren 1974 und 1975,
die Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 50 % in den Jahren 1974 und 1975,
die Erhöhung der Ausbildungsvergütung auf DM 70,-- pro Monat, weiterhin Kontoführungsgebühren und die Absicherung älterer Arbeitnehmer.

Die IG-Metall beharrt stur auf einem Schlichtungsspruch, der die Bremer Arbeitnehmer zu Außenseitern stempeln würde. Was an Rhein, Ruhr und Main gut ist, soll angeblich an der Weser nicht gut genug sein.

Der rechnerische Unterschied beträgt erheblich weniger als 1 %. Dafür will die IG-Metall den Streik!

In Bremen hat die Industrie keine besseren Wettbewerbsbedingungen als in Nordrhein-Westfalen und Hessen. Sie wissen, daß wir mit unseren Erzeugnissen in scharfer Konkurrenz stehen. Kommt es also in Bremen auf ein paar Arbeitsplätze mehr oder weniger nicht an?

Der Arbeitsfriede im Unterwesergebiet ist in Gefahr!

Eine Einigung wie in Nordrhein-Westfalen und Hessen ist auch in unserem Tarifgebiet ohne Arbeitskampf möglich.

Lohnt es sich wirklich zu streiken?

Die Geschäftsleitung Ihrer

BREMER WERKZEUG-UND MASCHINENBAU GMBH

(Brenger)

Mit ähnlichen Briefen wie dem der Bremer Werkzeug- und Maschinenbau GmbH traten die Kapitalisten in vielen Betrieben hervor. Die Briefe wurden per Post in die Wohnung der Arbeiter und Angestellten geschickt.



Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag, J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35,

verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage 135 00, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents

Forts. Metalltarifrunde 74

gewirkt – im Gegenteil, sie haben die Entschlossenheit, den Streik durchzustehen, eher noch gefördert (deutliches Zeichen hierfür ist das Urabstimmungsergebnis und die Entschlossenheit, mit der der Streik geführt wird).

Vielmehr ist mit diesen Anzeigen bezweckt, die nicht unmittelbar betroffene Bevölkerung, vor allem die kleinbürgerlichen Schichten gegen die Arbeiterkämpfe und gegen die Forderungen der Arbeiter aufzuhetzen und auszurichten.

Dabei schließen die Metall-Kapitalisten dort an, wo die Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst endeten. Auch dort wurde von Teilen der Arbeiter und Angestellten mit großer Entschlossenheit gekämpft, während in den bürgerlichen Massenmedien wahre Hetztiraden und Horrorbilder des Streiks im Öffentlichen Dienst gezeichnet wurden.

Ähnlich gingen die Kapitalisten in anderen Tarifbezirken vor:

Anzeigen-Aktionen wurden auch in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein unternommen.

Bekannt geworden ist auch der Brief von dem Boss der Volkswagenwerke, Leiding, an seine „Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!". Dieser Brief wurde allen 125.000 VW-Arbeitern während der Tarifverhandlungen ins Haus geschickt.

Springer's Tageszeitung „Die Welt" schrieb dazu:

„Der Vorstandsvorsitzende von VW hat zu der Stunde, da das Unternehmen vor großen Schwierigkeiten steht, einen ungewöhnlichen (!?) Weg gewählt. ..Rudolf Leiding ließ seinen Brief nicht in den Betrieben verteilen, er schickte ihn an die Privatanschriften. „Die Welt" veröffentlicht das Schreiben im Wortlaut, weil es ein Dokument der Sorge ist und zugleich ein Modell für die Kommunikation zwischen Unternehmensleitung und



Vor dem Tor bei VFW-Fokker: Streikposten versuchen, in den Betrieb einzudringen

Vor dem Tor bei VFW-Fokker: Streikposten versuchen, in den Betrieb einzudringen

Mitarbeitern." („Die Welt" vom 1.2.74)

In dem Brief schildert Leiding die „äußerst schwierige Lage" der Wirtschaft, besonders der Automobilindustrie (Ölkrise etc.) und schreibt unter anderem:

„Selbst wenn nur zwei Drittel der gewerkschaftlichen Forderungen beim Volkswagenwerk vereinbart würden, müßten wir unsere Preise um eine zweistellige (!) Prozentzahl heraufsetzen (an anderer Stelle schreibt er: *DM 1.000,– teuere VWs). Ihre Arbeitsplätze wären dann in Gefahr...*

Man sieht's: die Kapitalisten haben die Mittel zur massiven ideologischen Beeinflussung und scheuen auch keinerlei Kosten.

Doch neben der Anzeigenkampagne starteten die Kapitalisten auch innerbetrieblich mehrere Versuche, zu spalten und aufzuhetzen.

Diese Kampagne, die eindeutig zentral vom Kapitalistenverband gesteuert wird, ist dabei auf die schwächsten Glieder im Streik abgezielt: die Angestellten (hier besonders die Leitenden) und die Frauen (besonders bei Nordmende) und die Familien der Arbeiter und Angestellten.

Die Mittel hierfür waren Flugblätter, die in den Betrieben ausgehängt und verteilt wurden, Briefe, die nach Hause geschickt wurden (drohende Arbeitslosigkeit usw.), Verhaltensmaßregeln für den Streik und dauernde Falschmeldungen und wilde Gerüchte in den Betrieben.

So tauchte in einigen Betrieben eine ‚Information an die Mitarbeiter' auf, in der es unter anderem hieß:

Wiederholt sei es in der Vergangenheit in anderen Betrieben *„während des Streiks zu Ausschreitungen gekommen: Übergriffe auf Arbeitswillige oder betriebliche Einrichtungen."* Die Unternehmer empfehlen: *„Täter und Zeugen namentlich feststellen... Gegebenenfalls empfiehlt sich eine Meldung an die Polizei."* (laut „METALL-NACHRICHTEN" vom 4.3.74)

Daß die Kampagne der Kapitalisten nicht fruchtlos war, zeigen einige Vorfälle während des Streiks.

6. März: Der Streik beginnt

Eine halbe Stunde vor Arbeitsbeginn ziehen vor den Betrieben Streikposten auf.

Seit 1953, als die Werftarbeiter in Unterweser sechs Wochen lang für ihre Forderungen streikten, findet damit erstmals wieder ein offizieller (von den Gewerkschaftsführern geduldeter) Streik statt.

Während sich die örtlichen Streikleitungen vor allem aus den Gewerkschaftsführern zusammensetzen, werden in den Betrieben teilweise spontan Streikleitungen gebildet, die die Organisierung des Postendienstes übernehmen. Eine hervorragende Rolle übernehmen hierbei die Werftarbeiter. Sie verlassen sich nicht einfach auf einige auf Posten stehende Kollegen. Auf der Bremerhavener Rickmers-Werft erscheinen am ersten Streiktag alle Kollegen am Tor. Ähnlich beim Bremer Vulkan. Werftarbeiter verstärken auch die Postenketten vor den Betrieben, wo die Kapitalisten am intensivsten versuchen, den Streik zu durchbrechen (VFW-Fokker und Nordmende).

Während etwa 2.000 Metallarbeiter nach den Notdienstplänen arbeiten, versuchen die Kapitalisten vor allem die leitenden und die AT- (außertariflich) Angestellten in die Betriebe zu schleusen. Auf den Werften schlägt dies zumeist fehl – doch bei Siemens, Nordmende und VFW kommt es deswegen wiederholt zu Auseinandersetzungen.

Während einige Betriebsräte sehr „großzügig" in der Ausgabe von Notdienstausweisen waren, oder in einigen Fällen sogar die Veröffentlichung der Liste verweigerten (Rickmers), erzwangen die Arbeiter die Herausgabe der Listen (Seebeck) oder nahmen in einzelnen Fällen Pöblern (Hapag-Lloyd) oder rücksichtslosen Provokateuren (Seebeck) diese Ausweise wieder ab.

Noch am Abend vor dem Streik hatten Gewerkschaftsführer und Kapitalisten Gespräche zur Beilegung des Streiks wieder aufgenommen. Diese Gespräche wurden am ersten Streiktag um 19 Uhr weitergeführt.

Mittlerweile waren der Vorsitzende von Gesamtmetall, van Hüllen, und die beiden Vorsitzenden der IGM, Eugen Loderer und Hans Mayr, in Bremen und Bremerhaven eingetroffen.

Angriffe gegen den Streik werden zurückgeschlagen

Wiederholt gibt es an fast allen Streiktagen Versuche, die Streikposten-Ketten vor den Betrieben zu durchbrechen. Zum einen geschah das direkt organisiert von den Kapitalisten oder einiger ihrer Handlanger, zum anderen waren dies Einzelaktionen aufgehetzter (leitender) Angestellter, die teilweise blindlings ohne Rücksichten mit ihren Autos versuchten, die Postenketten zu durchbrechen. Sowohl auf Seiten der Streikenden als auch bei den Streikbrechern gab es wiederholt Verletzte.

Auch die massive ideologische Kampagne der Kapitalisten hat während des Streiks noch zugenommen. Es verging kein Tag, in dem die Bremer Zeitungen nicht über die ‚Hinderung Arbeitswilliger" an der Arbeit berichten. Diese „Arbeitswilligen" waren Streikbrecher.

Jeden Tag fand der Zeitungsleser mindestens eine halbseitige Anzeige der Kapitalisten in der Lokalpresse.

Zentrum der Auseinandersetzungen waren Betriebe, in denen gewerkschaftliche Organisierung und Kampferfahrung sehr gering waren: VFW-Fokker, Nordmende und Siemens.

Auf den kampfstarken Werften wurden derlei Provokationen kaum durchgeführt.

VFW–Fokker

Nachdem am ersten Streiktag noch zahlreiche Angestellte ohne Ausweis in den Betrieb gelangten, wurden am nächsten Tag die Streikposten verstärkt.

Ein organisierter Stoßtrupp von Streikbrechern (hauptsächlich leitende Angestellte) versuchte einen keilförmig angesetzten Durchbruchversuch, der jedoch verhindert werden konnte (ähnliche Versuche wiederholten sich an mehreren Tagen).

Wiederholt versuchten Streik-

konnte (ähnliche Versuche wiederholten sich an mehreren Tagen).

Wiederholt versuchten Streikbrecher mit Leitern oder über die Dächer ihrer PKWs ins Betriebsgelände zu gelangen. In einem Fall erreichten sie das Werksgelände in einem bereitgestellten Kleinbus über das Flughafengelände.

Ein Streikposten wurde von einer von einem „arbeitswilligen" Streikbrecher geworfenen Flasche am Kopf getroffen.

Die VFW-Geschäftsleitung stellte als erste einen Antrag auf einstweilige Verfügung gegen die IGM und die Streikleitung. Andere Betriebe folgten, darunter Siemens, Nordmende und Vulkan. Nach dieser Verfügung müssen die Streikposten „Arbeitswilligen" freien Zugang zum Betrieb geben und einen drei Meter breiten Zuweg offenhalten.

Mit Lautsprechern, Spitzelfotografen und Scheinwerfern provozierte die Geschäftsleitung die Streikenden vom Betriebsgelände aus und forderte die Streikbrecher zur Arbeit auf.

Worum geht es?

Gewerkschaft	am 25. 2. 1974	Unternehmer
14% mehr Lohn + Gehalt		11% mehr Lohn + Gehalt 2% mehr Lohn ab Nov. 13%
2 Urlaubstage mehr		2 Urlaubstage mehr 74/75 20% mehr Url.-Geld 74/75
70,– DM Ausbildungsvergütung mehr		70,– DM Ausbildungsvergütung mehr
Sicherung älterer Arbeitnehmer		Sicherung älterer Arbeitnehmer
Kontoführungsgebühr		Kontoführungsgebühr

Lohnt sich an der Unterweser ein Streik für weniger als 1%?

Nein!

2 Millionen Metaller haben das Unternehmer-Angebot bereits angenommen!

Presserechtlich verantwortlich: AGV Bremen, Schillerstraße 10

In den Betrieben verteiltes und ausgehängtes Flugblatt der Kapitalisten vor dem Streik in Unterweser. Man beachte vor allem die plumpe Rechnung: 11 % + 2 % = 13 %

In einem Brief vom 11. März „An unsere Mitarbeiter" schreiben die Kapitalisten bei VFW:

In einem Brief vom 11. März „An unsere Mitarbeiter" schreiben die Kapitalisten bei VFW:

„Was ist jetzt zu tun?

Fordern Sie die verantwortlichen betrieblichen Streikleiter an den Toren, die Sie an ihren Flüstertüten erkennen, auf, Ihnen dabei zu helfen, Ihr Recht auf eine eigene Entscheidung, ob Sie arbeiten wollen oder nicht, durchzusetzen. Halten Sie alle Fälle, in denen Ihren Anforderungen nicht entsprochen wird bzw. in denen Sie behindert werden, schriftlich fest und leiten Sie sie weiter (Bau 10, großes Sitzungszimmer).

Setzen Sie nicht Ihre Gesundheit aufs Spiel. Versuchen Sie nicht Ihr Recht mit Gewalt durchzusetzen. Begehen Sie nicht Ihrerseits Rechtsbrüche durch Angriffe auf Streikposten."

So aufgehetzt schritt eine große Zahl von Angestellten zur Tat. Ein von angeblich 262 Angestellten unterschriebener Brief an die Streikleitung und die Polizei, in dem es heißt: „Es ist bekannt, daß der Streik bei VFW-Bremen nur von einer Minderheit getragen wird...

heißt: „Es ist bekannt, daß der Streik bei VFW-Bremen nur von einer Minderheit getragen wird...

Gleichzeitig sehen wir auch unsere Arbeitsplätze gefährdet."

Ebenso wie die Werksleitung hat auch eine Reihe Leitender wiederholt „um den aktiven Einsatz von Polizeikräften gebeten."

Während die Gewerkschaftsführer sich bemühten, ja die Rechtsstaatlichkeit zu wahren und wiederholt zur Behebung der Zwischenfälle in Verhandlungen mit den Kapitalisten traten, berichtet der „Weser-Kurier" vom 13.3.:

„Vor dem Werksgelände der Vereinigten Flugtechnischen Werke bekam unter anderem auch Bremens IG Metall-Chef, Arno Weinkauf, die Entschlossenheit der Streikposten zu spüren.

Nach Angaben aus dem Werk scheiterte ein Versuch Weinkaufs, zwei Arbeitswillige an den Streikposten vorbei auf das Werksgelände zu geleiten. Auch er kam an den Streikwachen nicht vorbei. Ebenfalls nicht durchgelassen wurde ein Lastwagen, auf dem sich einige Arbeitswillige versteckt hatten. Dennoch ein Lichtblick: Verletzte, wie an den Tagen vorher, wurden von VFW nicht mehr gemeldet."

Aus Solidarität mit ihren Bremer Kollegen und aus Protest gegen die in ihrem Tarifbezirk (nordwestl. Niedersachsen) verschleppten „Verhandlungen, traten 900 Beschäftigte im VFW-Zweigwerk Lemwerder am 7.3. für 1 Stunde und am 12.3. für 1 1/2 Stunden in einen Warnstreik. Sie protestierten auch gegen die Anwesenheit im Werk befindlicher Streikbrecher aus Bremen.

Merkblatt

Wichtige Hinweise für Arbeitnehmer im Falle eines Arbeitskampfes

I. Gleiche Rechte für deutsche und ausländische Arbeitnehmer!

In der Bundesrepublik Deutschland gelten Arbeitskampfregeln, die für deutsche und ausländische Arbeitnehmer in gleicher Weise verbindlich sind. Sie erlauben einen Streik nur unter bestimmten Bedingungen. Andere Streiks sind illegal.

II. An welchen Streiks dürfen Arbeitnehmer teilnehmen?

Nur an legalen Streiks!

Nicht zulässig ist die Teilnahme an illegalen Streiks.

Illegal sind vor allem:

1. Nicht von der Gewerkschaft geführte Streiks.
2. Streiks, bevor die Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeberverband endgültig gescheitert sind und solange ein Schlichtungsverfahren läuft.
3. Streiks ohne vorherige Urabstimmung.
4. Politische Streiks.

Wer an einem illegalen Streik teilnimmt, erhält keinen Lohn; ihm droht fristlose Entlassung, und er ist für alle Schäden haftbar. Auch darf die Gewerkschaft während eines illegalen Streiks keine Unterstützung zahlen.

III. Welche Folgen hat die Teilnahme an einem legalen Streik?

1. Wer streikt, erhält keinen Lohn.
2. Während des Streiks kann kein Urlaub genommen werden.

IV. Wie müssen sich die Arbeitnehmer bei einem legalen Streik verhalten?

Sie dürfen in keinem Falle Personen bedrohen oder gar Gewalt gegen sie anwenden; sie dürfen Sachen nicht beschädigen.

1. Arbeitswillige dürfen nicht mit Drohung oder Gewalt am Betreten und Verlassen des Werksgeländes gehindert werden.
2. Zugänge und Zufahrten zum Betrieb dürfen nicht versperrt werden.
3. Arbeitnehmer, die zum Notdienst herangezogen werden, sind zur Arbeitsleistung verpflichtet und müssen das Werksgelände ungehindert betreten können.
4. Streikende dürfen sich nicht gegen den Willen des Arbeitgebers im Betrieb aufhalten.

Verstöße hiergegen sind strafbar. Sie können zur fristlosen Entlassung führen und zum Schadenersatz verpflichten.

V. Wie müssen sich die Arbeitnehmer nach Streikende verhalten?

Sie müssen die Arbeit sofort wiederaufnehmen; in besonderen Fällen kann aber der Arbeitgeber eine Wiedereinstellung ablehnen.

VI. Was ist eine Aussperrung?

In jedem Arbeitskampf kann sich der Arbeitgeber gegen den Streik zur Wehr setzen, indem er aussperrt.

Das bedeutet, daß alle von der Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer nicht weiter arbeiten dürfen, selbst wenn sie es wünschen.

In Einzelfragen gibt die Personalabteilung des Betriebes oder der betriebliche Vorgesetzte weitere Auskünfte. Auch der Betriebsrat ist verpflichtet, die Mitarbeiter über ihre Rechte und Pflichten im Falle eines Arbeitskampfes aufzuklären.

Mit diesem vor dem Streik verteilten „Merkblatt" mit amtlichem Anstrich bereiten die Kapitalisten schon auf die spätere Auseinandersetzung vor



Streik gegen die bremische Metallindustrie

Was hat die IG Metall bisher erreicht:

- Einkommensausfall für die Beschäftigten der bremischen Metallindustrie.
- Spaltung der Arbeitnehmer in „Streikbrecher" u. Streikende.
- Ausfall an Steuern, die für bremische Gemeinschaftsaufgaben dringend gebraucht werden.
- Auftragsrückgänge, die die Arbeitsplätze gefährden.
- Kaufkraftausfall für alle bremischen Bürger.
- Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit der bremischen Metallindustrie.
- Einnahmeausfall bei den kommunalen Betrieben.

Dieser Streik schadet allen.

Dagegen steht die geschlossene Haltung der Unternehmen für eine verantwortbare Lösung des Tarifkonflikts.

Arbeitgeberverband der Metallindustrie im Unterwesergebiet e.V.

Metallindustrie

Diese Anzeige der Kapitalisten ist eine von mittlerweile einem Dutzend. Kosten werden nicht gescheut: fast eine halbe Seite der Tageszeitungen wurde damit ausgefüllt (Anzeige aus „Bremer Nachrichten", „Weserkurier" und „Nordseezeitung" vom 12.3.74)

ANZEIGE

Was wir unbedingt sagen müssen:

Und zwar unseren vielen Geschäftsfreunden, die uns in diesen Tagen besuchen wollen.

Sie kommen nicht rein

Egal, ob Sie es mit Würde, Charme oder unserem Ausweis versuchen, denn an allen Eingängen stehen Streikposten der IG Metall.

Und die lassen Sie nicht rein. Obwohl Sie es tun müßten.

Das bedauern wir. Dabei geht es Ihnen aber nicht anders als unseren Arbeitnehmern, die nicht streiken wollen. Und das sind eine ganze Menge. Ihnen nimmt man das Recht auf freien Zugang zum Arbeitsplatz * – das ist gegen die Verfassung.

Unsere Geschäftsfreunde müssen wir bitten, sich zu gedulden, bis der Streik zu Ende ist. Unseren Arbeitnehmern nützt das jedoch wenig. Sie verlieren Geld.

Das mußten wir Ihnen unbedingt sagen. Denn schließlich leben wir in einem Staat, dessen Verfassung den Schutz der Freiheit und Menschenwürde verspricht. Und es ist nicht gut, wenn einige sich auf Kosten anderer Rechte anmaßen, die ihnen nicht zustehen.



WÄCHTER KG. BREMEN

BREMER VULKAN

Schiffbau und Maschinenfabrik
Bremen-Vegesack

* Den freien ungehinderten Zugang zum Arbeitsplatz bestätigt das Arbeitsgericht Bremen mit seinem Beschluß vom 7. März 1974 (Aktenzeichen 4 Ca 4176-79/74). Doch das kümmert die Streikposten nicht.

Teil der Anzeigenkampagne der Kapitalisten: die Geschäftsleitung der Bremer Vulkan „informiert" ohne Scheu vor Kosten (aus den Tageszeitungen des Unterwesergebietes vom 13.3.74, halbseitige Anzeige)

Forts. Metalltarifrunde 74

Siemens: CDU-Schlägerbande

Wiederholt kam es auch bei Siemens zu Streikbruchversuchen.

Den schärfsten Angriff startete in der Manier faschistischer Schlägerbanden ein Streikbrechertrupp unter Vorsitz des Bremer Vorsitzenden der Jungen Union und CDU-Mitglieds der Bremer Bürgerschaft von der Schulenburg. Als leitender Angestellter bei Siemens stellte er einen Schlägertrupp zusammen und benutzte dann seinen Notdienstausweis, um einen Notausgang für seine Truppe zu öffnen. Die beiden davorstehenden Streikposten wurden als „IG Metall-Schweine" bepöbelt und zusammengeschlagen.

Vor dem Eingang bei Siemens spitzelten ununterbrochen zivile Schnüffler und fotografierten.

Nordmende

Schon vor dem Streik wurde bei Nordmende an die Bereichsleiter der Firma eine Weisung verteilt. Darin heißt es:

„Nachdem ich auf die Folgen einer wissentlich oder fahrlässig falsch abgegebenen Erklärung hingewiesen worden bin, versichere ich folgendes an Eides statt."

Was aber soll man „an Eides statt versichern"? Daß man als „Arbeitswilliger" – also als Streikbrecher – von Kolleginnen und Kollegen daran gehindert wurde, den Betrieb zu betreten. Diese sollen also schlicht und einfach denunziert werden. Es wird sogar verlangt, ihre „Identifikation" zu sichern.
(aus STREIK-NACHRICHTEN 1, 6.3.74).

Nordmende-Direktor Olof raste mit seinem Wagen in die Streikposten und verletzte einen.

Im Bremerhavener Werk wurden vom Dach eines Gebäudes Foto- und Filmaufnahmen gemacht, „um Identifikation zwecks späterer Schadensersatzforderungen" zu ermöglichen.

Unter Führung des NPD-Mitgliedes Czawlina versuchte eine kleine Gruppe von Technikern die Postenkette zu durchbrechen. Sie scheiterten aber.

Auch Versuche, nachts Streikbrecher ins Werk zu schleusen, schlugen fehl: Der Postendienst ging rund um die Uhr.

Weitere Übergriffe

Im Alcan-Aluminium-Werk in Uphusen fuhr ein Werksmeister mit seinem Wagen in die Streikposten und verletzte einen Arbeiter schwer.

In Bremen-Hemelingen raste ein Werksbus mit Streikbrechern durch ein geschlossenes Werkstor.

Die Metallarbeiter und -Angestellten in Unterweser stehen in einem hart geführten Streik und sind kampfentschlossen und konsequent. Sie stehen in einem Streik, dessen zahlenmäßiges Ergebnis schon vor Beginn des Kampfes eine Niederlage war.

Sie stehen aber auch in einem Kampf, der sie mit der Brutalität und den Machenschaften des Klassenfeindes unmittelbar konfrontiert.

Wenn es gelingt, diese Erfahrungen zu verwerten, aus ihnen die notwendigen Lehren zu ziehen und im Sinne einer konsequenten Politik im Interesse der Arbeiterklasse zu entwickeln, wenn es gelingt, die wertvollen Kampferfahrungen dieses Streiks politisch zu festigen, so liegen in dieser Niederlage wichtige Keime, um in den sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen der Zukunft zu bestehen.

13.3. ■

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg
(mit Unterstützung unserer Genossen in Bremerhaven und Bremen)

Auf dem Weg zur völligen Willkür!

Gewerkschaftsausschluß gegen vier GEW-Mitglieder

Wir haben im letzten AK eingeschätzt, daß der Vorstand der Hamburger GEW dabei ist, die Demokratie in der GEW auf kaltem Weg zu zerschlagen, nachdem klar ist, daß die gewerkschaftlichen Organe Hauptversammlung und Vertrauensleuteversammlung ihre Zustimmung zu dieser Politik verweigern. Auf der letzten HV hatte der Vorstand eine Diskussion seines selbstherrlichen „Unvereinbarkeitsbeschlusses" (gegen „KPD/ML", „KPD" und KBW) durch stundenlange Geschäftsordnungsdebatten verhindert – angeblich, weil diese Diskussion „verfrüht" sei. Freilich läßt sich der Vorstand natürlich nicht davon abhalten, diese „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" zu praktizieren. Das zeigt nocheinmal, daß das Argument „verfrüht" nur ein billiger Vorwand war, um der Hauptversammlung ihr Recht auf eine Ablehnung dieses Beschlusses zu nehmen.

Am 5.3. beschloß der Vorstand bei einer einzigen Gegenstimme – also mit Unterstützung der DKP – den Ausschluß von vier Mitgliedern aus der Gewerkschaft: R. Bühler, I. Hauswald, B. Laux, J. Mayr. Anlaß für den Ausschluß war das Auftreten der vier als Redner auf einer Veranstaltung des „Komitee Kampf den Berufsverboten gegen kommunistische und fortschrittliche Lehrer" am 12.2.74. Auf dieser Veranstaltung war ein Mitglied des GEW-Vorstands mit der erklärten Absicht erschienen, die Äußerungen der GEW-Mitglieder im Hinblick auf einen möglichen Gewerkschaftsausschluß zu belauschen. Daraufhin hatte die Versammlung fast einmütig beschlossen, das Vorstandsmitglied zum Verlassen der Veranstaltung aufzufordern. Nachdem das Vorstandsmitglied auf das Hausrecht des Veranstalters aufmerksam gemacht worden war, verließ es den Saal. Der Vorstand gab jedoch die Falschmeldung an die Springerpresse, man sei gewaltsam zum Verlassen der Veranstaltung gezwungen worden. Diese Lüge war so unverschämt, daß der Vorstand inzwischen offenbar davon abgerückt ist – natürlich ohne eine öffentliche Richtigstellung. Man baut darauf, daß die Story ihre Wirkung erzielt hat – und läßt die Sache unter den Tisch fallen.

Nach der Methode der Reversepolitik wurden die vier GEW-Mitglieder in einem Schreiben aufgefordert, sich von dem Aufruf-Flugblatt des Komitees und von dem Ausschluß des Vorstandsmitglieds von der Versammlung zu distanzieren sowie mitzuteilen, ob man dem Komitee angehört oder sich mit dessen Veröffentlichungen „identifiziert".

Die betroffenen GEW-Kollegen wiesen dieses Ansinnen der GEW-Führung zurück und erklärten, „*daß es sich bei den Ausschlußverfahren um ‚flankierende Maßnahmen' zu den von der Behörde gegen kommunistische und andere demokratische Lehrer verhängten Berufsverboten und Disziplinierungsmaßnahmen handelt. Sämtliche vom Gewerkschaftsausschluß bedrohte Kollegen sind gleichzeitig von Berufsverboten, Disziplinierungsmaßnahmen oder Sonderbehandlungen der Behörde aus politischen Gründen betroffen.*"

Der GEW-Vorstand beschloß inzwischen den Ausschluß der vier Kollegen.

Die ausgeschlossenen GEW-Mitglieder haben das Recht, die Vertrauensleute-Vollversammlung in dieser Sache anzurufen, und werden das sicher tun. Angesichts der Erfahrungen mit der letzten HV halten wir es durchaus für möglich, daß der Vorstand eine Behandlung dieses Punktes auf der VV zu verhindern sucht, wenn es sich abzeichnet, daß die Mehrheit der Vertrauensleute den Gewerkschaftsausschluß ablehnt wie im Fall Hindemith/Altenburg.

Wie es der Vorstand mit der innergewerkschaftlichen Demokratie hält, zeigt auch ein anderer Vorgang: Auf der letzten HV konnte der Vorstand nur mit endlosen Tagesordnungsdebatten und mit Unterstützung der DKP verhindern, daß endlich über den „Unvereinbarkeitsbeschluß" gesprochen wurde. Der Leser der vom Vorstand herausgegebenen „Hamburger Lehrerzeitung" (4/74) erfährt über diese Vorgänge nur einen einzigen Satz: „ ... *Zum anderen strapazierte* (!) *eine sich über längere Zeit hinziehende Verfahrensdebatte über Tagesordnungsfragen die Geduld vieler anwesender Mitglieder.*" – So „informiert" der Vorstand die Kollegen!

Auf der Versammlung gaben etwa 400 GEW-Mitglieder ihre Unterschrift unter die Forderung nach Durchführung einer außerordentlichen HV zu den „Unvereinbarkeitsbeschlüssen". Damit ist der Vorstand nach der Satzung v e r p f l i c h t e t, eine solche Versammlung innerhalb von vier Schulwochen durchzuführen. Der Vorstand w e i g e r t sich aber, das zu tun, redet von „Terminschwierigkeiten" und „vielleicht bei anderer Gelegenheit". **Und das sind die Hüter der Demokratie, die uns Kommunisten als undemokratisch und gewerkschaftsfeindlich beschimpfen!** ■

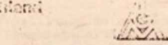
HAMBURG

Gewerkschaftsausschluß bei Hanomag

Nachdem im Januar der erste Versuch der IGM-Ortsverwaltung Hamburg, einem Vertrauensmann der Hanomag-Henschel-Werke seine Funktion zu entziehen (— der betroffene Vertrauensmann hat dies durch eine gerichtliche einstweilige Verfügung verhindern können —) gescheitert war, wird jetzt gegen den Kollegen eines der schwersten Geschütze aufgefahren: das Ausschlußverfahren.

Aufgrund eines entsprechenden Antrags von einem ausgemacht reaktionären Vertrauensmann (der im übrigen von niemandem gewählt wurde, sondern eingesetzt worden ist) leitete die Ortsverwaltung (OV) ein Verfahren nach § 30 der Satzung ein.

Verwaltungsstelle Hamburg



EINSCHREIBEN

Herrn
[redacted]

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Hausapp. Nr.	Datum
		OL/wt	18	13.2.74

Betr.: Verfahren nach § 30 der Satzung

Bezug: Aufforderung zur schriftlichen Rechtfertigung

Der Kollege Hans Tramm, wohnhaft 2104 Hamburg 92, Bredengrund 29, hat bei der Ortsverwaltung beantragt, gegen Dich ein Verfahren nach § 30 unserer Satzung durchzuführen. In seinem Antrag erhebt er gegen Dich folgende Anschuldigungen:

Am 11. Oktober 1973 hatte der Vertrauenskörper der IG-Metall bei den Hanomag-Henschel Fahrzeugwerken beschlossen, keine außerordentliche Betriebsversammlung vom Betriebsrat durchführen zu lassen. Entgegen diesem Beschluß hast Du eine Unterschriftensammlung in der Belegschaft unterstützt und nicht, wie es nach demokratischen Grundsätzen Deine Verpflichtung gewesen wäre, in der Belegschaft entsprechend dem Beschluß des Vertrauenskörpers argumentiert. Dieses Verhalten habe das Ansehen der IG-Metall erheblich geschädigt. Es dürfe nicht angehen, daß ein Mitglied eines Vertrauenskörpers einen Beschluß dieses Gremiums, an dem er selber mitgewirkt hat, unter den Mitgliedern nicht vertritt, sondern im Gegenteil diesem Beschluß entgegenwirkt.

Die Ortsverwaltung hat zu ihrer Beratung über den vom Kollegen Tramm gestellten Antrag am 11.2.1974 die Leitung des Vertrauenskörpers hinzugezogen, um die gegen Dich erhobenen Anschuldigungen vorweg zu prüfen. Die Mitglieder der VK-Leitung erklärten sinngemäß übereinstimmend:

1. Es trifft zu, daß Du die genannte Unterschriftensammlung unterstützt hast. Des weiteren hättest Du Dich aktiv an der Unterschriftensammlung beteiligt.
2. Du selbst warst im Besitz von Unterschriftenlisten. Als Unterzeichner dieser Listen zu Dir kamen, um den Namen streichen zu lassen, hast Du diese Streichung verweigert. Dabei sollst Du geäußert haben, diese Kollegen wären unter Druck gesetzt worden, weil ihn anderenfalls die Entlassung angedroht worden wäre.

- 2 -

3. Du hast die an Dich persönlich gerichteten Schreiben der Ortsverwaltung, insbesondere das Schreiben vom 26.11.73, vervielfältigt und in Umlauf gebracht. Damit hast Du direkt bzw. indirekt die Veröffentlichungen in der Zeitschrift "DER METALLARBEITER", Betriebsausgabe Hanomag-Henschel, vom 28. Januar 1974 unterstützt.

   Auf Seite 4 sind Auszüge dieses an Dich persönlich gerichteten Schreibens zitiert worden. Dir müßte bekannt sein, daß nach dem Beschluß des Beirates der IG-Metall vom 16. April 1973 die herausgebende Organisation dieser Zeitschrift, der kommunistische Bund, als gegnerische Organisation im Sinne der Satzung anzusehen ist.

Die Ortsverwaltung hat nach sorgfältiger Prüfung dieser Anschuldigungen am 11.2.1974 beschlossen, gegen Dich ein Verfahren nach § 30 Abs. 1 einzuleiten. Wir fordern Dich hiermit auf, Dich innerhalb von 14 Tagen, spätestens bis zum 5. März 1974 schriftlich zu rechtfertigen.
Wir weisen Dich darauf hin, daß Du nach den Bestimmungen unserer Satzung aus der IG-Metall ohne weitere Untersuchung ausgeschlossen werden kannst, wenn Du dieser Aufforderung zur schriftlichen Rechtfertigung nicht nachkommst. Unabhängig von dieser beschlossenen Maßnahme teilen wir Dir außerdem folgendes mit:

Der in der Ortsverwaltungssitzung am 22.11.1973 gefaßte und am 14.12.1973 bestätigte Beschluß der Ortsverwaltung, Dir Deine Funktion als Vertrauensmann zu entziehen, wird z.Zt. nicht aufrechterhalten. Wir bitten Dich, dies Deinen Anwälten mitzuteilen, damit die einstweilige Verfügung vom 9.1.1974 als erledigt angesehen werden kann.

Die Ortsverwaltung hat somit wie oben erwähnt, ein durch die Satzungsbestimmungen abgedecktes innerorganisatorisches Verfahren gegen Dich eingeleitet. Gegen dieses Verfahren ist eine zivilrechtliche Intervention nicht möglich.

Wir erwarten Deine Stellungnahme und verbleiben

mit freundlichem Gruß

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
f.d.Bundesrepubl.Deutschland
-Verwaltungsstelle Hamburg -

H.Schreiber J.Müllner O.Mohr

Lüge und Demagogie

Ebenso wie die Begründung des Funktionsentzugs besteht auch der neuerliche Anschlag aus Lügen, demagogischen Verdrehungen und Verleumdungen – z.T. fast wörtlich dieselben wie beim erstenmal! So beispielsweise der gesamte direkte Ausschlußantrag. Da diese „Argumente" so langsam abgestanden riechen, gehen wir hier nicht noch einmal darauf ein (siehe AK 39). Neu, aber ebenso dreist und frech ist die „singemäße" Stellungnahme der VK-Leitung.

Aus dem Antwortschreiben des betroffenen Kollegen wird die Frechheit dieser Aussagen mehr als deutlich:

Zu 1.: Ich habe nie behauptet, die Sammlung nicht unterstützt zu haben. Ich habe im Gegenteil wiederholt erklärt, daß dies meine Pflicht als Vertrauensmann der IGM war, ganz zu schweigen davon, daß mir dieses Recht laut BetrVG zusteht. Ich verstehe insofern nicht, daß mir meine Beteiligung anscheinend zum Vorwurf gemacht wird.

Zu 2.: Diese Unterstellung muß ich mit Empörung zurückweisen! Ich war in der Tat im Besitz von Unterschriftenlisten. Zwei Kollegen sind, nachdem sie unterschrieben hatten, an mich herangetreten, um ihren Namen zu streichen. Dem habe ich selbstverständlich stattgegeben.

Anders verhielt es sich, als ein türkischer Vertrauensmann von mir Einsicht in die Listen forderte, da angeblich mehrere türkische Kollegen ihre Unterschrift zurücknehmen wollten. Diesen Vertrauensmann habe ich die Liste nicht einsehen lassen. Er selbst hatte nicht unterschrieben. Von den türkischen Kollegen, die bei mir unterschrieben hatten, ist keiner an mich herangetreten.

Bei der Behauptung, diese Kollegen wären unter Druck gesetzt worden, berief ich mich ausdrücklich auf einen anderen Kollegen. Dieser bestätigte gegenüber dem BR-Mitglied Barfuß, daß ihm ein türkischer Kollege dies gesagt hätte.

Zu 3.: Hier wird mir zum Vorwurf gemacht, ich hätte „an mich persönlich gerichtete Schreiben der Ortsverwaltung vervielfältigt und in Umlauf gebracht". Ich habe wiederholt erklärt, daß ich in diesen Briefen nicht persönlich, sondern in meiner Funktion als Vertrauensmann angegriffen worden war. Deshalb habe ich auch wiederholt versucht, das Problem öffentlich zu diskutieren:

- *Auf der VK-Sitzung vom 6.11.73 wurde die Diskussion nach kurzer Zeit durch einen Geschäftsordnungsantrag abgebrochen, so daß ich mich gegen die Vorwürfe nicht verteidigen konnte.*
- *Auf der Betriebsversammlung vom 4.12.73 bat ich den VK-Vorsitzenden Wolfgang Steiner, zu den Anschuldigungen Stellung zu nehmen. Der BR-Vorsitzende Paulsen lehnte es ab, „Angelegenheiten aus der IGM" auf einer Betriebsversammlung zu diskutieren.*
- *Ein Kollege, der auf dieser Versammlung trotzdem zu dem Problem das Wort ergriff und sich mit mir solidarisch erklärte, wurde vom BR-Vorsitzenden Paulsen nach der Versammlung ermahnt, solche Solidaritätsbekundungen in Zukunft zu unterlassen.*
- *Die Ortsverwaltung hat trotz meiner Aufforderung es nicht für nötig gehalten, sich meinen Standpunkt anzuhören.*

Da also die VK-Leitung und der BR nicht bereit waren, dieses Problem öffentlich zu diskutieren, blieb mir nichts anderes übrig, als selbst den interessierten Kollegen zu ermöglichen, sich ein Urteil zu bilden. Zu diesem Zweck vervielfältigte und verteilte ich den Brief der Ortsverwaltung, meine Antwort darauf, sowie das Urteil des Landgerichts.

Der Vorwurf, ich hätte direkt die Veröffentlichung im METALLARBEITER unterstützt, ist völlig aus der Luft gegriffen und durch nichts bewiesen. Mir allerdings vorzuwerfen, ich hätte indirekt dazu beigetragen, halte ich für eine schwere Einschränkung meines Rechts als Vertrauensmann und damit letztlich aller Vertrauensleute.

Selbstverständlich werde ich weiterhin die Diskussionen im VK und die Auseinandersetzungen in der IGM mit meinen Kollegen diskutieren. Wenn es nötig ist, den Kollegen dazu bestimmte Dokumente vorzulegen, werde ich das sicherlich auch tun.

Jede Einschränkung dieses Rechts halte ich für eine gefährliche Tendenz. Wohin das führen kann, zeigt eine Bemerkung des Kollegen Loesaus (Mitglied der VK-Leitung) auf der Sitzung des VK vom 28.2.74. Als dort ein Kollege den Vorschlag machte, die Protokolle der VK-Sitzungen zu veröffentlichen, lehnte Kollege Loesaus das ab, weil das sonst im nächsten METALLARBEITER stehen würde. Auf deutsch heißt das doch: die Vertrauensleute dürfen nicht mehr berichten, was auf den Sitzungen diskutiert wird . . ."

Soweit die Stellungnahme des Kollegen.

In der Tat wird hier unter dem demagogischen Mantel des Antikommunismus ein weiteres grundlegendes Recht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beseitigt. Nach den im Brief dargelegten Argumenten darf ein Vertrauensmann die Auseinandersetzungen in der IGM und in den VK's nicht mehr in die Abteilungen tragen. Sicherlich werden auch die Kommunisten zu diesen Fragen Stellung nehmen – dies hat der gewerkschaftlichen Organisation noch nie geschadet und bislang sind die Gewerkschaftsführer auch jeden Beweis schuldig geblieben, wieso dies der gewerkschaftlichen Organisation schaden sollte.

Nach den in der Begründung des Funktionsentzugs dargelegten „Grundsätzen" von Vertrauensleutearbeit und den neuesten Ergüssen schält sich ein recht eindeutiges Bild von den Vorstellungen der Gewerkschaftsführer heraus:

Die Vertrauensleute sind nicht mehr den Kollegen gegenüber verantwortlich und verpflichtet, sondern der Gewerkschaftsführung. Nicht mehr die Kollegen bestimmen, wer Vertrauensmann ist, sondern die Ortsverwaltung. Die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung darf nicht mehr unter die Kollegen getragen werden, das gleiche gilt für die Auseinandersetzungen im VK.

Mit dieser Ausschaltung der letzten Einflußmöglichkeiten der Arbeiter und der Ausschaltung einer breiten Diskussion über die Gewerkschaftspolitik bleibt von den ursprünglichen Zielsetzungen der Vertrauensleutearbeit nichts mehr übrig. Das Ziel ist klar: Aufbau eines sozialdemokratischen Funktionärskaders, der nur und ausschließlich der Gewerkschaftsführung gegenüber verpflichtet und verantwortlich ist und den Einfluß dieser Politik in den Betrieben aufrechterhalten soll. Gerade heute, wo die offizielle Gewerkschaftspolitik – vor allem die Tarifpolitik – unter zunehmende Kritik gerät, wird diese innergewerkschaftliche Entwicklung verschärft vorangetrieben.

Die Vorfälle bei Hanomag sind nur ein Punkt, ähnliche Dinge laufen in vielen Betrieben. Erinnert sei hier nur an die Auseinandersetzungen bei HSW, HDW und vor allem auch die Auseinandersetzungen um die Geschäftsordnung bei Blohm & Voss. (Diese Geschäftsordnung sieht vor, jegliche Diskussion aus dem VK zu verbannen – sofern sie nicht im Interesse der Leitung ist.)

Zurück zu den eigentlichen Vorfällen. Neben den offenen Maßnahmen gegen eine öffentliche Diskussion haben die Leitenden Mitglieder von VK und BR mittlerweile ein Klima im VK geschaffen, daß eine Diskussion ohnehin nur schwer zuläßt. So plärrte beispielsweise der Ausschlußantragsteller auf der letzten VK-Sitzung anläßlich der Diskussion über den 11. Gewerkschaftstag, ständig, man solle endlich aufhören zu diskutieren usw. Einem Vertrauensmann, der dazu einige fortschrittliche Anträge zur Diskussion stellte wurde ebenfalls durch Zwischenruf „mitgeteilt" – man schmeiße ihn ohnehin bald aus dem Fenster.

Dies ist die eine Seite – antikommunistische Aufputschung der eigenen Mannschaft. Auf der anderen Seite wird seitens der rechten Sozialdemokraten mit Hilfe ständiger Geschäftsordnungs(GO)-Anträgen und inhaltsloser, wie langatmiger GO-Debatten, jede Diskussion gewerkschaftspolitischer Themen usw. sabotiert.

Das taktische „Geschick" der OV

Nachdem der erste Versuch scheiterte und weitere Maßnahmen durch den Gerichtsbeschluß ebenfalls blockiert waren, griff die OV zu einem ganz besonders dummdreisten Mittel. Den Ausschlußantrag hat ein (daran ist kaum zu zweifeln) Strohmann gestellt, die OV kann den Funktionsentzug vorerst zurücknehmen (und damit den hinderlichen Gerichtsbeschluß außer Kraft setzen), ein Verfahren einleiten und den „objektiven" Sachwalter spielen. Sicherlich „geschickt" gedacht – nur eben etwas plump durchgeführt.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Ortsverwaltung die Kollegen in einsamer Entscheidung ausschließen wird, das Verfahren ist ohnehin nichts als eine Farce. Hinter verschlossenen Türen, ohne auch nur die geringste Öffentlichkeit herzustellen, entscheiden die vier Beisitzer (je zwei vom Antragsteller und Beschuldigten) sowie der „neutrale" Mann der Ortsverwaltung – die Mehrheitsverhältnisse sind klar.

Trotzdem, auch wenn der vom Ausschluß bedrohte Kollege keine größeren Einflußmöglichkeiten auf die Entscheidung der Ortsverwaltung hat, als bei jeder anderen Maßnahme, so bedeutet doch ein Verfahren nach § 30 für die betriebliche Diskussion bessere Möglichkeiten, als beispielsweise ein Ausschluß nach dem sogenannten Extremistenerlaß! Beim Verfahren nach § 30 ist die OV gezwungen, einen Ausschluß zu begründen und beispielsweise die Stellungnahme des betroffenen Kollegen zu widerlegen! Und dies dürfte in der Tat interessant werden.

Über die weitere Entwicklung, insbesondere über die betriebliche Solidaritätsbewegung werden wir weiter berichten.

Betriebszelle Hanomag-Henschel
KB/Gruppe Hamburg



BR-WAHLEN BEI REICHHOLD, HAMBURG

Achtungserfolg für die Linken

Ende Februar wählte die Belegschaft des mittelgroßen Hamburger Chemiebetriebs Reichhold ihren Betriebsrat. Zwei Listen standen zur Wahl: die linke Liste 1 („Liste konsequenter Kollegen"), auf der 11 der 13 aus der IG Chemie ausgeschlossenen Kollegen kandidierten, darunter zwei Betriebsräte, ein Jugendvertreter und ehemalige Vertrauensleute; und die Liste 2 („Gemeinschaftsliste"), auf der die alte Betriebsratsmehrheit versammelt war – also in schöner Eintracht die Rechten um Kurt Teschner zusammen mit den SPD-Betriebsgruppenmitgliedern Volkmann und Hollop (siehe AK Nr. 39).

Anlaß zur vorzeitigen Betriebsratswahl bei Reichhold – die regulären Wahlen finden erst im Frühjahr 75 statt – war die Auflösung des Betriebsrats durch die Betriebsratsmehrheit im Dezember 73. Begründet wurde die Auflösung mit „linksradikaler Unterwanderung", aufgrund derer keine vertrauensvolle Zusammenarbeit mehr mit dem Unternehmer möglich sei.

Bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung von 79% erhielt die Liste 1 19,2% der Stimmen bzw. zwei Sitze im Betriebsrat. Die Liste 2 erhielt 78,3% der Stimmen und neun Sitze (ungültige Stimmen – 2,5%).

Dieses Wahlergebnis ist nicht als Erfolg der Linken im Sinne eines Ausbaus ihrer Position im BR zu werten. Mit zwei Betriebsräten können sie auf keinen Beschluß maßgeblichen Einfluß ausüben, sie können den BR nicht als Machtposition für die Belegschaft ausnutzen.

Dieser Wahlausgang ist allerdings auch kein Erfolg für die Rechten. Das erklärte Ziel sowohl der sozialdemokratischen als auch der rechten Betriebsräte war es, die Reichhold-Linke, die mit zwei Betriebsräten schon im alten Betriebsrat vertreten war, aus dem BR rauszuwerfen und so vom Informationsfluß über die sozialdemokratischen Machenschaften mit der Geschäftsleitung abzuschneiden.

Ein „sauberer" BR sollte die im Jahr 74 anstehenden Rationalisierungen (Auflösung von Forschungsabteilungen, Hierarchisierung in der Produktion usw.) im Auftrag des Hoechst-Konzerns durchziehen, ohne daß störende Linke ständig mit der Veröffentlichung der kapitalistischen Pläne dazwischenfunken können.

Dieses Ziel ist nicht erreicht worden: nach wie vor sind die Linken mit zwei Betriebsräten im BR vertreten.

Dabei hatte die „Gemeinschaftsliste" eine antikommunistische Hetzkampagne, die nicht vor persönlichen Verleumdungen, Lügen und Verdrehungen zurückschreckte (siehe auch die beiden abgedruckten Flugblätter der Liste 2).

Direkte Schützenhilfe erhielt die „Gemeinschaftsliste" von der Verwaltungsstelle der IG Chemie und insbesondere seitens ihres Sekretärs, der während der Betriebsratswahl die von ihm selbst verfertigte Broschüre „Was wollen die Chaoten?" („eine Information der IG Chemie, Verwaltungsstelle Hamburg", „Erläutert am Beispiel des sogenannten ‚Kommunistischen Bundes Westdeutschland' " – vergl. Abdruck in UNSER WEG 22, der in diesen Tagen erscheint – bei Reichhold kursieren ließ.

Diese auch in anderen Chemiebetrieben aufgetauchte Schmierschrift hat den Zweck, die Arbeiter gegen die Kommunisten aufzuhetzen. In faschistischer Manier wird die Geschichte verfälscht und die Wahrheit auf den Kopf gestellt, indem behauptet wird, die Kommunisten wollten dem Proletariat „blutige Abenteuer schmackhaft machen", sie würden „bewußt den Bürgerkrieg und blutige Auseinandersetzungen provozieren" und ähnlicher Unsinn.

Da die Kandidaten der Liste 1 wußten, mit welchen „Argumenten" die andere Seite und besonders IG Chemie-Sekretär Kodolitsch aufwarten würden, gingen sie offensiv vor: Sie verteilten zur Betriebsversammlung wenige Tage vor der Wahl ein Flugblatt, in dem dieser Hetze vorgebeugt wurde (siehe Abdruck).

Offenbar hatte dies Erfolg. Das einzige, das Kodolitsch auf der Betriebsversammlung dazu sagen mochte, war, daß ja in dem von der Liste 1 verteilten Flugblatt schon geschrieben worden sei, was er jetzt nicht sagen dürfe . . . Worauf aus der Versammlung ein Kollege ihn unter Beifall mit dem Ruf „Auf Wiedersehen" verabschiedete.

Auf dieser Betriebsversammlung wurde auch die Vermutung, daß Kodolitsch Verfasser der Hetzschriften der Liste 2 war, zur Gewissheit: Ein Kandidat der Liste 1 berichtete, wie ein Kandidat der Liste 2 in seinem Beisein zum BR-Vorsitzenden Volkmann (ebenfalls Liste 2) gesagt hatte, der „Gewerkschaftssekretär, der immer unsere Flugblätter schreibt, soll sich mal ein bißchen zurückhalten".

Deutlich daran wird auch, daß sich sogar unter den Kandidaten der Liste 2, die sich ja alle unter dem Nenner „Kampf gegen die Linken" zusammengefunden hatten, Unbehagen über Stil und Inhalt der Propaganda für die Liste 2 breit machte.

Vergleicht man die BR-Wahlen 72 mit den jetzigen, so kann man ein Zusammenrücken der Sozialdemokraten mit den äußersten Rechten und eine gleichzeitig verstärkte Isolierung der Linken feststellen. 72 standen sich auch zwei Listen gegenüber (abgesehen von einer dritten „unabhängigen Liste"): eine Gewerkschaftsliste, die geführt von Volkmann die Mehrheit (6 Sitze) im BR errang. Und dann die Liste der Rechten, geführt vom ehemaligen BR-Vorsitzenden Teschner. Bereits damals war für die Belegschaft klar, daß es sich hier um eine Wahl zwischen Linken und Rechten handelte, wobei allerdings auf der linken Gewerkschaftsliste die SPD-Karrieristen wie Volkmann das Heft in der Hand hatten.

So konnte er und die Verwaltungsstelle noch vor der Wahl 72 die Gewerkschaftsliste auf eine öffentliche antikommunistische Abgrenzung gegen links (gegen „jene, die vorm Tor ihre Schriften vertreiben", womit in erster Linie DER CHEMIEARBEITER gemeint war) vereinheitlichen. Die linke Gewerkschaftsfraktion im BR, die politisch von einfachen Gewerkschaftern über aktive SPD-Sozialdemokraten bis hin zu Kommunisten reichte, polarisierte sich schnell an den anstehenden Problemen der Belegschaft und ihrer Vertretung der Geschäftsleitung gegenüber. Ergebnis dieser Polarisierung war die Verschiebung des Stimmenverhältnisses von anfangs 6:5 gegen die Teschnergruppe zu 9:2 gegen die Linken.

Auch diesmal war für die Belegschaft die Front klar: links gegen rechts. Wo allerdings bei der letzten Wahl die Gewerkschafter als einheitliche Gruppe aufgetreten waren und deshalb auch ungeteilt die Stimmen der Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb erhalten hatte, hatte ja inzwischen die Verwaltungsstelle alles getan, um die Gewerkschaftsarbeit auf den Hund zu bringen, nur weil dort die Linken einen zu großen Einfluß hatten. (Auflösung des VLK, Rausschmiß von 13 der aktivsten Gewerkschafter aus der Organisation, Verleumdung dieser Kollegen als Kriminelle usw.)

Allein im letzten Jahr sind etwa 25% der Organisierten aus Empörung und Resignation über diese Politik

25% der Organisierten aus Empörung und Resignation über diese Politik

aus der Gewerkschaft ausgetreten. Ein Schlaglicht auf das am-Boden-Liegen des gewerkschaftlichen Lebens bei Reichhold wirft die letzte Mitgliederversammlung, im Februar: ganze vier Mann aus dem Betrieb waren anwesend, darunter BR-Vorsitzender Volkmann und sein Stellvertreter Hollop!

Bei dieser Wahl hat die Gewerkschaftsführung offiziell eine Liste unterstützt, auf der die „Gewerkschafter" (Volkmann usw.) friedlich mit ihren damaligen Kontrahenten (Teschner usw.) zusammensaßen, während die bisher wirklich aktiven Gewerkschafter, aus der Organisation ausgeschlossen, gegen die „Gemeinschaftsliste" kandidieren mußten.

Daß die Linken angesichts dieser Situation ihre Position halten konnten, könnte man als „Achtungserfolg" werten. Denn diese Situation mußte die bisherige Wählerschaft der Gewerkschaftsliste von 72 spalten: die Gruppe von Kollegen, die noch den offiziellen „Gewerkschaftern" größeres Vertrauen schenken, einerseits weil sie die Linken noch nicht für eine wählbare Alternative halten, obwohl sie im einen oder anderen Punkt durchaus mit ihnen übereinstimmen; andererseits weil sie der Demagogie von rechts auf den Leim gegangen sind.

Und die andere Gruppe, die verstanden hat, daß die Gewerkschaftsführung es ist, die den wirkungsvollen Kampf gegen die Unternehmer boykottiert, wo sie nur kann und daß der Kampf gegen sie unerläßlich ist, will man die Interessen der Arbeiter vertreten.

Daß diese letztere Gruppe bei der gegenwärtigen gesamtgesellschaftlichen Situation (vgl. die Ergebnisse der Bürgerschaftswahl vor rund einem Monat in Hamburg!) klein ist, ist nichts weiter als logisch. Daran konnte auch ein noch so gut geführter Wahlkampf nicht wesentlich etwas ändern.

„Damit aber wirklich die ganze Klasse, wirklich die breite Masse der Werktätigen und vom Kapital geknechteten zu dieser Stellung gelangen (der der „direkten Unterstützung der Avantgarde, oder wenigstens der wohlwollenden Neutralität in Bezug auf dieselbe"), <u>dazu ist Propaganda und Agitation allein zu wenig</u>. Dazu gehört die <u>eigene politische Erfahrung dieser Massen</u>. Das ist das grundlegende Gesetz aller großen Revolutionen, das jetzt mit überraschender Kraft und Anschaulichkeit nicht nur von Rußland, sondern auch von Deutschland bestätigt wird."

(Lenin, zitiert bei Remmele, „Schritt halten", Nachdruck des KB, erhältlich im ARBEITERBUCH, Politische Buchhandlung in Hamburg und Bremerhaven)

Daß trotz der gesamtgesellschaftlichen Situation (die gerade durch die Schwäche der Kommunisten, die Stärke der reaktionären Kräfte und die fehlende „politische Erfahrung der Massen" gekennzeichnet ist), die Position der Linken bei Reichhold gehalten werden konnte, liegt in der für den Durchschnittsbetrieb der BRD

➔

Liebe Kollegin! Lieber Kollege!

Heute findet die letzte Betriebsversammlung vor der Betriebsratswahl statt. Die Kandidaten haben, wie jeder andere Kollege auch, die Möglichkeit ihre Vorstellungen und Ansichten vorzutragen. Nur dadurch wird die <u>Alternative</u> bei dieser Betriebsratswahl deutlich. <u>Wir, die Kandidaten der Liste 1 suchen die offene Diskussion über die Probleme, welche alle Kollegen interessieren, und für die Beurteilung der beiden Listen notwendig sind</u>.

Leider zeigt sich eine sehr bedauerliche Tendenz.

- Gewerkschaftssekretär v. Kodolitsch konnte auf der letzten Betriebsversammlung lange Reden über Dinge halten, die nichts mit der betrieblichen Situation zu tun haben.
- Als wir darauf eingehen wollten, wurde die Versammlung abgebrochen.
- Der Betriebsrat gibt sich alle Mühe, die Jugendversammlung auf einen Zeitpunkt nach der Wahl zu verschieben. Offenbar hat der Betriebsrat (die Kandidaten der Gemeinschaftsliste) Angst, bei der Diskussion um die wirklichen Probleme der Lehrlinge sein Gesicht zu verlieren.
- Bei Texaco konnte v. Kodolitsch in langen Ausführungen auf der Betriebsversammlung behaupten, die Linken seien schuld an der Errichtung der Naziherrschaft von 33-45, und die Linken wollten die Arbeiter in ein Blutbad treiben. Das hat nichts mit den dort anstehenden Problemen zu tun. Außerdem ist das schlichtweg falsch. Der deutsche Nationalsozialismus, der den 2. Weltkrieg entfesselte, wurde gestützt von der Großindustrie mit Krupp und IG Farben an der Spitze. Das ist seit den Nürnberger Prozessen bekannt.

<u>Wir betonen nochmals, daß auf der Betriebsversammlung in erster Linie über die betrieblichen Probleme gesprochen werden muß, damit sich jeder ein eigenes Urteil bilden kann</u>.

▶ Wir fordern deshalb den Betriebsrat auf, den Rechenschaftsbericht nicht zur

▶ Wir fordern deshalb den Betriebsrat auf, den Rechenschaftsbericht nicht zur

Wahlpropaganda auszunutzen.

▶ Wir fordern Herrn von Kodolitsch auf, zur Sache zu reden, weil seine Greuelmärchen erstens falsch sind und zweitens der Belegschaft eine wirkliche Information nicht ermöglichen.

▶ Wir fordern die Belegschaft auf, die Kandidaten zu Rede und Antwort auf konkrete Fragen zu zwingen. Wir dürfen es nicht zulassen, daß irgendwelche Leute mit nichtssagenden Sprüchen jede Informationsmöglichkeit zunichte machen, nur weil sie keine Chance sehen, in einer offenen Diskussion um die betrieblichen Probleme zu bestehen.

WÄHLT KONSEQUENTE KOLLEGEN!

WÄHLT LISTE 1!

[redacted] (Arbeiter)
[redacted] (Ang)
[redacted] (Arb.)
[redacted] (Ang.)
[redacted] (Arb.)
[redacted] (Angest.)
[redacted] (Arb.)
[redacted] (Angest.)
[redacted] (Lehrl.)
[redacted] (Lehrl.)
[redacted] (Lehrl.)
[redacted] (Arb.)

Flugblatt der linken Liste 1 zur Betriebsversammlung wenige Tage vor der Wahl

---

MITTW. 27. FEBR.74

HEUTE

WIR alle haben es begriffen: In dieser Betriebsratswahl steht mehr auf dem Spiel.

WIR haben die Entscheidung zu treffen. Zwischen dem Spiel mit der Radikalität. Und der zielstrebigen Vertretung unserer betrieblichen Interessen.

● WIR müssen uns entscheiden zwischen der Liste des Herrn [redacted] (Ein gelernter Verwaltungsangestellter mit Mittlerer Reife - Ende 1971 bei uns als Hilfsarbeiter angefangen.) Und Herr [redacted].. (Auf eine Frage, was seine "Aktionen" nun eigentlich sein sollten, fiel ihm auf der letzten Betriebsversammlung n u r ein: Darunter "verstehe ich auch den 'Chemiearbeiter'." ...)

WER kann jetzt noch von sich sagen: "Ich wußte von nichts!" Niemand kann dies sagen. -

● WER meint, durch das Spiel mit der Radikalität könne man denen "da oben" mal zeigen, wie unzufrieden man sei, der muß daran erinnert werden: "Die oben" läßt das eiskalt. Wir alle sind dann ... nur einmal mehr die Dummen ...

WAS haben die sogenannten " konsequenten Kollegen " an wirklichem Wissen, an Erfahrung oder echten Argumenten angeboten? - Was wollen sie politisch? - Was geschieht, wenn sie wieder im Betriebsrat sind? Das müssen wir uns h e u t e dringlich fragen

ABER wir alle sollten müssen heute zur Wahl. Denn: Jede nicht abgegebene Stimme zählt für die falsche Seite!

WER verantwortungsbewußt ist, geht zur Wahl. Der wählt.

WIR alle haben h e u t e eine Entscheidung zu treffen. Keiner von uns soll später sagen können: Ich habe nichts gewußt. - Wir haben gewarnt. WIR BITTEN UM IHR VERTRAUEN!

LISTE 2 WÄHLEN

Ein zweites Flugblatt der Volkmann-Teschner-Liste zum Wahltag am 27.2.74

Mit welchen Mitteln die Liste 2 ihren Wahlkampf führte, wird an dem Hinweis deutlich, daß der erste Arbeiterkandidat (Kocher) der Liste 1 „gelernter Verwaltungsangestellter mit mittlerer Reife" ist. Bezweckt wird hiermit offensichtlich, den Arbeitern einzureden, „der gehört ja gar nicht zu uns . . ." Tatsache allerdings ist, daß der erste Arbeiterkandidat (Kocher) der Liste 2, stellvertretender BR-Vorsitzender, ebenfalls „gelernter Angestellter mit mittlerer Reife" ist . . . !

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 322 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Forts. Reichhold

untypischen mehrjährigen planvollen kommunistischen Betriebsarbeit begründet.

Bei Reichhold ist der Belegschaft in den letzten Jahren durch die Arbeit der Linken und Kommunisten in tagtäglicher Kleinarbeit um die Tagesfragen der Charakter der arbeiterfeindlichen Sozialdemokratie und die Unvermeidlichkeit des Kamfpes gegen sie wesentlich deutlicher vor Augen geführt worden, als die Kommunisten dies im gesamtgesellschaftlichen Rahmen heute schon könnten.

Betriebszelle Reichhold, KB/Gruppe Hamburg ■

Betriebsratswahlen-----Betriebsratswahlen-----Betriebsratswahlen-----

Kolleginnen und Kollegen ! 10.1.74

Wir stimmen in entscheidenden Punkten nicht mit der Arbeit der Mehrzahl des alten Betriebsrats überein:

1. Der Betriebsrat hat die Belegschaft trotz vorheriger Versprechen nicht über seine Arbeit informiert. Die Rechenschaftsberichte auf den Betriebsversammlungen können nicht als Information verstanden werden. Sie gaben so gut wie keinen Einblick in die Tätigkeit des Betriebsrats und ermöglichten somit nicht die Kontrolle seiner Arbeit. Außerdem wurden diese "Rechenschaftsberichte" mehr und mehr mißbraucht, um gegen Kollegen zu polemisieren, die nicht die Meinung von Betriebsratsmehrheit und Gewerkschaftssekretär teilten, um damit die eigenen Fehler mit der Tätigkeit von "Radikalen" zu entschuldigen.
Wir sehen als wichtigstes die Information der Belegschaft an. Information auf jedem möglichen Weg über alle Tätigkeiten des Betriebsrats. Informationsflugblätter, Aushänge, Rechenschaftsberichte und persönliche Gespräche sind einige Wege dafür. Keinesfalls werden wir uns einer freiwilligen Schweigepflicht unterwerfen, wie der alte Betriebsrat.

2. Der Betriebsrat ignorierte ständig schwerwiegende Probleme und Forderungen der Belegschaft. Als die Gerüchte über Auflösungen und Rationalisierungen sich verdichteten, ging er diesen nicht etwa nach! Statt dessen winkte der Kollege Volkmann ab: "Heute von Auflösung der gesamten ATA und Forschung zu sprechen, hieße wider besseres Wissen die betreffenden Kollegen und Kolleginnen zu beunruhigen, sprechen doch die immer wieder im Wirtschaftsausschuß eingeholten Auskünfte dagegen." (Flugblatt 6.7.73 von Volkmann und Teschner) Obwohl der Verkauf, die Filtration und einige Abteilungen der ATA schon lange aufgelöst waren, bezeichnete er (Volkmann) das immer noch als radikale Panikmache. Als dann die Auflösung dreier Forschungsabteilungen angekündigt wurde, kümmerte sich die Mehrheit des Betriebsrats weiterhin ungenügend darum. Dadurch und durch die ungenügende Information, ist es den Kollegen in Forschung und ATA völlig unklar, wie ihre Zukunft aussieht. Bekanntlich sind die Chancen für Laborberufe in Hamburg sehr schlecht. Der drohende Verlust von Arbeitsplätzen, muß einen Betriebsrat veranlassen, alle rechtlichen und publizistischen Mittel im Interesse der Belegschaft zu nutzen.

→ WIR WERDEN DIES TUN ! ←

3. Bei den Handwerkern wurden Unterschriften gesammelt für die Einstufung in Lohngruppe 5. Diese wurde dem Betriebsratsvorsitzenden über-

-2-

geben mit der Aufforderung in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung zu treten. Durch die Folgen einer völlig untauglichen Taktik ("wenn erst einige in Lohngruppe 5 eingestuft werden, können die anderen nachgezogen werden..." Zitat nach Volkmann, Mitgl. Vers. am 20.7.73) mußten die meisten Handwerker in die Röhre gucken.

4. Die Behandlung einer Beschwerde der Kocher über die Zulagenordnung wurde vom Kollegen Volkmann rundweg abgelehnt, weil diese angeblich von einer anonymen Gruppe abgefaßt worden sei. Und das, obwohl diese von einem Kollegen persönlich überbracht wurde und selbst die Geschäftsleitung sich gezwungen sah, mit 5 Kochern ein Gespräch darüber zu führen.
Der Betriebsrat hat also nicht seine Rechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz und andere rechtliche Möglichkeiten gebraucht. Der Betriebsrat hat ein Mitbestimmungsrecht (nach §87 Abs.1, Nr.10,11 Betr. Verf.Ges.) bei der Festlegung der Zulagenordnung für die Kocher, sowie bei den Beurteilungskriterien und den Beurteilungen. Er hatte ein Mitbestimmungsrecht bei der Auflösung der Filtration und der Belastung daraus für andere Abteilungen gehabt!

→ WIR WERDEN DIESE RECHTE NUTZEN ! ! ! ←

Nun muß man sich fragen: Lag das Scheitern des Betriebsrats an einer zu harten Geschäftsleitung? Lag es an der Tätigkeit kommunistischer Gruppen? Oder gar an den Versammlungen von Kollegen im "Hinschenfelder Hof"?
DAS IST VÖLLIGER UNSINN !!!!!!
Man kann eigene Unfähigkeit und Unwilligkeit nicht mit den politischen Meinungen und Tätigkeiten anderer entschuldigen!! Ein Betriebsrat darf sich von niemand hindern lassen, die Interessen der Belegschaft konsequent zu vertreten.

5. Außerdem hat sich ein Betriebsrat auch um die Probleme der Jugendlichen und Lehrlinge zu kümmern! Er hat auch deren Interessen zu vertreten. Wir meinen allerdings, das der bisherige Betriebsrat diese Interessen mißachtet hat und entsprechende Vorschläge der Jugendvertretung und Jugendversammlung ablehnte. So stimmte der Betriebsrat der Neueinstellung von Laborlehrlingen zu, obwohl eine ordentliche Ausbildung nicht gewährleistet ist. Vor allem ist es völlig zweifelhaft, ob sie nach Abschluß der Lehre eine Anstellung erhalten. Erst jetzt sind drei von ihnen gekündigt worden! Der Betriebsrat stimmte auch, gegen den ausdrücklichen Beschluß der Jugendvertretung, für die Beurteilungsbögen, die nur dazu dienen, die schwächsten Kollegen anhand eines willkürlichen Maßstabs auszumerzen. Wir werden die Interessen der Jugendlichen genauso wie die aller anderen Kollegen wahrnehmen und vertreten.

-3-

Bei der letzten Betriebsratswahl kamen die Kandidaten der Gewerkschaftsliste übereinstimmend zu der Ansicht, daß die Hoechster Arbeitsordnung abzulehnen sei. Dies versprachen denn auch alle zu tun. Auch Volkmann, der später aber diese Ansicht immer mehr abschwächte und mit der Betriebsratsmehrheit schließlich der, von der Geschäftsleitung vorgeschlagenen Form mit wenigen unwesentlichen Abstrichen zustimmte. Ein vorliegender Gegenvorschlag wurde nicht einmal diskutiert.

→ WIR STELLEN UNS ERFOLGVERSPRECHENDE BETRIEBSRATSARBEIT SO VOR : ←

1. Wir sehen als wichtigstes die INFORMATION DER BELEGSCHAFT an. Information auf jedem möglichen Weg über alle Tätigkeiten des Betriebsrats. Informationsflugblätter, Aushänge, Rechenschaftsberichte und persönliche Gespräche sind einige Wege dafür. Keinesfalls werden wir uns einer freiwilligen Schweigepflicht unterwerfen, wie der alte Betriebsrat, denn die Belegschaft hat ein Recht darauf, ständig über Vorgänge im Betrieb informiert zu werden.
2. Ein Betriebsrat darf sich nicht scheuen, im Interesse aller Kollegen ALLE RECHTSMITTEL bis zur Grenze des Möglichen AUSZUNUTZEN! Dies ist besonders wichtig, wenn die Geschäftsleitung dem Betriebsrat starken Widerstand entgegensetzt.
3. Dem Betriebsausschuß darf nicht von [redacted]e Generalvollmacht erteilt werden. Gerade bei [redacted]digungen und Informationstätigkeiten muß der [redacted] entscheiden.
4. Wir halten [redacted] mit der Geschäftsleitung nur MIT ZUSTIMMUNG [redacted] abzuschließen. In Zweifelsfällen muß dann eben eine Befragung durchgeführt werden.

WIR WERDEN IM NEUEN BETRIEBSRAT FOLGENDEN FORDERUNGEN NACHDRUCK VERLEIHEN :
- Arbeitsplatzsicherung vor allem der Angestellten
- Anhebung der übertariflichen Zulagen der Angestellten auf ein einheitliches Niveau (vergleichbare Tätigkeit - gleiches Gehalt)
- Mitbestimmung bei Einstufungen
- Ausgleich für die Zwangsmitgliedschaft der Angestellten in der Pensionskasse
- Mitbestimmung bei jeder Einstellung und Versetzung
- grundsätzliche Ausschreibung von freigewordenen Planstellen
- Öffnung der höheren Lohngruppen für Tagesschichtarbeiter (Rohstofflager, Marzkolonne, Hofarbeiter, usw.)
- Einstufung von Handwerkern in Lohngruppe 5

-4-

- Angleichung der Bezahlung der Kocher an die der Handwerker. Die Zulagenordnung muß verbessert und durch Betriebsvereinbarung abgesichert werden.
- Vergütung von zusätzlichen Belastungen, die durch Auflösung von Abteilungen entstehen. z.B.: Filtrationszulage für Kocher, die diese Arbeiten verrichten. Kein stillschweigender Lohnabbau!
- Offenlegung der Versetzungspläne der Lehrlinge, sowie Offenlegung des Belegungsplans des Ausbildungszentrums für einen längeren Zeitraum.
- Arbeitsplatzgarantie für die eingestellten Lehrlinge
- Abschaffung der Beurteilungsbögen für Lehrlinge

- - - - - - - - - - - - -

UNSERE VERTRETER IM BETRIEBSRAT WERDEN IHRE ENTSCHEIDUNGEN NUR IN ABSPRACHE MIT DEN ÜBRIGEN KANDIDATEN UNSERER LISTEN TREFFEN !!
Zu diesen Versammlungen sind alle interessierten Kollegen eingeladen.
Die Einhaltung dieses Programms garantieren folgende Kandidaten:

[redacted]

-4-

Die Liste 1 trat sehr frühzeitig mit ihren Vorstellungen zur Betriebsarbeit an die Belegschaft heran, sie verteilte zu den Problemen der einzelnen Belegschaftsgruppen Flugblätter und ein Programm, in dem in sachlicher Form und konkret die bisherige BR-Arbeit kritisiert und gesagt wurde, was zu tun sei. (siehe Abdruck)

Die Liste 2 hingegen legte erst in den letzten Tagen ein „Programm" vor, das weitgehend aus Punkten bestand, die vom Programm der „Konsequenten Kollegen" übernommen worden waren. Ansonsten überbot sie sich in Demagogie und antikommunistischen Anwürfen.

BETRIEBSRATSWAHL

REICHHOLD ALBERT CHEMIE AG - 27. Februar 1974

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

* "Gerüchte über Auflösungen und Rationalisierungen" ...
* "Der drohende Verlust von Arbeitsplätzen" ...

Solche Dünste lassen die sogenannten "konsequenten" Kollegen aus ihrer Gerüchte-Küche aufsteigen. Das tun sie natürlich mit Bedacht. Angst und Schrecken sollen ihnen Wähler bringen. - Denn dann biedern sie sich gleich als Nothelfer an:

* "Arbeitsplatzsicherung vor allem für die Angestellten",

versprechen sie wortgewaltig und flink. Um sich aber profilieren zu können, brauchen sie einen Buhmann. Jemanden, der die "Unterordnung der Belegschaft unter die Interessen des Hoechst-Konzerns" betreibt. Mit dem Dolch im Gewande. Wer ist also der Buhmann? - Natürlich die "Rechtsradikalen" der GEMEINSCHAFTSLISTE. Von außer- und innerbetrieblichen Flugblättern werden sie in frappant-ähnlicher Weise begeifert. Aber die selbsternannten Nothelfer und "Linken" haben, außer Worten und nochmals Worten, wenig bis gar nichts zu bieten. Sie können sich nur durch Stänkereien "verkaufen".

Die sogenannten "Konsequenten" sind:	Die Kandidaten der GEMEINSCHAFTSLISTE sind:
- erst durchschnittlich 4,2 Jahre bei RAC	- im Durchschnitt seit 13,7 Jahren im Betrieb
- nur mit 5 Personen durch längere Praxis in die jetzige Position gelangt	- zu über 50% durch eine langjährige Berufspraxis in ihre jetzige betriebliche Position gelangt
- nur in 3 Fällen Ernährer einer Familie	- in 20 Fällen Ernährer einer Familie
- nur mit 3 Personen der Gruppe der technischen Angestellten zugehörig	- zu fast 50% Angehörige der Gruppe der technischen Angestellten

Seite 1 eines Flugblattes der Liste 2 zum Wahltag am 27.2.74

Diese „wissenschaftliche" Gegenüberstellung von Liste 1 und 2 ist ein Gipfel an Demagogie. Wir wollen dies an drei Punkten klar machen:

1. Die „durchschnittliche Betriebszugehörigkeit": Tatsache ist, daß die Kandidaten der Liste 2 durchweg älter sind als die der Liste 1. Die Spanne liegt bei Liste 2 – bis auf wenige Ausnahmen – zwischen Ende 30 bis Anfang 60 Jahre. Die Kandidaten der Liste 1 sind – eine typische Erscheinung, für die linke Bewegung – durchweg wesentlich jünger: Kein Kollege ist älter als 35, einige sogar unter 20. (Exakt: 2x 24 J., 1x 25 J., 1x 28 J., 5x 30-35 J., sowie 3 Lehrlinge)

Aus diesem Altersunterschied ergibt sich im wesentlichen die unterschiedliche Betriebszugehörigkeit.

2. Die „langjährige Berufspraxis": logischerweise ergibt
2. Die „langjährige Berufspraxis": logischerweise ergibt
sich aus dem unterschiedlichen Durchschnittsalter, daß die Kandidaten der Liste 1 eine kürzere Berufspraxis haben, als die der Liste 2.

Außerdem wird hier demagogisch mit den Zahlen gespielt: Auf der Seite der Liste 2 erscheint die gewaltige Zahl 50, bei Liste 1 nur 5. Das eine Mal sind es Prozent, das andere Mal Personen. Nun sind allerdings 5 von 12 (nämlich der Kandidatenzahl der Liste 1) über 40 %, so daß der scheinbar gewaltige Unterschied zwischen den Listen bezüglich der „langen Berufspraxis" gar nicht mehr so gewaltig ist.

3. „Ernährer einer Familie": Auch dieser Punkt ergibt sich aus der Tatsache, daß die Liste 1 durchweg jünger ist. Außerdem wird hier so getan, als wäre „Verheiratet sein" und „Kinder haben" eine Art Gütezeichen und garantiere für „Zuverlässigkeit" und „Verantwortlichkeit" usw.

Insgesamt reduzieren sich alle drei Punkte darauf, daß hier nicht auf den politischen Gegensatz der beiden Listen eingegangen wird, sondern der Gegensatz Jung – Alt hochgespielt wird.

Demagogisch knüpft man an der reaktionären Vorstellung an,
Demagogisch knüpft man an der reaktionären Vorstellung an,
die Jugend („Grünschnäbel") sei „unzuverlässig", „ verantwortungslos", „selbstsüchtig" usw., während dem Alter pauschal „Weisheit", „Verantwortlich - keit" und „Zuverlässigkeit" bescheinigt wird.

POLITISCHER PROZESS GEGEN DIE GENOSSEN SCHULTE UND OSSWALD

In AK 39 berichteten wir von von einem bevorstehenden Prozeß gegen die Genossen Michael Schulte und Norbert Oßwald, ehemalige Presseverantwortliche der (inzwischen aufgelösten) Gruppe „KPD/ML"-„Rote Fahne". Den Genossen wird vorgeworfen, daß in den von ihnen verantwortlich unterzeichneten Publikationen der bürgerliche Staat der BRD „böswillig verächtlich gemacht" worden sei, wodurch zugleich der Tatbestand einer „kriminellen Vereinigung" nach § 129 StGB gegeben sei. D.h. die „KPD/ML"-„Rote D.h. die „KPD/ML"-„Rote Fahne" sei eine Vereinigung zu dem „kriminellen" Zweck gewesen, den bürgerlichen Staat „verächtlich zu machen", und die Genossen Schulte und Oßwald seien „Rädelsführer" dieser „kriminellen Vereinigung" gewesen. Das bedeutet, daß entsprechend gegen a l l e Kommunisten vorgegangen werden könnte, da es natürlich das Ziel der Kommunisten ist, den bürgerlichen Staat zu entlarven und die Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse zu seiner Zerschlagung zu mobilisieren.

Darüberhinaus bedeutet dieser Prozeß auch einen Anschlag auf das demokratische Recht der Pressefreiheit überhaupt, da die bloße E n t h ü l l u n g des bürgerlichen Staates i m m e r eine „Verächtlichmachung" des bürgerlichen Staates sein wird, was im Charakter des bürgerlichen Staates begründet ist.

Inzwischen hat der Prozeß gegen die Genossen begonnen. Bereits am zweiten Verhandlungstag, dem 1. März, beschloß das Gericht, die Öffentlichkeit für die gesamte Dauer des Verfahrens auszuschließen, d.h. keine Zuhörer zuzulassen. Als Vorwand wurde genommen, daß die Zuhörer am ersten Tag geklatscht hatten. Die beiden Genossen erklärten daraufhin, sie seien unter diesen Umständen nicht bereit, am Prozeß teilzunehmen. Gegen den Genossen Oßwald, der bei der Räumung des Verhandlungsraums zusammen mit den Zuschauern hinausging, wurde inzwischen Haftbefehl erlassen.

In einem Rundschreiben des Genossen Schulte zum Prozeß vom 3.3. 74 heißt es:

„Am ersten Verhandlungstag hatten wir vom Gericht gefordert, das Verfahren an das Amtsgericht zu verweisen. Grund: die Organisation, für deren Aussagen wir vor Gericht stehen, war eine Partei. Es ist auch juristisch unmöglich, kommunistische Organisationen wegen ihrer Propaganda für „kriminell" zu erklären und nach § 129 StGB zu verbieten. Dies ist ein kalter Weg des Verbots von kommunistischen Parteien. Wenn der § 129 also nicht angewendet werden kann, dann ist auch nicht die „Staatsschutzkammer" des Landgerichts zuständig.

Zu diesem Antrag hätte das Gericht am zweiten Tag Stellung nehmen müssen. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß es diesen Antrag ablehnte. Dann wäre auch klar geworden, warum dies Gericht dies Verfahren unbedingt bei sich behalten will. Es handelt sich bei dieser „Staatsschutzkammer" nämlich um ein politisches Sondergericht. Diese Sondergerichte sind speziell auf politische Verfahren getrimmt. Nach § 74a Gerichtsverfassungsgesetz wird in jedem Oberlandgerichtsbezirk eine solche Sonderkammer gebildet. In NRW gibt es z.B. für „normale" Strafverfahren 144 Kammern bei Landgerichten, davon sind nur 3 für politische Verfahren bestimmt.

Für „normale" Verfahren gibt es in der BRD ca. 5.000 Richter, für politische Straftaten dagegen nur 111 Berufsrichter und 34 Schöffen. Während man bei jedem Verfahren vor einem Amtsgericht die Möglichkeit einer Berufung hat (Überprüfung und Neudurchführung der Beweisaufnahme), gibt es bei den Verfahren, die gleich vor die Sonderkammern kommen, nur die Möglichkeit einer Revision (juristische Überprüfung, neue Beweisaufnahme nicht möglich) beim Bundesgerichtshof, die sehr kostspielig und teuer ist.

Zu diesem Punkt der Sondergerichte hätte das Gericht am zweiten Tag Stellung nehmen müssen. Doch vor seiner Stellungnahme hat es wohlweislich die gesamte Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Vor solchen Sondergerichten stehen heute schon wieder Kommunisten wegen ihrer Gesinnung. Mit einem Urteil gegen Norbert und mich würde das Gericht ein Grundsatzurteil gegen alle Organisationen schaffen, die heute diesen Staat „beschimpfen" und die Errichtung der Diktatur des Proletariats propagieren; morgen würde dieses Urteil dann auch schon gegen Menschen angewandt, die „nur" diesen Staat angreifen, weil er kein Staat des Volkes ist.

Ungeachtet aller politischen Differenzen, die heute zu unserer Auffassung bestehen, halte ich es für eine Aufgabe aller Demokraten, gegen dieses Verfahren vor dem Sondergericht zu protestieren, gegen diese Geheimjustiz, die hier durchgeführt werden soll. Wenn nicht in aller Öffentlichkeit dieses Verfahren verurteilt wird, kann das Gericht in aller Stille ein Grundsatzurteil fällen.

Genosse Schulte bittet darum, Solidaritätsadressen, Protestresolutionen etc. an die Adresse seiner Rechtsanwälte zu richten: Heinrich Hannover 28 Bremen, Unser lieben Frauenkirchhof 24 und Wolf Dieter Reinhard, 2 Hamburg 19, Heussweg 35. ■

co op: Wie sich ein ‚gemeinwirtschaftliches' Unternehmen zum Handelsriesen mausert

Mit dem Rundschreiben an alle Mitarbeiter der co op Zentrale AG – Zentrale – und des BdK"' vom 30.1.74 informierte der Vorstand der co op über seine Pläne und Maßnahmen zur „Gruppenreform“. Danach „wird es darauf ankommen, vorbehaltlos unsere (!) schwierigen Probleme zu sehen und in gemeinsamer Arbeit Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln, die die Zukunft unseres (!) Unternehmens und seiner Beschäftigten sichern“. „Mehr Erfolg am Markt bedeutet für jeden, der in der Unternehmensgruppe co op beschäftigt ist, mehr Spaß an der Arbeit, bessere Arbeitsbedingungen und Entfaltungschancen.“ (O. Paulig im „co op Mitarbeiter“, 1/73)
Wie das in der Praxis geschieht, haben wir im vergangenen Jahr schon gesehen. Betriebsstillegungen in Kamen, Meldorf, ZN Frankfurt, Verkauf der Kascho, verbunden mit Massenentlassungen, Einstellungstop in der Zentrale . . . Allerdings waren diese Maßnahmen im Vergleich mit den geplanten Maßnahmen wohl nur Vorgeplänkel. Denn im zitierten Rundschreiben vom 30.1.74 wird geschrieben, daß zwar die Ziele der „Gruppenreform“ auf der Führungsratssitzung vom 18./19.1.74 erneut als richtig bestätigt wurden, „allerdings werden die Wege, die zu diesem Ziel (die wirtschaftliche Position der Unternehmensgruppe co op zu erhalten und auszubauen; die Red.) führen sollten, verändert werden müssen“. Was das bedeutet, wird im Rundschreiben ebenfalls gleich gesagt: schärfste Rationalisierungen in den Produktionsbetrieben, Radikalkur für die Zentrale.

Erste Konsumgenossenschaften wurden in Deutschland um 1845 gegründet. In einer Zeit, als die Arbeiter in den Industrievierteln dem Kaufmann hoffnungslos ausgeliefert waren, der sich das „Anschreiben“ teuer bezahlen ließ, Mogeln beim Abwiegen und Milchpanscherei üblich waren, wurden nach englischem Vorbild Konsumgenossenschaften gebildet als Selbsthilfeorganisationen, um die Arbeiter vor den übelsten Auswüchsen des Kapitalismus zu schützen.

Diese Konsumgenossenschaften wurden von den Mitgliedern, vorwiegend Arbeitern, kontrolliert. 1913 gab es in Deutschland bereits 1.000 Genossenschaften mit 1,6 Millionen Mitgliedern. Nach Lieferungs-Boykotten von Fabrikanten gegen die Genossenschaften wegen „Preisbrecherei“ wurde z.T. auch eine eigene Produktion aufgebaut, die heute unter den Markenzeichen GEG, Tiko und Veko firmieren. 1972 setzten die Konsumgenossenschaften – seit 1969 unter dem Zeichen co op – 6,6 Milliarden DM bei über 55.000 Beschäftigten um, die GEG drei Milliarden mit 11.000 Beschäftigten. Heute werben die Konsumgenossenschaften mit dem Spruch „Seit über 100 Jahren im Dienste des Verbrauchers“.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, Heinz Vietherr, schreibt in einer co op Beilage der „Welt der Arbeit“ („WdA“, 14.9.73): „*Gewerkschaften und Genossenschaften haben ihre Wurzeln in der Arbeiterbewegung. Beide hatten zum Ziel, die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer durch Selbsthilfe zu verbessern“ und „In gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ist der Gewinn nicht der Motor der wirtschaftlichen Betätigung, sondern dient als Instrument zur Erreichung übergeordneter Ziele*“.

liche Lage der Arbeitnehmer durch Selbsthilfe zu verbessern“ und „In gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ist der Gewinn nicht der Motor der wirtschaftlichen Betätigung, sondern dient als Instrument zur Erreichung übergeordneter Ziele“.

In der Tat hatte die co op 1972 einen Verlust von über 15 Millionen DM auszuweisen; dabei sind die co op Läden noch nicht einmal besonders billig; Rabatte gibt es nur noch in einem Fünftel der Läden und die Mitgliederzahl von zwei Millionen sinkt. Entsprechend sank der Anteil der co op-Gruppe am Einzelhandel, bei den Lebensmitteln von 8,8% im Jahre 1960 auf 7,2% 1971, und noch krasser am Einzelhandel insgesamt von 3,7 auf 2,9%. Dies erklärt sich aus der gesamten Entwicklung des Einzelhandels in der BRD:

Die Entwicklung des Einzelhandels in der BRD

Bis 1962 stieg die Zahl der Einzelhandelsunternehmen in der BRD; in dieser Zeit konnten auch die Konsumgenossenschaften noch ihren Anteil am Umsatz von 2,7% im Jahre 1950 auf 3,6% 1960 steigern. Doch dann setzte zunehmend eine Konzentrationswelle im Einzelhandel ein. 1962 bis 1964 gaben 6.400 Einzelhandelsunternehmen auf. In den nächsten zwei Jahren waren es 10.200 und von 1966 bis 1968 26.100 Unternehmen. Noch stärker war der Trend zu größeren Unternehmen.

Das Entstehen von Handelskonzernen in allen Bereichen des Einzelhandels ist mit immer einschneidenderen Rationalisierungen und der Einführung neuer Technologien verbunden. Um Personal zu sparen, kamen die Selbstbedienungsläden im Lebensmittelhandel auf, von denen es 1951 nur 40, 1957 erst 1.380 gab; 1970 waren es 86.400, das sind 70% der Lebensmittelgeschäfte mit einem Umsatzanteil von 88,4%.

Überall wurden Einkaufscenter und Supermärkte errichtet, die neben Lebensmitteln auch gängige Gebrauchsgüter führen, darüberhinaus die Warenhäuser und inzwischen ganze Einkaufszentren, wie in Hamburg etwa das Elbe-Einkaufs-Zentrum oder das in der Hamburger Straße.

Zahl und Umsatzanteil der Einzelhandelsbetriebe 1960 und 1968

Jahresumsatz in DM	Anteil an der Gesamtzahl der Einzelhandelsbetriebe v. H. 1960	1968	Anteil am Umsatz v. H. 1960	1968
bis unter 250 000	88,3	77,6	35,2	21,6
250 000 bis unter 500 000	7,7	13,5	13,1	13,7
500 000 bis unter 1 Million	2,5	5,7	8,3	11,3
1 Million bis unter 25 Millionen	1,5	3,2	21,3	26,2
25 Millionen und mehr	0,0	0,0	22,1	27,2

Mit Hilfe der Datenverarbeitung werden die Lagerhaltung, die Belieferung, das Sortiment und die Bestellungen gesteuert. Hauptnutznießer dieser Entwicklung sind die Warenhaus- und Versandhandelskonzerne und Discountgeschäfte. Die größten acht konnten bis 1970 innerhalb von zehn Jahren ihren Umsatz verdreifachen gegenüber einer Verdoppelung beim Einzelhandel insgesamt.

Die ständig sich erneuernden Handelseinrichtungen erfordern immer größere Kapitalvorschüsse für Investitionen, die in immer größeren Abständen bei gleichzeitiger Steigerung der Profite amortisiert werden müssen. Das führt zu einer Beschleunigung des Konzentrationsprozesses, die Kleineren können da nicht mithalten.

Verbrauchermärkte und Selbstbedienungswarenhäuser in der BRD

Stichtag	Zahl der Betriebe 400 bis 1000 qm	über 1000 qm Verkaufsfläche	Verkaufsfläche der Betriebe über 1000 qm	Zuwachs gegenüber Stichtag davor
1. 1. 1965	—	4	20 000	+ 20 000
1. 1. 1966	69	10	60 000	+ 40 000
1. 1. 1967	98	40	120 000	+ 60 000
1. 1. 1968	141	180	540 000	+420 000
1. 1. 1969	125	403	1 500 000	+960 000
1. 1. 1970	117	550	2 064 000	+564 000
1. 7. 1970	—	620	2 371 000	+307 000
1. 4. 1971	—	749	2 600 000	+229 000

1. 1. 1965	—	4	20 000	+ 20 000
1. 1. 1966	69	10	60 000	+ 40 000
1. 1. 1967	98	40	120 000	+ 60 000
1. 1. 1968	141	180	540 000	+420 000
1. 1. 1969	125	403	1 500 000	+960 000
1. 1. 1970	117	550	2 064 000	+564 000
1. 7. 1970	—	620	2 371 000	+307 000
1. 4. 1971	—	749	2 600 000	+229 000

Betrachtet man nun lediglich den Umsatz, so gehört co op zu den ganz Großen. Zwar wurden die Genossenschaftsläden weitgehend auf Selbstbedienung umgestellt – im Jahre 1966 waren von 7.100 Läden 70% SB-Läden – ansonsten planten die einzelnen Genossenschaften, von denen es 1966 noch 192 gab, weitgehend nach eigenem Konzept.

Nicht einmal die eigenen Produktionsbetriebe wurden voll genutzt. Im Jahre 1967 wurde mit der Gründung des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften (BdK) mit Sitz Hamburg der erste Schritt zur Herausbildung eines Handelskonzerns getan. Der BdK gab Richtlinien für die Investitionen, die Finanzplanung, Sortimentspolitik und Personalpolitik. Ende 1972 wurde dann die co op Zentrale AG aus dem BdK und den Produktionsbetrieben der GEG gebildet, wobei die gewerkschaftseigene BfG als Finanzierungsunternehmen 25% der Aktien erhielt. Zwar blieben die Konsumgenossenschaften formal selbständig, doch wurde damit eine einheitliche Führung geschaffen. An der Spitze dieses Unternehmens steht letztlich der Hamburger SPD-Vorstand, mit Oswald Paulig als Präsident und Heinz Ruhnau, der als Arbeitsdirektor über die eingeführte paritätische Mitbestimmung in den Vorstand gewählt wurde.

Es wurde ein Zentralisierungs- und Rationalisierungsprogramm vorgelegt, das erhebliche Investitionen und Umstrukturierungen erfordert, wobei bis auf den dezentralen Verkauf alles zentral geleitet wird. Der vom Vorstand vorgelegte Plan legte fest: Die sofortige Einführung der Datenplanung und ein einheitliches Betreibungskonzept der Läden, das heißt ein einheitliches äußeres Erscheinungsbild und Ausgestaltung, ebenso einheitliches Sortiment in der Breite, Tiefe, Darstellung und Plazierung und in einem nach Größe gestaffelten System, nach dem Muster, wie es für die sieben „plaza“-SB-Warenhäuser der co op entwickelt wurde.

Jeweils Teile des Sortiments werden in den Verbrauchermärkten (bis 5 000 qm Verkaufsfläche), den Centern (bis 3 000 qm) und den Supermärkten (400 - 1 500 qm) geführt, die die sogenannten Nachbarschaftsläden verdrängen sollen.

Bis Ende 1973 wurde die Zusammenfassung der Konsumgenossenschaften in 20 Regionen mit einheitlichen Regionallagern festgelegt. Es wurde die Verdoppelung des Ladennetzes auf 2 Millionen qm bis 1980 angekündigt (bislang beträgt die durchschnittliche Ladengröße bei co op unter 300 qm) und Investitionen von 1 Milliarde DM bis 1975 sowie weiteren 1,4 Milliarden bis 1980.

Oswald Paulig erklärte: „*Das weitere Abbröckeln unseres Marktanteiles und die sich permanent verschlechternde Ertragslage der Konsumgenossenschaften können nur durch eine Reform an Kopf und Gliedern nachhaltig gestopt werden, u.a. nach einem langfristig wirksam werdenden Stufenprogramm.*“

Es folgte eine Rationalisierungswelle, die jedem anderen kapitalistischen Unternehmen „Ehre“ machen würde. 1973 wurde ein Jahr der Stillegungen und Entlassungen im Produktionsbereich und im Versand für die Kollegen bei co op.

Stillegungen und Entlassungen

Von der Einstellung der Konservenfabrikation in Meldorf sind 250 Kollegen betroffen. Vorausgegangen waren die Schließungen und der Verkauf der Fischwarenfabrik in Altona, der Mühle Duisburg, der ZN Frankfurt, der Zigarrenfabrik in Hockenheim, der Käserei in Wangen und der Stahlwarenfabrik in Solingen. Auch das Experiment der Veko kostete bereits mehrere 100 Kollegen in den ehemals sieben Veko-Fabriken den Arbeitsplatz. Der Prozeß, die insgesamt nicht rationell erscheinende Eigenproduktion stillzulegen, ist damit keineswegs abgeschlossen. Die EURO-CO OP-Schokoladenfabrik, die schon für die internationale Expansion im Rahmen der EURO-CO OP geplant war, wurde zu Ende 1973 verkauft.

Kamen: Die Aufgabe des Versandgeschäftes

Mitte Februar läuft das Versandgeschäft aus, was Entlassung von 800 Kollegen in Kamen bedeutet. Der Vorstand mit seinen SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern hielt es nicht einmal für nötig, das Betriebsverfassungsgesetz einzuhalten:

Betriebsrat wie Kollegen erfuhren die Absicht der Stillegung erst durch die Presse („Westfälische Rundschau“, WR, 15.10.73). Die Belegschaft organisierte unmittelbar nach Bekanntwerden der Schließung und in den folgenden Tagen Arbeitsniederlegungen und Protestversammlungen. Dort wurden die Forderungen aufgestellt:

- Entlassung der verantwortlichen Vorstandsmitglieder
- Rücknahme des Aufsichtsrats-Beschlusses
- Weiterführung des Unternehmens durch die Angestellten in eigener Regie.

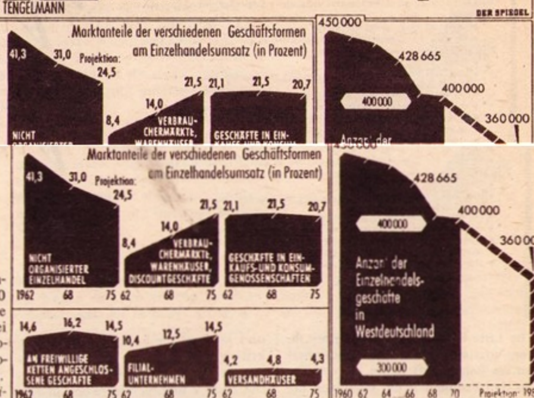
In der Tat kann sich die Arbeiterklasse gegen solche Machenschaften der Kapitalisten nur dadurch wehren, daß sie die Betriebe übernimmt: jedoch ist das nicht im Spaziergang und nicht in einem vereinzelten Betrieb möglich, sondern nur im Kampf gegen das kapitalistische System insgesamt. Hier wurde die Forderung der Weiterführung vorübergehend vom Betriebsrat und von der Gewerkschaft HBV aufgenommen, um Illusionen zu verbreiten, daß der Betrieb vielleicht doch nicht stillgelegt würde, so daß es zu keinen weiteren Kampfaktionen mehr kam.

So erklärte der Betriebsrat in der Zeitung der Gewerkschaft HBV (12/73): „*er sei der Meinung, daß das Katalog-Versandgeschäft durchaus zu sanieren ist.*“ Voraussetzung wäre ein neues Management und Erschließung neuer Versandwege, wozu er dann Vorschläge unterbreitete. Außerdem sagte er: in der Belegschaft seien noch Mitarbeiter bereit, „*den Karren aus dem Dreck zu ziehen*“. (WR, 20. 10.73) Die Geschäftsleitung legte das auf ihre Weise aus, indem sie die Kollegen mit Arbeit total eindeckte. Die Kamener Jugendgruppe durfte auf Firmenkosten in ihrem „co op-progressiv“ (!) drucken: „*Keine unnötigen Streiks, denn der Betriebsrat wird euch immer informieren.*“

Der SPD-Bürgermeister Ketteler präsentierte sich ebenfalls als großer „Kämpfer“: auf einer Pressekonferenz sprach er von einer „ausgemachten Sauerei“, „es wird schwer sein, 500 Menschen in anderen Betrieben unterzubringen“. Kamen erwartet weitere Zechenstillegungen und verliert bei co op 10% der in den letzten 12 Jahren geschaffenen Arbeitsplätze. Das Grundstück sei der co op „praktisch nachgeschmissen“ worden, so Ketteler weiter, und er müsse „am sozialen Engagement“ dieser co op-Manager zweifeln.

Doch dann bot er der co op weitere Zahlungen wie bisher an, „um Schlimmeres mit Hilfe von Wfg (Wirtschaftsförderungsgesellschaft), Land und Bund abzuwenden“, bzw. „wenigstens das Tempo zu verlangsamen.“ (WR, 15.10.73)





Ruhnau, der eine Karriere vom IGM-Führer zum co op-Vorstandsmitglied gemacht hat, kam dann auch eigens zu ihm und entschuldigte sich, er sei erst seit dem 1.10.73 da und habe dort „einen Scherbenhaufen“ vorgefunden. Sowohl das Gerede von der „Unfähigkeit des Vorstandes“, das von ihm selber – siehe Ruhnau-Äußerung z.B. – kräftig gefördert wird, als auch der Vorwurf der „Unfairness“ oder des „mangelnden sozialen Engagements“ haben gemeinsam, daß sie die Maßnahmen der Kapitalisten sozusagen als menschliches Versagen, Ausrutscher und in jedem Fall als ungewollt hinstellen. Das soll darüber hinwegtäuschen, daß die Kapitalisten gerade durch solche Rationalisierung auf dem Rücken der Kollegen die „Verbesserung ihrer Ertragslage“ durchsetzen; das wird in Kamen sehr deutlich.

Warum wurde der Versand dicht gemacht?

1966 wurde der Versand in Kamen aufgebaut, wie gesagt für ein Ei und ein Butterbrot. Das war der Einstieg der co op-Gruppe ins „Non-

Neuer Schlag der westdeutschen Reeder-Kapitalisten gegen die Seeleute (zur Konzernpolitik des Hapag-Lloyd)

Im letzten Sommer hatten die westdeutschen Reeder sich von den Arbeitsrichtern bestätigen lassen, daß „Streik auf bundesdeutschen Schiffen verboten (ist)!" („Hamburger Morgenpost" vom 11.7.73) In diesem Jahr startet das westdeutsche Reederkapital seinen Angriff auf die Seeleute auf einem ganz „anderen" Gebiet. Ende Februar dieses Jahres wurde bekannt, daß der größte westdeutsche Schiffahrtskonzern, die HAPAG–LLOYD AG, einen großen Teil seiner Schiffe nach Panama exportieren wird. In diesem mittelamerikanischen Land, das von einer faschistischen Militärchunta beherrscht wird und das weitgehend vom US- und westeuropäischen Imperialismus abhängig ist, will HAPAG–LLOYD eine Tochtergesellschaft gründen, in die vorerst (!) fünfzehn – zumeist ältere – Schiffe eingebracht werden sollen. Diese Gründung reiht sich ein in die von den westdeutschen Imperialisten seit längerem betriebene Ausweitung ihres Kapitalexports – mit Vorliebe in faschistische Länder. Die Folgen für die westdeutschen Seeleute sind auf der einen Seite eine ungeheuer anwachsende Arbeitslosigkeit. Sofern sie weiter auf diesen „exportierten" Schiffen beschäftigt werden, sind sie einer fast totalen Entrechtung unterworfen. Denn mit der Überstellung der Schiffe zur panamesischen Tochtergesellschaft ist für die auf diesen Schiffen arbeitenden Seeleute verbunden, daß sie der panamesischen (faschistischen) Arbeits- und Sozialgesetzgebung unterworfen sind. Zudem gehen die westdeutschen Reeder dazu über, zunehmend ausländische Kollegen auf ihren Schiffen zu beschäftigen. Diese Kollegen werden in der Regel wie Tiere behandelt. Die westdeutschen Reeder entziehen sich durch das „Ausflaggen" und den Kapitalexport ihrer Schiffe weitgehend der Verpflichtung, Tarifverträge mit den westdeutschen Gewerkschaften abzuschließen, sowie die wenigen und unvollkommenen Rechte anzuerkennen, die sich die westdeutschen Arbeiter in langen Kämpfen errungen haben.

Im Gegebsatz zu bisher vorgenommenen sog. „Ausflaggungen" deutscher Schiffe handelt es sich bei diesem von langer Hand vorbereiteten Projekt (Panama) um die Auslagerung und „Neugründung" eines vollständigen Reedereibetriebes mit den dazugehörigen Reparaturstätten, Werften, Verwaltungsapparat usw.

Ging es bei der Ausflaggung darum, durch die Gründung einer „Briefkastenfirma" im Ausland die deutsche Sozialgesetzgebung sowie die Tarifverträge zu unterlaufen, ohne daß der Sitz der Reederei im Inland sich änderte, so geht es HAPAG–LLOYD jetzt um „echten" Kapitalexport.

Die Veröffentlichung der Konzernpläne gegen Ende letzten Jahres hat unter den Seeleuten erhebliche Unruhe erzeugt. Obwohl die Konzernleitung die Furcht der Belegschaft vor Arbeitsplatzverlust, sowohl beim Bordpersonal als auch bei den Landangestellten zu beschwichtigen versucht, wächst die Einsicht, daß die Maßnahmen der Reederei über kurz oder lang zum Verlust von hunderten von Arbeitsplätzen sowohl beim Bordpersonal als auch an Land führen werden. Die kürzlich erfolgte Massenkündigung von Schiffsingenieurstudenten, die in einem sog. „ruhenden Arbeitsverhältnis" zu HAPAG–LLOYD standen, weist in die gleiche Richtung.

Nicht zufällig handelt es sich bei den für den „Verkauf" nach Panama vorgesehenen Schiffen hauptsächlich um ältere Schiffseinheiten, z.B. die vor 1960 gebauten Schiffe des ehemaligen NORDDEUTSCHEN LLOYD in Bremen, der im Jahre 1970 mit der Hamburger HAPAG fusionierte. Diese konventionellen Frachtschiffe, die im Mittel- und Südamerikadienst eingesetzt werden, sind mit ca. 35 Mann Besatzung wesentlich „lohnintensiver" als z.B. die modernen Containerschiffe. Eine weitere Rolle spielt die Tatsache, daß für die in Frage kommenden Schiffe die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten erschöpft sind, d.h. die Möglichkeit, Extraprofite dadurch zu erzielen, daß ein bestimmter buchungsmäßiger jährlicher Wertverlust der Schiffe, der höher liegt als der tatsächliche Verschleiß, von der Steuer abgesetzt werden kann.

Die Maßnahmen des Reedereikonzerns bilden einen neuen Höhepunkt in der Folge von „Rationalisierungsmaßnahmen" deutscher Reeder: Seit 1970 wurden ca. 38 % der Seeleute an Land gejagt, die Zahl der fahrenden Seeleute sank von ca. 60.000 im Jahre 1970 auf ca. 37.000. HAPAG–LLOYD rationalisierte von Ende 1969 bis Ende 1972 sogar nahezu die Hälfte des fahrenden Personals heraus (von 6349 auf 3568).

Obwohl seit langem vorbereitet, wurde die arbeiterfeindliche Maßnahme des Konzerns erst jetzt in der bürgerlichen Presse bekanntgegeben. Damit verfolgt der Konzern sowie die gesamten Reederkapitalisten das Ziel, die Seeleute einzuschüchtern und zu demoralisieren, um sie bei den gerade laufenden Heuertarifverhandlungen vom Kampf für ihre Forderungen abzuhalten.

So erschien in der „Hamburger Morgenpost" (SPD) ein groß aufgemachter Artikel zum „Panama-Projekt" von HAPAG–LLOYD just nach dem Scheitern der „freien" Tarifverhandlungen, drei Tage vor der ersten Schlichtungsverhandlung.

Die Bundesregierung schafft die „Rechts"–Grundlagen für den Flottenexport

Bereits zu Beginn des Jahres 1972 führte die Bundesregierung in aller Stille Verhandlungen mit der Regierung von Panama, die dem Zweck dienten, die juristischen Grundlagen für den bevorstehenden Massenexport von Schiffen auszuarbeiten. In einer wenig beachteten Notiz schrieb dazu die Zeitschrift „Hansa", Organ u.a. des „Seeverkehrsbeirates beim Bundesverkehrsminister", dem auch Gewerkschaftsvertreter angehören, im zweiten Juni-Heft 1973: *„Panama (?) arbeitet augenblicklich an einem Verfahren, nach dem Charterschiffe mit einer Sonderregistrierung nicht auf ihre ursprüngliche (!) Flagge zu verzichten brauchen. Dies soll Charterern die freie Wahl der Flagge ermöglichen. Das Verfahren ist abhängig von der Zustimmung der Regierung des Ursprungslandes, es wurde inzwischen bereits von der Bundesrepublik Deutschland (wann?) und Frankreich gebilligt. Die Sonderregistrierung ist nur zwei Jahre gültig, danach muß ein neuer Antrag zur Aufnahme in das Panama-Register gestellt werden... Macht beispielsweise ein deutsches Schiff von dieser Regelung Gebrauch, dann bleibt es in Deutschland registriert, unterliegt aber für die Dauer der Charter der maritimen Gesetzgebung Panamas (!!)."*

Der konkrete Zusammenhang zwischen dem Staatsvertrag mit Panama und den HAPAG–LLOYD-Plänen blieb bis zum Dezember 73 im Dunkeln. Jetzt hielt es die Konzernleitung offensichtlich für günstig, ihre Pläne aufzudecken.

Der Wirtschaftsausschuß der Reederei, dem auch Seebetriebsräte angehören, hatte bereits im Sommer 1973 Kenntnis von den Plänen der Konzernleitung. Die Seebetriebsratsmitglieder hielten jedoch brav den Mund, wozu das Betriebsverfassungsgesetz sie ja auch im Interesse der Kapitalisten „verpflichtet".

Die Indonesische Staatsreederei betätigt sich als Vermittler

Nach Meldung der „DAG-Schiffahrt", Organ der Bundesberufsgruppe Schiffahrt der DAG vom Jan. 74, betätigt sich als Vermittler die Gesellschaft, SAMUDERA INDONESIA, Staatsreederei, Agent und Makler für HAPAG–LLOYD in Indonesien. Dieses Unternehmen hat eine Zweigstelle in Panama gegründet, die wiederum die Eröffnung der Firma HAPAG – LLOYD INTERNATIONAL, PANAMA, betreibt.



Indonesische Faschisten ermorden Arbeiterführer

Damit erweist sich das faschistische Militärregime in Indonesien unter seinem Anführer Suharto ein weiteres Mal als Helfer des westdeutschen Finanzkapitals, im Falle von HAPAG–LLOYD der DEUTSCHEN und der DRESDNER BANK, Hauptaktionäre des Konzerns.

Die Rolle der deutschen Bank in Indonesien prangerte bereits im Jahre 1970 der STUDENTENVERBAND DEUTSCHER SEEFAHRTSCHULEN in seinem Organ „Flüstertüte" an. Dort heißt es:

„Die DEUTSCHE BANK verfügt über Vertretungen und Beteiligungen in 39 Ländern, sie wickelt ein Drittel des deutschen Außenhandels

---

Forts. Co op

Food-Geschäft, in Bereiche über den Lebensmittel-Verkauf hinaus, da dort sehr viel größere Zuwachsraten bestehen und im Rahmen der „Reform" der Gruppe weiter ausgebaut werden soll. Die Bestellungen für den Versand wurden in den kleinen Läden mit direktem Kontakt zu den Käufern aufgenommen. Doch mit dem Aufbau großer Läden geht dieser Kontakt verloren, was dann durch ein Sammelbesteller-System überbrückt werden sollte.

In der Begründung für die Aufgabe heißt es, „der Durchbruch zur Größe" sei im Versandgeschäft nicht erreicht worden; dies, obwohl 1973 700 Millionen DM Umsatz erreicht wurden bei 11 Milliarden im Versandhandel insgesamt und im 1. Halbjahr 73 noch eine Steigerung von 15,6 % herauskam. Das erklärt sich, wenn man das System des Otto-Versand betrachtet, das ähnlich nach dem Sammelbesteller-Prinzip arbeitet, wobei der Otto-Versand aufgrund seiner Größe in der Lage ist, bei Direktbelieferung mit dem Kaufhaus sozusagen ins Haus zu kommen und dabei gleich neue Bestellungen aufzunehmen.

Für co op bleibt Kamen als Zentrallager und Verwaltung des „Non-Food"-Geschäftes, das über die Läden weiterhin betrieben wird. So wurde das Auslaufen als im „Rahmen der langfristigen Reform" vom Vorstand genehmigt. In Kamen wurden die Kollegen mit einem Sozialplan abgespeist, den die Gewerkschaftsführung der HBV als „vertretbaren Kompromiß" darstellte („Ausblick", 1/74). Der Plan wurde allerdings für die Kollegen außerhalb Kamens bislang geheimgehalten, obwohl dort z.T. ähnliche Entwicklungen bevorstehen. Allerdings wissen die Kollegen damit, was sie von einer Gewerkschaftsführung zu „erwarten" haben, die es für „vertretbar hält", wenn die Kollegen auf die Straße gesetzt werden. Das versteht Vietheer darunter, wenn er sagt, die HBV werde *„immer daran erinnern, daß auch die co op die Verpflichtung hat, sozialpolitische Forderungen der Gewerkschaften v o r b i l d l i c h zu erfüllen"*.

Die Kollegen der Krupp-Konsum-Anstalten bedankten sich denn auch für den Aufkauf in dieses sozial „vorbildliche" Unternehmen mit Rufen wie „Bonzen raus!", Sprechchören, Pfiffen und Pfui-Rufen („WAZ", 28.11.73). Die co op kauft neben den Stillegungen gleichzeitig groß auf, so auch die Lichdi-Ladenkette in Schwaben, zusammen mit einem Umsatz von 400 Millionen DM.

Die Rationalisierungen in der Zentrale

Das langfristig angelegte Zentralisierungs- und Rationalisierungsprogramm der co op wurde zunächst mit dem BdK, dann von der co op-Zentrale in Hamburg ausgearbeitet, was keineswegs heißt, daß diese von der Rationalisierungswelle verschont wird. In diesem Jahr sollen die Kosten um ein Viertel gedrückt werden, nachdem es bei der Zusammenlegung zunächst lediglich geheißen hatte, man wolle unnötige Doppelarbeit vermeiden.

Gleich Anfang 1973 war ein Einstellungsstop verhängt worden, der in der Tat für die Kollegen zunehmend doppelte Arbeit bedeutet. Für Bereiche, in denen die Arbeit ganz zusammenzubrechen droht, wurden vorübergehend einige Kollegen von Arbeitskräfteverleihfirmen eingesetzt. Obwohl diese dem Unternehmen teurer kommen als fest eingestellte Kollegen, greift man gerne zu diesem Mittel, da diese Kollegen von einem Tag zum anderen (ohne Einschaltung des Betriebsrats) wieder rausgeschmissen werden können. Die Betriebsräte hatten dem zunächst zugestimmt mit der Illusion, dadurch Entlassungen zu vermeiden.

Gleichzeitig wurden die Betriebsräte der GEG und des BdK über die Neuorganisation anhand von abstrakten „Grob- und Feinplanungsunterlagen" informiert, womit der Betriebsrat bei wohldosierter Verzögerungstaktik über ein Jahr hingehalten wurde. Bei hinreichenden Mahnungen kam wieder ein Stapel Unterlagen, bis die Betriebsräte entnervt waren. So konnte die Geschäftsleitung quasi als Ersatz-Betriebsrat die Rationalisierungs-Firma Kneight-Wegenstein, die für Ruhnau (als ehemaliger Hamburger Innensenator) auch die Pläne für die volksnahe Polizei nach Faschisten-Muster gemacht hatte, mit einer Organisationsplanung beauftragen. Diese „unabhängige" Hilfs-Betriebsratsfirma kümmert sich auch um die „ständige Einbeziehung der Beteiligten und Vertretungsorgane", wie es so schön heißt. Das versteht Herr Ruhnau unter „Mitbestimmung", die er als Lieblingswort ständig mit sich herumträgt. In der Zeitung der Gewerkschaft NGG, die ihn als Kandidaten für den Arbeitsdirektor aufgestellt hatte, erklärte Ruhnau: *„Ich muß vor einer Illusion warnen. Die Spannungsverhältnisse zwischen der Unternehmensleitung und den Beschäftigten werden durch die Mitbestimmung nicht aufgehoben. Und sie ist erst recht kein Mittel der Politik einer Geheimnis- und Interessenpolitik hinter verschlossenen Türen. Als Vorstandsmitglied bin ich verantwortlich für das wirtschaftliche Gedeihen des Unternehmens, daran ändert auch die Mitbestimmung nichts. Die hat eine andere Aufgabe, sie soll die Weichen stellen, Konflikte nicht mit dem Holzhammer lösen, sondern sie verpflichtet uns, anstelle der Konfrontation den Ausgleich zu suchen und herbeizuführen"*. (NGG, „Einigkeit" 10/73)

Das heißt, die Mitbestimmung kann nicht verhindern, daß die Kapitalisten die Arbeiter und Angestellten auf die Straße setzen, hin und her schieben usw. Das ist auch nicht ihre Aufgabe; der Arbeitsdirektor hat dafür zu sorgen, daß sie sich nicht wie mit dem Hammer vor den Kopf geschlagen fühlen und nicht dagegen kämpfen. Dafür sucht Ruhnau auch den Betriebsrat zu gewinnen, der von den Kollegen als „Geheimnis"-Träger abgespalten wird und mithilft, die Ziele der Kapitalisten durchzusetzen.

So empfahl sich etwa Betriebsrat Walter Gerber als Kämpfer für eine leistungsfähige Zentrale, worunter die Geschäftsleitung eine Zentrale mit der Hälfte der Kollegen versteht. Dafür kämpft ein Betriebsrat, nach dem Motte „lieber ein bißchen rationalisieren, als daß wir alle den Arbeitsplatz verlieren." So begründet man Massenentlassungen, Steigerung der Arbeitshetze, und schürt den Kampf der Kollegen untereinander um den Arbeitsplatz. Bei jeder Gelegenheit werden deshalb die „enormen" Verluste lauthals verkündet, vom „unfähigen Vorstand", wie in Kamen, geredet. In diese Kerbe schlägt dann Ruhnau, der kräftig die Zukunft beschwört, die wir alle (!?) gut meistern, wenn wir jetzt nur zusammenstehen. So stimmt dann der Betriebsrat Entlassungen mit fadenscheinigen Begründungen zu, ohne die Kollegen zu hören; Refa-Untersuchungen und bereits bestehende Arbeitsüberlastungen in verschiedenen Abteilungen werden hingenommen, auch die Überstundenschieberei. Während sich der Betriebsrat des BdK immerhin für einen Sozialplan wegen der Zusammenlegung einsetzte, erschien dem Betriebsrat der Zentrale das Rationalisierungsschutzabkommen von 1969 genug, ebenso wie den Gewerkschaften – dies hätte zum Ende des Jahres 73 gekündigt werden können.

Dies Abkommen wird überhaupt nur angewandt, wenn innerhalb von vier Wochen mehr als 50 Kollegen z.B. entlassen werden, was leicht umgangen werden kann. Es sieht lächerliche Abfindungen vor, bei Lohnerniedrigung, die bis 15% für zumutbar gelten, die Weiterzahlung des alten Gehalts für drei Monate und etwa einen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung für Kollegen, die älter als 59 Jahre sind. Wer allerdings Kündigungsschutzklage erhebt, der hat sein Recht auf diese Gnade verwirkt. Das zeigt die Einstellung der beteiligten Gewerkschafter und Sozialdemokraten: man soll nicht gegen den Kapitalismus und seine Folgen ankämpfen, man hat zu kuschen und sich abzufinden.

So gab es in der coop Hamburg, wo die Kollegen stark aufgesplittert sind, noch keine gemeinsame Betriebsversammlung; ja für 70% der Angestellten beim BdK, in einem gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, gibt es nicht einmal einen Tarif, sondern individuell ausgehandelte Bezahlung, die häufig niedriger ausfällt. Für den Betriebsrats-Vorsitzenden Hachmann (Zentrale), als „aktiven" Gewerkschaftsfunktionär, bekommen „die vom BdK sowieso zuviel Gehalt". Insgesamt ist die Spaltung unter den Kollegen sehr groß. Es gibt zwar seit einem Jahr eine gewerkschaftliche Betriebsgruppe, in der aber die Arbeit fortschrittlicher Kollegen systematisch boykottiert wird. Von der Gewerkschaftsführung wurden Flugblätter zensiert oder unterdrückt, die zu den Aufsichtsratswahlen und der Rationalisierung in der Zentrale informieren wollten. Betriebsräte wie Hachmann und Gerber wollen die Leitung der Betriebsgruppe und der Arbeitskreise für sich pachten, sind aber nicht einmal bereit, Rechenschaft über ihre Arbeit abzulegen. Als etwa im Januar die Leitung neu gewählt werden sollte, kreuzte Hachmann mit 20-25 sonst nie erscheinenden Kollegen auf, um sich wählen zu lassen. Die Genossen unserer Organisation, die hier im Betrieb arbeiten, haben es bislang nicht verstanden, ihre Isolierung im Betrieb aufzuheben und offensiv zum Aufbau einer Abwehrfront überzugehen.

Betriebszelle co op und HBV-Komitee KB/Gruppe Hamburg ■

TEXTILINDUSTRIE:

Konzentration und Verlagerung ins Ausland auf Kosten der Arbeiter

Die Textil- und Bekleidungsindustrie war eine der ersten Industrien des entstehenden Kapitalismus - wichtige Ereignisse in den Anfängen der Arbeiterbewegung sind z.B. der Aufstand der Weber in Schlesien und die Kämpfe der Lyoner Seidenarbeiter gewesen.

Heute ist sie in der Bundesrepublik eine der meist zurückgebliebensten Branchen.

Im Dezember 73 mußten in der Textilindustrie (Herstellung von Stoffen aus bestimmten Vorprodukten) und Bekleidungsindustrie (Verarbeitung der Stoffe zu Kleidung) 100.000 Arbeiter kurzarbeiten (= 3/4 aller Kurzarbeiter im Dezember). 20.000 der rund 800.000 Textilarbeiter waren arbeitslos.

Das Ausmaß und der konkrete Verlauf der Krise sind natürlich auch zu einem gewissen Teil konjunkturell bedingt. Diese periodische Konjunkturkrise wirkte jedoch nur verschärfend auf eine Lage, wie sie schon länger in der Textil- und Bekleidungsindustrie besteht, und für die die Bourgeoisie natürlich insgesamt verantwortlich gemacht werden muß. Andererseits kann gar nicht davon die Rede sein, daß der über zehnprozentige Rückgang des Absatzes eine rein konjunkturelle Erscheinung ist. Denn aufgrund der systematischen Politik der Bourgeoisie mit dem Ziel, den Reallohn der gesamten Arbeiterklasse zu senken, ist es klar, daß die Arbeiter beim „Sparen" eher bei der Kleidung anfangen als bei Nahrungsmitteln oder bei der Heizung.

Die Produktivität der Textil- und Bekleidungsindustrie ist unterdurchschnittlich. Der Lohnkostenanteil beträgt in der Gesamtindustrie 24,5%, in der Bekleidungsindustrie 35 - 40% (WELT, 20.12.1973), in der Textilindustrie 23,4% (FAZ, 1.9.72). Auch in der Textilindustrie ist die Produktivität in Wirklichkeit niedriger, wenn man berücksichtigt, daß die Löhne in dieser Branche weit unter Durchschnitt liegen.

Hier war jedoch im letzten Jahrzehnt schon eine gewisse Entwicklung festzustellen: durch überdurchschnittliche Produktivitätssteigerungen wurde der Abstand zu weiter fortgeschrittenen Industriezweigen zu einem Teil eingeholt. So stieg von 1960 bis 1971 die Textilproduktion pro Arbeiterstunde um 121%, die Produktion der Gesamtindustrie stieg um 88%. Dieser Trend setzte sich auch 1972 und 1973 fort.

Parallel zur niedrigeren Produktivität ist die Konzentration in der Textil- und Bekleidungsindustrie sehr rückschrittlich. Rund 8.200 Betriebe haben etwa 800.000 Beschäftigte, das sind durchschnittlich weniger als 100 Beschäftigte pro Betrieb. Zu der ökonomischen Bedeutung dieser Tatsache gibt ein bürgerlicher Wirtschaftswissenschaftler zutreffend an: *„Im Vergleich zu ihren Abnehmern (Einzelhandelskonzerne...) und Lieferanten (z.B. Chemiekonzerne bei synthetischen Stoffen) ist die Wettbewerbsintensität in der Textilindustrie außergewöhnlich hoch . . . Die Textilindustrie kommt damit der idealtypischen Vorstellung von der marktwirtschaftlichen Konkurrenz am nächsten und hat die geringste relative Marktmacht. Dies ist bis zu einem gewissen Grad zurückzuführen auf die Produktvielfalt und den in einer Reihe aufeinander folgender Stufen aufgegliederten Fertigungsprozeß."* (Breitemacher, Textilindustrie, herausgegeben vom Deutschen Industrieinstitut). Er schreibt weiter, daß eine Konzentration u.a. folgende Vorteile brächte: Neue Techniken könnten besser eingesetzt werden, denn heute seien die Betriebe oft zu klein; der Zugang zum Kapitalmarkt wäre leichter (also mehr Kredite zu günstigen Zinssätzen); die Exportaktivität könnte verstärkt werden (z.B. durch eigene Absatzorganisationen im Ausland) größere Möglichkeiten von Werbung und der Durchsetzung von Marken usw.

Bei der relativ geringen Stärke der Textil- und Bekleidungsindustrie innerhalb der Bourgeoisie ist es auch nicht verwunderlich, daß z.B. die Preissteigerungen in dieser Branche beim Erzeuger über Jahre hinweg niedriger waren als in vergleichbaren anderen Branchen. So bescheinigen die Kommentatoren der Wirtschaftsseiten den Textil- und Bekleidungsbetrieben auch eine „unterdurchschnittliche Gewinnrate".

Doch die Konzentration schreitet auch in der Textil- und Bekleidungsindustrie seit einigen Jahren voran: Seit etwa einem Jahrzehnt verschwinden jährlich durchschnittlich rund 200 Betriebe von der Bildfläche. Die Zahl der Beschäftigten sank in der Textilindustrie von 1960 = 613.000 auf 430.000 Ende 1973. 187.000 Arbeiter verloren also ihren Arbeitsplatz, allein 1973 über 30.000. In der Bekleidungsindustrie sieht das seit 5 Jahren ähnlich aus.

Gegen Betriebsverlagerungen

BAD HERSFELD, 25. November (dpa). Zur Besserung der prekären Lage in der deutschen Bekleidungsindustrie sollte es den Unternehmern erschwert werden, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern. Diese Ansicht vertraten übereinstimmend die Bundestagsabgeordneten Enders (SPD), Pfeffermann (CDU) und von Schöler (FDP) auf einer Kundgebung der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Bad Hersfeld.

Die bürgerlichen Parteien stehen „geschlossen" hinter den „Forderungen" der GTB-Führer — so soll der Arbeiter verschaukelt werden! (aus „FAZ", 26.11.73)

Der größte westdeutsche Textilkonzern (Glöggler) bildete sich durch Aufkäufe im Jahre 1972. Ebenso vor kurzer Zeit der Schiesser-Konzern (auf Platz 4 in der BRD), indem Schiesser Hudson kaufte, der wiederum vorher Arwa aufgekauft hatte. Van Delten - einer der größten Textilunternehmer der BRD - spricht schon von der „Renaissance einer Branche". Das gilt aber nur für ihn und die anderen größeren Betriebe. Handelsblatt: *„Abgesehen von einigen glänzend prosperierenden Unternehmen gehört die Textilindustrie zu den Fußkranken der Wirtschaft."* Und es meint weiter (im Januar 73): Aber *„die deutsche Textilindustrie befindet sich im Anfang einer tiefgreifenden Flurbereinigung und Neuordnung."* Wie notwendig dies für die Bourgeoisie trotz einer schon länger laufenden Entwicklung ist, zeigen die folgenden Fakten: Während die größten Textilkonzerne der Welt (meist USA) Umsatzgrößen von über 5 Mrd. DM pro Jahr haben, liegt der größte westdeutsche Konzern (Glöggler) nur bei 700 Mio. DM Umsatz pro Jahr und damit erst an 30. Stelle. auf der Textil-Rangliste der imperialistischen Länder. Von den 210 Unternehmen der imperialistischen Länder mit über 100 Mio DM Umsatz sind allerdings 48 Konzerne aus Westdeutschland. Neben vielen kleinen eine relativ starke Palette mittelgroßer ▶▶

Forts. Reederkapitalisten

ab und steht mit 4.300 Korrespondenzbanken in aller Welt in Kontakt. Als zentrale Figur im internationalen Monopolkapitalismus setzt sich H.J. Abs entschieden für die politische und finanzielle Unterstützung faschistischer Regimes in der dritten Welt ein.

Indonesien ist ein aktuelles Beispiel, das H.J. Abs als Wahrer der Interessen des bundesdeutschen Monopolkapitals ausweist. Der indonesische Außenminister Malik „fühlt sich" – lt. „Handelsblatt" – „Willy Brandt persönlich verbunden" und konferierte 1970 mit Minister Ehmke und zugleich mit H.J. Abs. Durch die Ermordung einer halben Million politischer Gegner war 1965 eine faschistische Militärdiktatur errichtet worden, die durch massivsten Terror jede politische Opposition unmöglich macht und gegenwärtig über 100.000 politische Häftlinge in KZs festhält. Kurz nach ihrer Machtergreifung begannen die Militärs, alle gegen das Interesse des ausländischen Monopolkapitals ergriffenen Maßnahmen wieder rückgängig zu machen und Indonesien, das zu den rohstoffreichsten Ländern der Welt gehört, wieder als Objekt imperialistischer Ausbeutung und als festen Verbündeten, vor allem der USA und der BRD, einzufügen."

Nach der gleichen Methode gehen heute die faschistischen Machthaber in Chile vor, während die Niederlassung der FARBWERKE HOECHST in Chile sich befriedigt über den blutigen Putsch äußert. Gleichzeitig fahren von Hamburg und anderen nordeuropäischen Häfen HAPAG-LLOYD-Schiffe wieder mit voller Ladung nach Chile ab, um auf der Heimreise das Beutegut imperialistischer Ausplünderung nach Europa zu schleppen.

Bonn hat kein klares Konzept

Hamburg — Über die Geheim-Studie der Hapag-Lloyd sprach die Hamburger MORGENPOST mit Wirtschaftssenator Helmuth Kern:

Herr Senator, gibt es eine Möglichkeit, das Ausflaggen zu verhindern?

Kern: „Solange auf einem Schiff staatliche Förderungsgelder ruhen, die noch nicht zurückbezahlt sind, wird eine Ausflaggung verhindert. Danach ist nach unseren Gesetzen jede Reederei frei in ihren Entscheidungen."

Welche Probleme ergeben sich aus dem Hapag-Lloyd-Ausflaggen für Hamburg?

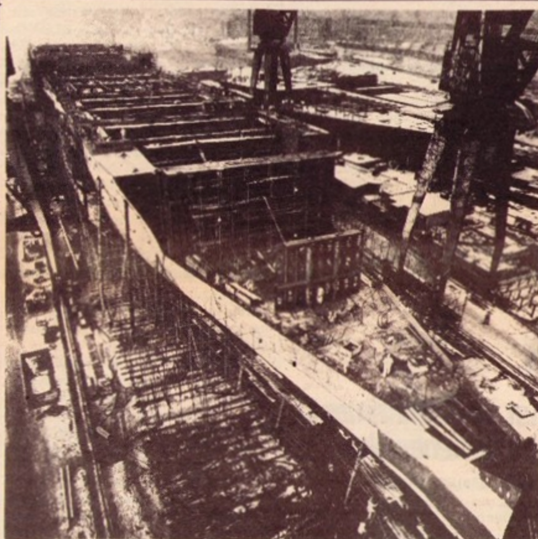
Kern: „Unmittelbar keine Probleme. Aber es ist alarmierend, daß fast ein Drittel der deutschen Seeleute in den vergangenen Jahren ihren Arbeitsplatz auf deutschen Schiffen verloren haben."

Welchen Rat kann der Hamburger Wirtschaftssenator den Bonner Politikern geben?

Kern: „Man muß dieser Bundesregierung, wie schon den anderen Bundesregierungen vor ihr, verhalten, daß sie kein klares Konzept für eine deutsche Schiffahrtspolitik besitzt. Die Förderungen sollten auf Schiffe konzentriert werden, die hohe Heuern tragen können, weil sie erstklassige Besatzungen brauchen. Das bedeutet: Konzentration auf Container-Schiffe und Super- oder Produktentanker sowie auf Spezial-Einheiten. Meiner Meinung nach sogar verstärkte finanzielle Förderung pro Einheit, dafür aber auch die absolute Bindung an die deutsche Flagge!"

Senator Helmuth Kern

Ein treuer Diener seines Herrn



Das Raubtier duckt sich zum Sprung

Der „Verkauf" von 15 Schiffen der HAPAG-LLOYD AG nach Panama signalisiert eine neue Phase der Schiffahrtspolitik der Reedereikapitalisten und ist Teil einer „Umstrukturierung" der Politik der westdeutschen Imperialisten vom Warenexport zum Kapitalexport.

Der Aussage des VERBANDES DEUTSCHER REEDER (Jahresbericht 1973), daß die Ausflaggung *„zunehmend jüngere und Neubautonnage (erfaßt) und teilweise begleitet (ist) von einer Verlagerung von Reedereiaktivitäten selbst in das Ausland, also echten Standortverlagerungen"*, entspricht die Aussage des Kapitalistensprechers von Menges (Gutehoffnungshütte Aktienverein) im „Spiegel" Nr. 7 vom 11.2.1974:

„Wir, die Unternehmer, haben gesagt, man muß die Exportüberschüsse durchhalten und pflegen, weil man sie eines Tages noch dringend brauchen wird. Dieser Zeitpunkt ist jetzt da, und wir müssen rasch versuchen, diese Überschüsse in einen Umstrukturierungsprozeß zu stecken, der für unser Land entscheidend (?!) sein wird. Wir müssen dabei im Ausland investieren, weil sich bei uns wegen der Lohnkosten manche arbeitsintensiven Produktionen nicht mehr lohnen"...

Damit treten die westdeutschen Imperialisten zum dritten Mal in diesem Jahrhundert zum Raubzug um die Neuaufteilung der Welt an. Die „Risiken" eines solchen Vorgehens sind den Imperialisten wohl bewußt. Dazu „Börsenbild und Wirtschaftsspiegel", Organ der Deutschen Bank, von Mitte November 1973:

„Daß die deutschen Unternehmer bisher vorsichtiger als ihre Kollegen (!?) beispielsweise in den USA und Großbritannien... zu Werke gingen, ist auf die schlechten Erfahrungen in den ersten fünfzig Jahren dieses Jahrhunderts (vor allem die beiden verlorenen Weltkriege!) zurückzuführen. Denn das Vermögen der Deutschen im Ausland (sicher nicht der Arbeiterklasse!) wurde zweimal enteignet: 1918 (geschätzter Verlust rund 30 Milliarden Goldmark) und 1945 (geschätzter Verlust rund 20 Milliarden Mark). Die Vorbehalte aus dieser Zeit sind hier und da noch (!) anzutreffen."

Daß die größenwahnsinnige Politik der deutschen Imperialisten neben finanziellen Verlusten in zwei bestialischen Weltkriegen unermeßliches Leid und den Tod von Millionen von Menschen brachte, verschweigt die DEUTSCHE BANK „seriös".

Die „Mitwirkungsrechte" der ÖTV erweisen sich als Betrugsmanöver

Im Zusammenhang mit den im Frühjahr 1973 durchgeführten gewerkschaftlichen Aktionen gegen sogenannte „Außenseiter"-Reeder, d.h. „nicht tarifgebundene Reeder" unter westdeutscher Flagge, erklärte die ÖTV, ihr seien in Bonn *„bei der Vergabe von Schiffbauhilfen...Mitwirkungsrechte eingeräumt worden"*. („ÖTV-Seefahrt", 3/73) Kraftmeierisch verkündet die ÖTV-Führung: *„Die Gewerkschaft ÖTV wird nicht länger hinnehmen, daß sich Reeder ihrer sozialpolitischen Verantwortung entziehen."*

War damit ein Wendepunkt in der westdeutschen Schiffahrtspolitik erreicht? Sollte es von nun an möglich sein, daß die SPD/FDP-Regierung eine an den Interessen der Seeleute orientierte Subventionspolitik betreibt?

Jeder, der diesen Meldungen im Frühjahr 1973 noch Glauben geschenkt hatte, wird durch die Pläne von HAPAG-LLOYD wieder auf den Boden der Wirklichkeit gebracht.

Die angeblichen „Mitwirkungsrechte" der ÖTV waren nichts als eine Beruhigungspille für die Seeleute. Auf jeden Fall zeigt sich heute, in wessen Interesse die Herren Gewerkschafts-Führer „mitgewirkt" haben.

Auf der gleichen Ebene bewegten sich die Forderungen, die die ÖTV nach Bekanntwerden der HAPAG-LLOYD-Pläne aufstellte. Diesmal forderte man ganz „radikal" Streichung der Subventionen und gesetzliche Verbote der Flaggenflucht. Zugleich enthielt das Forderungspaket der ÖTV-Führer den Wunsch nach Steuererleichterungen für die HAPAG-LLOYD. Damit die Herren Kapitalisten nicht „gezwungen" wären, ins „billige" Ausland zu gehen.

Ganz abgesehen vom Charakter dieser „Forderungen", die unschwer erkennen lassen, wem hier geholfen werden soll, bezwecken die Gewerkschaftsführer mit solchen Forderungen an den b ü r g e r l i c h e n Staat, daß bei den Arbeitern immer wieder die Illusion genährt wird, von d i e s e m Staat könne Hilfe für sie kommen.

So richtig und notwendig es ist, im Interesse der Arbeiterklasse Forderungen an den bürgerlichen Staat zu richten, so falsch und schädlich ist es für die Arbeiterklasse, diese Forderungen aufzustellen, o h n e Klarheit über den Klassencharakter des bürgerlichen Staates zu schaffen, ohne zu sagen, daß der Staat das Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse ist und daß die Arbeiterklasse ihre Forderungen nur im Kampf g e g e n diesen bürgerlichen Staat durchsetzen kann.

Illusionsmacherei und Wahlrummel der DKP

In ihrer Zeitung „Klar Schiff" (Bordzeitung der DKP für Seeleute der Handelsflotte und Hochseefischerei) schließt sich die DKP erst einmal ohne ein Wort der Kritik den Forderungen der ÖTV-Führer an.

Sehr wahlkämpferisch fordert die DKP dann zur Beseitigung der *„Macht von Reedern, Banken und anderen Großkapitalisten"* auf. Als *„ersten Schritt"* empfiehlt die DKP, gemäß ihrem 10-Punkte-Programm, *„. . . die Überführung marktbeherrschender Unternehmen, der Bankkonzerne und der energieerzeugenden Industrie in öffentliches Eigentum"*. Das alles natürlich *„bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen"*.

Leider sagt die DKP den Arbeitern nicht – es sei denn, man begnügt sich mit dem Slogan am Ende des Artikels: „Kommunisten in die Bürgerschaft" – w i e all diese schönen Dinge „bei demokratischer Kontrolle der Arbeiterklasse ..." zu bewerkstelligen wären.

Das Gefährliche am klugen Ratschlag der DKP besteht besonders darin, daß sie der Arbeiterklasse verschweigt, daß die *„Beseitigung der Macht der Monopole"*, daß die *„Überführung... in öffentliches Eigentum"* *„bei demokratischer Kontrolle der Arbeiterklasse"* einzig und allein durch die bewaffnete Macht der Arbeiterklasse abgesichert und bewerkstelligt werden kann.

Vielmehr „verweist" die DKP auf die westdeutschen Arbeiter auf den Weg – im Rahmen der Verfassung und ohne Waffen – den auch die Unidad Popular in Chile ging, und der immer wieder an der bewaffneten Macht der Bourgeoisie scheitern muß.

Dienstag, 26. Februar 1974
HAMBURGER MORGENPOST Nr. 48 — Hamburg Wirtschaft 7



Der Reederei-Riese will doppelt absahnen

● Geheimstudie der Hapag-Lloyd ● Angriff auf die Bundesregierung ● 15 Seeschiffe nach Panama ●

Forts. Textilindustrie

Betrieben gibt es also in der BRD Unternehmen. Wie sehr die Textilbranche hinter anderen Branchen herhinkt, zeigt sich z.B. daran, daß unter den 100 größten westdeutschen Konzernen kein einziger Textilbetrieb ist.

Die Schlußfolgerung aus dieser Lage in der Textilbranche heißt für die westdeutsche Bourgeoisie: Die Bildung größerer Einheiten mit politischen Mitteln forcieren und große Teile der Textilbranche in unterentwickeltere Länder verlagern. Auf wessen Rücken jedoch schon die bisherige Entwicklung ausgetragen wurde, liegt auf der Hand:

Krise in der Textilbranche heißt Existenzkrise für die Textilarbeiter

Krise der Textil- und Bekleidungsindustrie bedeutet natürlich keine Krise für die Herrschaft der Kapitalisten in dieser Branche. Viele Kapitalisten haben auf Kosten der Arbeiter rechtzeitig die Branche gewechselt; und der Großteil der Kapitalisten, die tatsächlich Konkurs gehen, haben in der Regel rechtzeitig ihr Schäfchen ins Trockene gebracht.

Durch eine besonders scharfe Ausbeutung der Arbeiter versuchen viele Textilkapitalisten die rückständige Produktionsweise auf dem Rücken der Arbeiter länger aufrecht zu erhalten und behindern dadurch sogar den Einsatz rationellerer Produktionsverfahren.

So lag z.B. 1970 das Lohnniveau in der Bekleidungsindustrie um 25% (!) unter dem der Gesamtindustrie (laut FAZ vom 25.8.1972), größtenteils haben sich die Textil- und Bekleidungsbetriebe in ländlichen Gebieten (z.B. Bayrischer Wald, Emsland) niedergelassen, wo die Bevölkerung keine Auswahl bei der Suche nach Arbeitsplätzen hat. Weiterhin sind 84% der Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie Frauen, in der Textilindustrie 54%. Die Arbeitsbedingungen sind großenteils katastrophal - angefangen bei den oft völlig ungeeigneten, stickigen und überfüllten Räumen (Lungenerkrankungen sind besonders häufig) bis zu der sehr strapazierenden, eintönigen Akkordarbeit. Großenteils wird auch Schichtbetrieb gefahren. Wie sehr die Existenz der Textilarbeiter von den Kapitalisten angegriffen wird, können zwei Zeitungsmeldungen aus der Frankfurter Rundschau andeuten: *„Von 18.000 Textilindustrie-Beschäftigten im Raum Aschaffenburg sind im Oktober 8.500 (Fast 50%) auf Kurzarbeit gesetzt worden."* (6.11. 1973) "... *die Beschäftigten haben noch aus nicht eingehaltenen Kündigungsfristen (!) Ansprüche in Höhe von DM 156.000. Von den 280 Betrieben im Bereich des Aschaffenburger Arbeitsamtes haben 14 in diesem Jahr schließen müssen. 1.146 Beschäftigte verloren ihren Arbeitsplatz, 780 davon sind noch heute arbeitslos (!)."* (27.11.1973).

Das Vorgehen gegen die Arbeiter spiegelt sich in zynischen Stellungnahmen in der bürgerlichen Presse wieder: Der Bundesvorstand der Bekleidungsindustrie weist darauf hin, *„daß im Grunde die Lohnpolitik der Gewerkschaft selbst zu dieser Entwicklung (gemeint ist die Verlagerung ins Ausland) beigetragen habe. ...Die ... Unternehmer hätten seit Jahren die Gewerkschaft auf die Gefahren hingewiesen, die durch übermäßige Lohnforderungen bei einer liberalen Importpolitik entstehen."* (FAZ vom 28.8.1973).

Man bedenke: die Löhne in der Bekleidungsindustrie sind schon um 25% niedriger als in der Gesamtindustrie! Die FAZ vom 1.12.1973 schreibt: *„Eigentlich wirkte das ganze Thema paradox. Während in der Konfektion Kurzarbeit grassiert und Arbeitsplätze verlorengehen, diskutierten in Frankfurt anläßlich der Jahrestagung der Forschungsgemeinschaft Bekleidungsindustrie rund 300 Fachleute über eine Humanisierung der Arbeit in der Branche."* Und das Handelsblatt meldete am 12.12.73: *„Im Bundeswirtschaftsministerium betont man ferner, die jetzigen Klagen paßten schlecht zu der von der Textil-Gewerkschaft und von den Arbeitgebern akzeptierten Lohnerhöhungen dieses Jahres."*

13.12.73: 10.000 Textilarbeiter demonstrieren in Bonn



Verlagerung ins Ausland eine Waffe gegen die Arbeiter

Die Bourgeoisie hat einerseits ein Interesse daran, auch im Textilbereich international konkurrenzfähige Konzerne zu schaffen. Zum anderen ist sie daran interessiert, große Teile der Textil- und Bekleidungsindustrie ins Ausland zu verlagern. Die FAZ stellt das so dar: Wir haben in der BRD einen Mangel an Arbeitskräften – durch Verlagerung werden Arbeitskräfte frei für höherwertige Tätigkeiten – sie bekommen auch mehr Lohn – die Produktion im Ausland ist billiger – im Ausland werden neue Arbeitsplätze gegen die dortige Arbeitslosigkeit geschaffen – eine Verlagerung ist also für alle Teile vorteilhaft.

In Wirklichkeit hat die Verlagerung zum Ziel:

1. Senkung der Arbeitereinkommen in der BRD durch Beseitigung der sogenannten „Überbeschäftigung", die wir nach Meinung „wissenschaftlicher" Handlanger der Bourgeoisie in der BRD haben, wie es in letzter Zeit immer öfter betont wird.
2. Konzentration der technisch hoch entwickelten, äußerst produktiven und profitablen, qualifizierte Arbeitskräfte erfordernden Industrien sowie der strategisch-militärisch wichtigen Industriezweige in den Zentren des Imperialismus.
3. Brutale Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Völker, um die Lohnkosten zu senken.
4. Als Nebeneffekt: Größere politische Abhängigkeit und Unterdrükkung der Völker der 3. Welt, Schaffung fester Einflußsphären gegenüber konkurrierenden Imperialisten.

Die Textil- und Bekleidungsindustrie ist für die Verlagerung gut geeignet, da sie strategisch-militärisch unwichtig ist, niedrige Produktivität bzw. hohen Lohnkostenanteil hat und ein niedriges technisches Niveau erfordert. Im Gegensatz zu anderen Industriezweigen, die diese Bedingungen auch noch erfüllen, ist eine Marktnähe für die Textil- und Bekleidungsindustrie nicht so erforderlich wie z.B. für Druckereien oder Möbelhersteller (teurer Transport).

Die BRD ist heute das größte Textilimportland der Welt – etwa 1/4 aller in der BRD gekauften Textilien sind Importware. Jeder 4. Anzug, jeder 3. Mantel, jede 2. Hose kommt heute aus dem Ausland. Der weitaus größte Teil des Importes kommt aus anderen EG-Ländern, etwa 1/5 aus den sogenannten „Niedriglohnländern" (vor allem Ferner Osten und Mittelmeerraum) und rund 1/10 aus RgW-Ländern. Nach einer Schätzung kommen etwa 10-15% der Importe von westdeutschen Firmen im Ausland. Außerdem ist der größte Teil der Importe aus den RgW-Ländern Auftragsware westdeutscher Betriebe, d.h. der westdeutsche Betrieb liefert in der Regel Maschinen, Techniker, Vorprodukte und gibt bestimmte Muster/Größen/usw. in Auftrag, die er dann fertig in die BRD zurückimportiert. Rumänische, ungarische und polnische Frauen arbeiten so direkt für westdeutsche Unternehmer, und ähnlich in der DDR. Verlagerung und Konzentration will die Bourgeoisie verschärft weiter vorantreiben. Schon 1971 wurde von der EG-Kommission in Brüssel das „Spinelli-Papier" herausgegeben, das die Verlegung großer Teile der Textil- und Bekleidungsindustrie vorsieht. Des öfteren wurde dies auch vom Bundeswirtschaftsministerium zum Ausdruck gebracht: So Staatssekretär Grüner laut FAZ vom 26.1. 1973: *„Die Textilindustrie gehöre keinesfalls in der Zukunft nur (!) in die Entwicklungsländer, wie einige Wissenschaftler meinten, sicher sei jedoch die BRD nicht mehr für jedes (!) Produkt und jede (!) Sparte der richtige Standort."*

Ganz konsequent wurden, angeblich im Rahmen der „Stabilitätspolitik", im Juni 73 die Einfuhrkontingente einiger Waren der Textilbranche erheblich ausgedehnt. (Nur bestimmte Mengen dürfen in EG und BRD eingeführt werden) Damals war die Krisenverschärfung in der Textil- und Bekleidungsindustrie schon längst offensichtlich.

Das Handlesblatt meinte am 8.8. 1973 dazu: *„Die Öffnung der Importschleusen für Textilien und Bekleidung soll nach dem Willen Bonns neben der Preisdämpfung noch einen 2. Effekt haben, nämlich die Produktionsverlagerung von Teilen der Bekleidungsindustrie ins kostengünstigere Ausland zu forcieren. Ob es dieser „Hilfestellung" bedurft hätte, sei dahingestellt."*

Die Textilpolitik der BRD-Bourgeoisie entspricht ihrem allgmeinen Vorgehen beim Aufbau eines imperialistischen Westeuropa: Einerseits Ausweitung des Machtbereiches der westdeutschen Imperialisten (Kapitalexport) und Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Völker, andererseits Konzentration der Machtbasis in den Zentren des Imperialismus (Konzentration der höchst entwickelsten und politisch wichtigsten Industriezweige, Bildung starker Konzerne). Für die Textilindustrie bedeutet dies vor allem Auslagerung, jedoch auch Bildung einiger größerer Konzerne. Beides bedingt einander. Denn in der Regel werden nur größere Betriebe zum Kapitalexport in der Lage sein.

Seidensticker (ein Textilkapitalist) auf die Frage, was für die Textilindustrie die wichtigste Aufgabe wäre: **„So schnell wie möglich im Ausland produzieren."** Über die Schuhbranche, deren Lage kaum anders ist als die der Textil- und Bekleidungsindustrie, schreibt die „Welt" am 16.2.74: *„Mehr als jedes zweite Paar Schuhe kommt bereits aus dem Ausland. Europas größter Schuhmacher, die Salamander AG . . . trägt dem Rechnung. Sie läßt immer mehr Ware im Ausland herstellen, muß sich aber andererseits auch einer harten Schrumpgungskur der inländischen Produktion unterziehen."*

„Hart" ist die „Schrumpfungskur" allerdings in Wirklichkeit nur für die Arbeiter.

Vorschläge der Gewerkschaft Textil-Bekleidung – Keine Alternative !

Den Plänen der Bourgeoisie hält die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) entgegen, es sei „bei der neuen technischen Entwicklung . . . illusorisch, die Textilfabrikation mit ihren zunehmend kapitalintensiven Arbeitsplätzen in Entwicklungsländer zu verlegen." („Südd. Zeitung", 14.6.72).

Die GTB erhebt drei „zentrale Forderungen" an die Bundesregierung, nämlich:

1. **Aufgabe der globalen Kreditrestriktionen als Mittel der Stabilitätspolitik zugunsten einer abgewogenen Industrie-, Konjunktur- und Kreditpolitik.**
2. **Für 1974 Aufhebung der im Jahre 1973 vorgenommenen „konjunkturpolitischen" Sonderimporterleichterungen.**
3. **Keine Einfuhrerleichterung im Jahre 1974, die über das Volumen des Jahres 1973 hinausgeht."**

(Aus: „Informationen für die Funktionäre der GTB", Heft Nov./Dez. 73).

An diesen Forderungen wird deutlich, daß die GTB zur Lösung der „Textil-Krise" auch nur eine kapitalistische Lösung bereit hält, nämlich mehr Kredite und zu günstigeren Bedingungen, Beschränkung der Einfuhr von Textil-Waren aus dem Ausland.

Dies Programm könnte man zusammenfassen unter der Parole „Rettet die deutsche Textil-Industrie!"

Und tatsächlich organisierte die GTB-Führung die am 13.12.73 in Bonn stattgefundene Demonstration von 10.000 Textilarbeitern unter Parolen wie „Fairer Wettbewerb für die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie!", „Minister Friedrichs, der Kaputtmacher der Textilwirtschaft", „Das Zinsniveau macht uns (!) k.o.", „Runter von der Kreditbremse" u.ä.

Die GTB macht sich also Kapitalinteressen zueigen (mehr und günstigere Kredite), auch wenn sie andere Lösungen vorschlägt, als die von der Bourgeoisie geplanten. Der bürgerliche Staat soll intervenieren, um der „kranken" Textil-Industrie eine heilsame Spritze zu geben (aus den vom Volk aufgebrachten Steuern). Dies kommt dabei heraus, wenn man den Boden der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit von Ausbeutung und Profit nicht verlassen will.

In Wahrheit liegt es in der Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus, daß er zur Konzentration der Produktion (Ruin der Kleinbetriebe!), zum Kapitalexport, zur Erwirtschaftung des größten Profits treibt und auch der Staat in diesem Sinn eingesetzt wird.

Wer es, wie die Gewerkschaftsführer, aufgegeben hat, für die Ü b e r w i n d u n g dieses Systems zu kämpfen, kann nur mit (für die Arbeiterinteressen) untauglichen Rezepten als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus stehen. ■

ÖTV, IGM und jetzt IG Drupa: –Zur Tarifrunde in der Druckindustrie–

Im Interesse der Kapitalistenklasse: «Stabilität» gegen die Arbeiterklasse

Die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst ist beendet. Bei den Tarifverhandlungen in der Metallindustrie sind 10 von 16 Tarifbezirken schon „erledigt". Alle Abschlüsse liegen exakt bei der Lohnraubmarke von 11 Prozent. Der Beschluß der Großen Tarifkommission der IG DRUPA, eine Forderung von 15 Prozent aufzustellen sowie der vorgezogene Lohnraubabschluß in der Papierverarbeitung von 11,2 Prozent weisen darauf hin, daß die Gewerkschaftsführung denselben Abschluß ansteuert, wie er der Arbeiterklasse bisher „beschert" worden ist, nämlich etwa 11 %.

Die Große Tarifkommission der IG DRUPA hat sich „mit überzeugend deutlicher Mehrheit" und „nach langer Diskussion" am 19. Februar auf folgende Forderungen „geeinigt":

1. Der Ecklohn soll um 15 % erhöht werden.
2. Zusätzlich sollen erhöht werden die Tariflöhne der Gehilfen im ersten und zweiten Gehilfenjahr um je 2 %.
3. Die Lohngruppen V und IV des Hilfspersonals sollen jeweils um 2 % erhöht werden.
4. Die Lohngruppen III und I des Hilfspersonals sollen jeweils um 3 % erhöht werden.
5. Die monatlichen Ausbildungsbeihilfen für Auszubildende im ersten Jahr sollen von bisher 304,– DM auf 383,– DM, im zweiten Jahr von 365,– DM auf 455,– DM, im dritten Jahr von 468,– DM auf 540,– DM, nach dem dritten Jahr von 553,– DM auf 636,– DM erhöht werden.

Dabei ist es interessant zu sehen, wie dieses Ergebnis in der Tarifkommission zustande kam.

Bei der Abstimmung über einen linearen Betrag von 45,– DM je Woche stimmten 17 Mitglieder der Tarifkommission dafür, 24 dagegen, 4 enthielten sich (!). – Dazu ist zu sagen, daß es positiv zu vermerken ist, daß sich immerhin mehr als ein Drittel der Anwesenden für eine lineare Lohnforderung ausgesprochen hat. Andererseits liegt die 45,– DM-Forderung 15,– DM unter den von vielen Mitgliedern geforderten 60,– pro Woche. Es ist anzunehmen, daß hier einige örtliche Funktionäre im ersten Abstimmungsdurchgang den „Schein" vor ihren Mitgliedern wahren wollten. Und tatsächlich veränderte sich das Abstimmungsbild „leider" zugunsten einer Prozentforderung:

Bei der Abstimmung über 17 % waren 11 dafür, 36 dagegen (unter ihnen auch die „ehrlichen Makler" der DM-Forderung!).

Für die dann folgende Abstimmung über 15 % stimmten 38 dafür, 8 dagegen und eine Enthaltung.

In seinem Informationsbrief „begründete" der Hauptvorstand diese Forderungen u.a. so:

„Die Entscheidung für die 15 % im Zusammenhang mit den Zusatzforderungen trägt nach Auffassung fast aller Mitglieder der Tarifkommission den Bedürfnissen der gegenwärtigen Situation Rechnung und stellt überdies eine weitgehende Einheitlichkeit mit unserem anderen großen Tarifbereich, der Papierverarbeitung, her."

Wie gesagt, die Papierverarbeitung hat schon bei 11,2 % abgeschlossen! Dann soll die Arbeiterklasse auch „einheitlich" den Lohnraubabschluß aufs Auge gedrückt kriegen!!

Mit diesem Vorgehen haben sich die Gewerkschaftsführer der DRUPA voll in die Front der Kapitalistenklasse, ihrer Regierung, der bürgerlichen Propagandapresse sowie der Gewerkschaftsführer von ÖTV und IGM eingereiht, die mit einem massiven Propagandawirbel der Arbeiterklasse einzuimpfen versuchen, daß Forderungen *„den Bedürfnissen und Möglichkeiten der gegenwärtigen Situation (der Kapitalisten!) Rechnung tragen müssen."*

So der IG DRUPA-Vorstand in seiner „Begründung" für die Forderung.

„Notgemeinschaft" gegen Tarifkampf

Und was ist das für eine „gegenwärtige Situation"?

Der Bluff mit der „Ölkrise" diente der Kapitalistenklasse, der Regierung und der bürgerlichen Presse dazu, die alte faschistische „Volksgemeinschaft" wieder aufleben zu lassen:

- „Solidarität aller"
- „Egoistische Gruppeninteressen zurückstellen"
- „Bewährungsprobe für uns alle"

Diese „Notgemeinschaftskampagne", verbunden mit einer widerlichen, aggressiven Hetzkampagne gegen die Völker der Dritten Welt, diente der ideologischen Vorbereitung schärfe-

Forts. Seite 14

Forts. Drucktarifrunde

rer Angriffe auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse. Dabei beschränken die Kapitalisten sich nicht auf Lohnabbau und auf Drohungen, wie „*überhöhte Lohnforderungen bedeuten Verlust der Arbeitsplätze*", und ähnliche Geschichten, sondern verschärfen die politischen und ideologischen Angriffe auf die Rechte der Arbeiter, wie das Streikrecht. So hetzte die „Zeit" vom 15.2. zum ÖTV-Abschluß:

„*Dieser aus der Verantwortung der Allgemeinheit entlassene Machtkampf, der unter dem euphemistischen Namen Tarifautonomie läuft, wird vollends gefährlich, wenn er bedenkenlos auf den öffentlichen Dienst übertragen wird (!). Hier ist der Staat noch direkter (!) herausgefordert. Er steht vor der Frage, ob er sich überhaupt noch einen Spielraum für souveräne Entscheidungen, für eine regulierende Ordnungspolitik (!!) erhalten kann, oder ob er den Verbandsinteressen völlig ausgeliefert wird – nach dem Motto: Wer Macht hat, bekommt Recht.*"

Es ist einfach widerlich, wie diese gutbezahlten Schreiberlinge nicht nur dazu auffordern, der Arbeiterklasse das mit viel Blut erkämpfte Streik- und Koalitionsrecht zu entreißen, sondern auch noch demagogisch die Tatsachen umstülpen.

Diese Leute tun gerade so, als ob die Gewerkschaften (? ?) drauf und dran wären, diesen Staat aus den Angeln zu heben.

Daß die Arbeit der Kommunisten dahin geht, die Arbeiterklasse politisch zu rüsten, das kapitalistische System aus den Angeln zu heben und durch eine Gesellschaftsordnung zu ersetzen, in der nach den Bedürfnissen der Menschen gewirtschaftet wird, das muß allerdings das langfristige Ziel der Arbeiterklasse werden. Heute sieht es aber – leider – anders aus:

Der Auftrag

Der Chef der „Gutehoffnungshütte" von Menges umschrieb in einem „Spiegel"-Interview den geplanten Lohnraub so:

„*Ich fürchte, daß wir in der nächsten Zukunft von einigen lieben Gewohnheiten Abschied nehmen müssen. Eine davon ist, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer Jahr für Jahr reale Einkommensver-**ben Gewohnheiten Abschied nehmen müssen. Eine davon ist, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer Jahr für Jahr reale Einkommensver-**besserungen erreicht hat.*"

Dieser werte Herr hat dabei Verständnis für die Schwierigkeiten der Gewerkschaftsführer, die den Lohnraub bei den Arbeitern durchsetzen sollen. Aus Rücksicht auf die Mitgliederbasis sind die Gewerkschaftsführer darauf angewiesen, hier und da mal einen „linken" Schnack loszulassen, wie zum Beispiel Jan Sierks, DGB-Vorsitzender Nordmark, der allen Ernstes „die Macht der Kapitalisten brechen" wollte...mit der Mitbestimmung!

Daraus folgt aber auch, daß dabei der Arbeiterklasse der „Bazillus" des Klassenkampfes im Kopf herumspuken wird" und dies ist den Kapitalisten eben ein Dorn im Auge. In diesem Sinne von Menges:

„*Dabei müssen die Gewerkschaften sich vorhalten lassen, daß sie jahrelang Erwartungen geweckt haben, die auf Dauer nicht zu halten sind. Auch die Gewerkschaften werden nicht umhin können, ihren Mitgliedern die Frage vorzulegen: Willst Du lieber einen sicheren Arbeitsplatz oder willst Du lieber jetzt mehr verdienen und später stempeln gehen?*"

Genau mit dieser Drohung und nach diesem Schema hat der Vorsitzende des Ortsvereins Hamburg der IG DRUPA eine aktive Solidarität gegen die Massenentlassungen bei der SPD-eigenen „Auerdruck GmbH" sabotiert!

(Vgl. Artikel in dieser Ausgabe: „ Massenentlassungen bei Auer-Druck")

DRUPA-Führung „trägt der Situation Rechnung"

Die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst waren die ersten, die im politischen Klima der „Notgemeinschaft" stattfanden und hatten für Kapitalistenklasse, Regierung und Gewerkschaftsführer in mancherlei Hinsicht Testcharakter:

- Den Arbeitern und Angestellten stand finanziell das Wasser bis zum Hals. Wie weit würde die spontane Streikbereitschaft gehen?
- Wie weit konnten die Gewerkschaftsführer die Mitglieder auf den Lohnleitlinienabschluß von 11 % vorbereiten?
- Wie weit ist es der Kapitalistenklasse und ihren Handlangern gelungen, in dieser massiven Kampagne die Arbeiterklasse daran zu „gewöhnen", daß die „Zeiten der Überflußgesellschaft vorbei" sind und der „Gürtel enger zu schnal - len ist"?

Der Ablauf der ÖTV-Runde sowie die bisherigen Ergebnisse in der Metallrunde können auch für die Drucktarifrunde die Zeichen setzen.

Auch wenn den angeschmierten Kollegen die 11 %-Abschlüsse durch viel Zahlenakrobatik als „14 %-Abschlüsse" verkauft werden sollen, ändert das nichts an der Tatsache, daß die Forderungen aus der Mitgliedschaft für die Gewerkschaftsführer nur in der Wahl ihrer Taktik gegenüber den Kollegen Bedeutung haben, insofern sie deren Stimmung widerspiegeln! Es wird sich in den kommenden Kämpfen zeigen müssen, inwieweit die Kollegen tatsächlich auch in der Lage sein werden, wenigstens die „Ausgangsforderungen" der Tarifkommission durchzusetzen.

Wie krass der Widerspruch zwischen den aus den Betrieben und Versammlungen der Kollegen beschlossenen Forderungen und dem der „derzeitigen Situation Rechnung tragenden" 15 %-Forderungspaket der DRUPA-Führer ist, mag folgende Aufstellung verdeutlichen:

West-Berlin: 90,– DM Vorweganhebung, 320,– DM monatlich mehr für alle.

Freiburg: Jugendgruppe forderte: 1,50 DM für alle, 250,– DM für Angestellte und Lehrlinge.

Braunschweig: 20,– DM Vorweganhebung, 60,– DM mehr für alle pro Woche.

Laufzeit 10 Monate. 240,– DM mehr für die Auszubildenden. So beschlossen auf der Mitgliederversammlung vom 15.2.74!

Hildesheim: Der Bezirkstag forderte am 19.1. eine Forderung in Mark und Pfennig für alle gleich.

Mannheim: Mitgliederversamm - lung des Ortsvereins fordert 1,50 DM pro Stunde mehr.

München: Die Mitgliederversammlung fordert 80,– DM für alle pro Woche.

Speyer: Die Mitgliederversamm-
pro Stunde mehr.
München: Die Mitgliederversammlung fordert 80,– DM für alle pro Woche.

Speyer: Die Mitgliederversammlung fordert 60,– DM pro Woche, 12 Monate Laufzeit bei Einführung einer Öffnungsklausel.

Hamburg: 60,– DM für alle pro Woche, 12 Monate Laufzeit mit Preisgleitklausel. Einheitliche Ausbildungsbeihilfe von 525,– DM. So beschlossen auf der Delegiertenversammlung vom 16.2.

Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Zu den Abstimmungen im Hamburger Ortsverein, mit ca. 8.000 Mitgliedern der größte Ortsverein in der IG DRUPA, muß noch einiges gesagt werden.

- Politische Beiträge, die über die Fragen der Höhe der Forderungen hinausgingen, waren noch sehr gering.
- Im Gegensatz zum letzten Jahr ist es den Gewerkschaftsführern mehr gelungen, die Kollegen auf das kapitalistische „Gesamtwohl" einzuschwören. Gab es im letzten Jahr kaum Gegenstimmen zur 40,– DM-Forderung, wurde die 60,– DM-Forderung in diesem Jahr mit dem knappen Ergebnis von 81:68 Stimmen angenommen.
- Andererseits ist positiv zu vermerken, daß der Inhalt der Forderungen, nämlich einheitlicher Mark- und Pfennig-Betrag, ein Schritt hin ist zur Aufhebung der Spaltung der Arbeiterklasse.

Tarifrunde vorbereiten

Die Ereignisse der letzten Monate machen folgendes deutlich:

Die Kapitalistenklasse verfolgt in der Tarifpolitik sowohl wirtschaftliche als auch politische und ideologische Ziele.

- Wirtschaftlich soll das Lebensniveau der Arbeiterklasse weiter gesenkt werden. Die Lohnraubabschlüsse bei ÖTV und Metall von 11 % geben die Marschroute an.
- Politisch werden diese Tarifkämpfe von einer immer schärfer werdenden Kampagne gegen das Streik- und Koalitionsrecht und die Tarifautonomie begleitet.
- Ideologisch soll die Arbeiterklasse daran „gewöhnt" werden, den „Gürtel enger zu schnallen" und von „gruppenegoistischen Interessen Abschied zu nehmen". Die faschistische „Volksgemeinschaft" wird offen propagiert!

Diesen Angriffen der Kapitalistenklasse liefern die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den notwendigen Flankenschutz:

Wirtschaftlich bemühen sie sich, die Lohnraubpolitik in der Arbeiterklasse durchzusetzen, indem sie die Mitglieder von den eigenen Klasseninteressen wegzerren auf die Interessen des „Gesamtwohls", also den Kapitalisteninteressen.

Während die Kapitalistenklasse elementare Rechte der Arbeiterklasse angreift, stutzen die Gewerkschaftsführer den Arbeitern die Waffen, binden ihnen die Hände und versuchen die aktivsten Kollegen vom „Schlachtfeld" zu verweisen:

Der Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, die „Radikalenerlasse" und der immer schärfer werdende Ausschlußterror gegen linke Gewerkschafter und Kommunisten dienen dazu, die Arbeiterklasse den Kapitalisten wehrlos auszuliefern.

Dieser Zusammenhang von „Lohnfragen" und den politischen Fragen muß gesehen werden!

Insgesamt müssen wir einschätzen, daß diese Tarifrunde – nicht nur in der Druckindustrie – unter relativ ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Kampfbedingungen zu Ende gehen wird. Der Verlauf und die bisher vorliegenden Ergebnisse bestätigen diese Einschätzung.

Wer allerdings meint, aus dieser Einschätzung den Schluß ziehen zu können, „kämpfen lohnt sich nicht", dem können wir nur mit folgendem Brecht'schen Gedicht antworten :

Wir hören: Du willst nicht mehr
mit uns arbeiten
1. Wir hören: Du willst nicht mehr
mit uns arbeiten. Du bist zu kaputt.
Du kannst nicht mehr herumlaufen.
Du bist zu müde. Du kannst nicht
mehr lernen. Du bist erledigt. Man
kann von dir nicht verlangen, daß
du noch etwas tust.
So wisse:
Wir verlangen es.

Wenn du müde bist und einschläfst
Wird dich niemand mehr wecken
und sagen:
Steh auf, das Essen steht da.
Warum sollte das Essen dastehen?
Wenn du nicht mehr herumlaufen
kannst
Wirst du liegen bleiben. Niemand
Wird dich suchen und sagen:
Es ist eine Revolution gewesen. Die
Fabriken
Warten auf dich.
Warum sollte eine Revolution gewesen sein?
Wenn du tot bist, werden sie dich
begraben
Ob du schuld bist an deinem Tod
oder nicht.

Du sagst:
Du hast zu lange gekämpft. Du
kannst nicht mehr kämpfen.
So höre:
Ob du schuld bist oder nicht:
Wenn du nicht mehr kämpfen
kannst, wirst du untergehen.
2. Du sagst: Du hast zu lange gehofft. Du kannst nicht mehr hoffen
Was hast du gehofft?
Daß der Kampf leicht sei?

Das ist nicht der Fall.
Unsere Lage ist schlimmer, als du
gedacht hast.

Sie ist so:
Wenn wir nicht das Übermenschliche
leisten
Sind wir verloren.
Wenn wir nicht tun können, was niemand von uns verlangen kann
Gehen wir unter.
Unsere Feinde warten darauf
Daß wir müde werden.

Wenn der Kampf am erbittertsten ist
Sind die Kämpfer am müdesten.
Welche Kämpfer zu müde sind, die
verlieren die Schlacht.

Bert Brecht ■

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Massenentlassungen bei Auer-Druck

Am 16. Dezember 1973 gaben die Herren Sozialdemokraten als Eigentümer der Auer-Druck GmbH („Hamburger Morgenpost") per Aushang bekannt, daß mehr als 100 Kollegen innerhalb der nächsten drei bis sechs Monate im Rahmen von Rationalisierungsmaßnahmen auf die Straße fliegen sollen. Um diese Massenentlassungen reibungslos über die Bühne ziehen zu können, versuchten die Sozialdemokraten die Kollegen mit dem „Hinweis" zurückzuhalten, daß es sich doch hier um einen SPD-Betrieb handele,...man müsse doch einsehen, . . . um das Ganze zu retten . . . , um der SPD und der „Arbeiterpresse" („Mopo") die Druckerei zu erhalten.

Zum anderen wurde die Belegschaft systematisch aufgespalten in die, die noch nicht von Entlassungen bedroht sind, und diejenigen, die „leider" rausgeschmissen werden müssen.

Die Massenentlassungen sind nur ein weiteres Beispiel dafür, daß die Sozialdemokraten in dem Maße, wie sie sich zu Verteidigern des kapitalistischen Systems entwickelt haben, sich auch derselben verbrecherischen Methoden der Kapitalistenklasse bedienen:

Verwirrung stiften und zuschlagen !

Verwirrung stiften und zuschlagen !

Wochen vorher kursierten schon die widersprüchlichsten Gerüchte durch die Belegschaft über bevorstehende „Betriebsveränderungen".

Dann tauchten in der bürgerlichen Presse die ersten Meldungen auf:

- 29.11. im „Stern": „Mopo" soll an Heinrich-Bauer-Verlag „verscherbelt" werden...
- 28.11. in der „Welt": „Hamburger Morgenpost" dementiert „Stern".
- 28.11. laut „Welt": Heinrich-Bauer-Verlag dementiert, Heinrich Braune, Herausgeber der „Mopo" erklärt „*nur ein Gerücht*" und „*das sei ein Geschwätz zwischen SPD-Bundestagsabgeordneten und Kollegen*," und „*sie wissen ja, wie dann so ein Buschfeuer in Bonn um sich greift.*"
- 28.11. in der „Frankfurter Rundschau": SPD-Schatzminister Nau dementiert Verkaufsabsichten! „Alles falsch!"

Während die Kollegen durch diese widersprüchlichen Gerüchte immer unsicherer wurden, starteten die SPD-Manager ihren Coup:

30.11.: Dem Betriebsrat wird die Kündigung von sieben Kollegen vor-unsicherer wurden, starteten die SPD-Manager ihren Coup:
30.11.: Dem Betriebsrat wird die Kündigung von sieben Kollegen vor-gelegt. Die Auftragslage sei schlechter geworden, darum müsse man in den Abteilungen Handsatz, Maschinensatz und TTS Arbeitsplätze einsparen!

7.12.: Die sieben Kündigungen werden zum 4.1.74 ausgesprochen. Unter diesen befinden sich auch zwei sehr fortschrittliche Kollegen.

Gerüchte gehen um, daß noch weitere 50 Kollegen rausgeschmissen werden sollen!

13.12.: Die gesamte Geschäftsleitung trifft sich mit dem Betriebsrat. Das einzige, was die Kollegen davon mitkriegen, ist ein dürftiger Aushang. Darin heißt es, daß „*Überlegungen zu einer Neukonzeption*" besprochen wurden, daß der BR „*eingeladen*" sei an „*Planungsgesprächen teilzunehmen*", daß der BR die „*Belange der Belegschaft mit Nachdruck (!) vertreten*" werde.

Das ganze wird dann noch als „*ausdrücklich vertraulich bezeichnet*" und darauf hingewiesen, daß dieses „Gespräch" in „*vertrauensvoller Atmosphäre*" verlief!

16.12.: In einem neuen Aushang der Geschäftsleitung wird den Kollegen „häppchenweise" mitgeteilt, daß der Drucksaal und die Buchbinderei stillgelegt werden, und daß mit weiteren Entlassungen zu rechnen sei.

Am Nachmittag desselben Tages wurde dann bekannt, daß mindestens 100 Kollegen entlassen werden sollen.

Bis zum heutigen Zeitpunkt sind schon 60 Kollegen rausgeflogen und es ist kein Ende abzusehen:

Wie jetzt bekannt wurde haben die SPD-Heuchler beim Arbeitsamt Antrag auf Massenentlassung für 200 Kollegen gestellt. Für 170 ist der Antrag genehmigt worden!

Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon Kollegen gestellt. Für 170 ist der Antrag genehmigt worden!
Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben der Arbeiterklasse schon immer ihre wahren Ziele verheimlicht. Darum ist es nicht auszuschließen, daß auch Auerdruck doch noch stillgelegt oder verkauft wird!

Und tatsächlich:

Es bleibt nicht bei den 100 „offiziell" vorgesehenen Rausschmissen! Schon jetzt verdichten sich die Gerüchte im Betrieb, daß die Sozialdemokraten nach den Bürgerschaftswahlen den Laden ganz dicht machen wollen und der reaktionäre Heinrich-Bauer-Verlag („Quick"etc.) schon bereit stehen, den Maschinenpark aufzukaufen!!

Die SPD und ihre Betriebe

Damit ist der traurige Höhepunkt einer Entwicklung eingetreten, in de-

➤➤

KBW: Dumm geboren und nichts dazu gelernt

Die Hamburger Ortsgruppe des KBW, schon immer für ihren (unfreiwilligen) surrealistischen Humor bekannt, schreibt in der Ortsbeilage der „KVZ" vom 6.3. 74: „**Die Hamburger Wahlen sind ein wichtiger Gradmesser für die politischen Fortschritte der Massen in unserer Stadt.**" – Man halte das nicht etwa für Ironie, die Genossen meinen das offensichtlich bierernst!

Um einen Beweis für ihre gewagte These sind die Genossen auch nicht verlegen. Sie vergleichen einfach die Hamburger Bürgerschaftswahl von 74 nicht mit der von 70, sondern mit den Bundestagswahlen von 72. Und siehe da, alles fügt sich aufs schönste! Akrobat schööön!

Es zeigt sich (o Wunder!), daß die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 72 entschieden höher war als bei den Bürgerschaftswahlen 74, daß die Verluste der SPD in erster Linie diesem Fakt zuzuschreiben sind („*Der überwiegende Teil dieser Wähler* – der von der SPD verlorenen Stimmen nämlich – *hat diesmal an den Wahlen gar nicht teilgenommen.*"), während die CDU nur ganze 12.000 Stimmen dazu gewonnen hat. (Gegenüber den Bundestagswahlen! Tatsächlich hat die CDU, verglichen mit den Bürgerschaftswahlen 70, über 90.000 Stimmen dazu gewonnen.)

Nach diesem primitiven Taschenspielertrick ziehen die Genossen des KBW freudestrahlend Bilanz: „*Es gelingt dem bürgerlichen Parlamentarismus nur noch in geringem Umfang, den Unmut über die Regierungspolitik auf die Mühlen der Opposition zu lenken. Auch das Wahlergebnis zeigt, was man täglich erfährt: die wachsende Feindschaft der Massen gegenüber der Politik aller bürgerlichen Parteien.*"

Humorlose Mitbürger könnten einwenden, daß die Wahlbeteiligung bei Bürgerschaftswahlen schon immer niedriger war als bei Bundestagswahlen, daß die CDU bei Bundestagswahlen in Hamburg immer etwas besser abschnitt als bei Bürgerschaftswahlen usw., daß man also Bürgerschaftswahlen nicht einfach mit Bundestagswahlen vergleichen kann. Solche Mitbürger wären aber nicht nur humorlos, sondern auch verflucht kleinmütig. Die Massen wollen nach links, und da kann es auf statistische Kleinigkeiten nicht ankommen! ■

ARGENTINIEN

Verschärfte Klassenwidersprüche

Mit den Auseinandersetzungen in Cordoba im Februar/März hat sich der Klassenkampf in Argentinien weiter zugespitzt. In dieser bedeutendsten Industriestadt, deren Proletariat 1969 mit einem mehrtägigen Aufstand seine Kraft gezeigt hatte, wurde der „links"peronistische Provinzgouverneur von faschistischen Kräften der Polizei und Armee abgesetzt, die zusammen mit bewaffneten Banden vom rechten Flügel des Peronismus die Herrschaft in Cordoba übernahmen und jeden Widerstand brutal unterdrückten.

Perón, der im Herbst letzten Jahres nach 18jährigem Exil wieder die Regierung in Argentinien übernahm, war angetreten, um die zunehmenden Klassenwidersprüche zu „glätten" und die verschiedenen Strömungen der peronistischen Bewegung zu integrieren. Von Anfang an führte er einen scharfen Kampf gegen alle fortschrittlichen Kräfte.

Gleich nach Peróns Wahl wurde die Guerillaorganisation ERP (Revolutionäre Volksarmee) verboten und „Säuberungsaktionen" in der peronistischen Bewegung und im Staatsapparat eingeleitet. Damit gelang es aber noch nicht, die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Kräfte auf die Ideologie der Klassenversöhnung und „Einheit der Nation" einzuschwören. Jetzt wird die Gangart beim Kampf gegen die Linke innerhalb und außerhalb der peronistischen Bewegung und bei der Verankerung faschistischer Ideologie in der Bevölkerung verschärft.

Wesentlichster Ausdruck der Politik der Klassenversöhnung ist der sogenannte „Sozialpakt", der zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften geschlossen wurde. Mit diesem „Pacto social" verzichten die Gewerkschaftsführer für zwei Jahre auf neue Tarifverhandlungen. Springers „Welt" schreibt dazu neidisch: *„Jetzt gibt es keinen Lohnstreit mehr. Mit einem kurzen ‚Ist nicht nötig' wischt Perón Lohnforderungen unter den Tisch."* („Welt", 4.12.73)

Es gelang nicht, die Arbeiterklasse für diese Politik zu gewinnen, insbesondere als durch Warenverknappungen und Qualitätsminderungen deutlich wurde, daß ein solcher Pakt allein den Profitinteressen der Kapitalisten dient. In mehreren „wilden" Streiks lehnten sich Teile der Arbeiterklasse gegen den Sozialpakt auf; vor allem die Busfahrer von privaten Busunternehmen in Cordoba führten einen erfolgreichen Kampf. Unterstützt wurden sie vom jetzt gestürzten Provinzgouverneur – einem Linksperonisten – der für die geforderten Lohnerhöhungen eintrat und zugleich den Busunternehmern verbot, ihre Preise entsprechend heraufzusetzen.

Im Februar schoß die Polizei in Commodoro Rivadavia (Zentrum der argentinischen Erdölindustrie) auf demonstrierende Arbeiter, die ihr Gewerkschaftshaus gegen bewaffnete faschistische Banditen verteidigen wollten, die die bisherige örtliche Gewerkschaftsführung als „marxistisch unterwandert" für „abgesetzt" erklärt hatten. Vier Arbeiter wurden erschossen.

Nicht nur am Sozialpakt brachen die Widersprüche auf; auch die Aktionen der ERP konnten durch das Verbot der Organisation nicht unterbunden werden. Gerade in den letzten Wochen wurden zahlreiche Entführungen – meist von Managern imperialistischer Konzerne – erfolgreich durchgeführt. (Die Entführung eines Firestone- und eines Swissair-Direktors brachten allein ca. 6 Mio. DM, acht weitere Bosse sitzen z. Zt. noch in Volksgefängnissen.)

Die FAR, eine linksperonistische Guerillaorganisation, hat nach einiger Zeit des Stillhaltens nach Peróns Regierungsantritt jetzt die Rückkehr zum bewaffneten Kampf angekündigt, was bedeutet: keine weitere Unterstützung der peronistischen Regierung.

Um die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und die „Säuberung" der peronistischen Bewegung noch konsequenter durchführen zu können, leitete Perón gesetzliche Maßnahmen ein, die die Unterdrückung der linken Bewegung ermöglichen, ohne die Maske der formalen Demokratie zu verlieren. So liefert das neue Strafrechtsgesetz, das Perón dem Parlament vorlegte, die „legalen Mittel" zum Kampf gegen alle fortschrittlichen Kräfte, begünstigt dabei die politische Rechte und erleichtert einen Staatsstreich (SZ, 26.1.74).

Die Beratung über dieses Gesetz machte die Schärfe der Widersprüche innerhalb der peronistischen Bewegung deutlich. Acht von zwölf Abgeordneten der „Peronistischen Jugend" (Juventud Peronista, eine „linke" peronistische Jugendorganisation mit Zweigorganisationen an Universitäten und in Betrieb und Gewerkschaft) weigerten sich, dem Repressiv-Gesetz zuzustimmen und traten zurück.

An einer von Peron bestellten Zusammenkunft mit der Führung der JP nahmen mehrere Führer der „Montoneros" (radikaler Flügel innerhalb der JP) gar nicht erst teil.

Verschärft hat sich auch der Kampf gegen linksperonistische Provinzgouverneure (immerhin gewählte Vertreter des Volkes) und ihre Verwaltungen, deren Absetzung mit verschiedenen Mitteln von der Zentralregierung und den rechten Gewerkschaftsführungen betrieben wird. Ferner wurden alle Peronisten aufgerufen, den Kampf gegen die „marxistische Infiltration" zu führen.

Ein im Februar verabschiedetes Gesetz verbietet außerdem die Einfuhr und Veröffentlichung von ca. 500 „subversiven" Büchern und 200 „subversiven" Zeitschriften, wobei es vor allem um sozialistische Literatur geht.

Im Februar führte der Staatsapparat den seit der noch von Peróns Strohmann Campora 1973 ausgesprochenen Generalamnestie ersten offenen Schlag gegen eine peronistische Organisation. Der Führer der FAR, Carlos Alberto Caride, wurde verhaftet, weil er angeblich ein Attentat gegen Perón und den Faschisten Bordaberry (Präsident von Uruguay, der auf Staatsbesuch in Argentinien war) geplant hatte. Die Festnahme wurde bisher nur damit begründet, daß er sich (mit Tausenden anderer Menschen) in einem Straßenzug aufhielt, durch den die Wagen der beiden Faschisten fahren sollten und daß er angeblich eine Handgranate in der Tasche hatte.

Der physische Terror gegen „linke" Mitglieder der peronistischen Bewegung wird immer stärker. Die Rechtsperonisten haben dafür bewaffnete Banden angestellt.

Ein erstes Signal war das Massaker auf dem Flughafen Ezeiza, wohin bei der Rückkehr Peróns nach Argentinien Zehntausende zum Empfang gekommen waren. Faschistische Banditen eröffneten bei dieser Gelegenheit plötzlich ein wildes Feuer auf den Block der Peronistischen Jugend, wobei mehr als 100 ermordet wurden.

Pablo Fredes, ein „links"peronistischer Gewerkschaftsführer, Jose Contino, Grimberg und Razetti, Führer der Peronistischen Jugend, sind nur einige der langen Liste von Ermordeten, die inzwischen Attentaten zum Opfer fielen.

Ein (erfolgloser) Bombenanschlag wurde auf den „links"peronistischen Provinzgouverneur von Mendoza verübt, der dann aus der Peronistischen Bewegung ausgeschlossen und abgesetzt wurde. Eine andere Bombe verwüstete die Räume der „links"peronistischen Zeitung „Militancia". Einer der schlimmsten faschistischen Verbrecher, Alljandro Giovenco, führender Vertreter des rechten Flügels der Peronistischen Jugend, fand im Februar ein zünftiges Ende: mit einer in seiner Tasche mitgeführten Bombe, die vorzeitig explodierte, sprengte er sich versehentlich selbst in die Luft. Giovenco wurde von den „Links"peronisten nicht nur für zahlreiche Bombenanschläge, sondern auch für das Massaker von Ezeiza verantwortlich gemacht.

Indem die peronistische Bewegung im Sinne der Rechten „gesäubert" wird, wird zugleich ihre soziale Basis schmaler und verschärfen sich die Klassenwidersprüche zu offenen Kämpfen. Und die „Links"peronisten ebenso wie die ERP bringen für einen längeren Kampf einige Härte und Erfahrung mit, da sie unter der Militärdiktatur jahrelang einen bewaffneten Guerilla-Krieg geführt haben.

Der „offizielle" Peronismus, d. h. die im Auftrag der Bourgeoisie regierenden Rechten, versuchen ihrerseits, die Volksmassen durch verstärkte Demagogie an sich zu binden. So wird dazu aufgerufen, die „Einheit Argentiniens" gegen Organisationen und Kräfte zu schützen, die „unseren Staat mit Zielen angreifen, die uns fremd sind". Um diese Mobilisierung anzuheizen und von den politischen Widersprüchen abzulenken, soll demnächst ein „Altar der Nation" gebaut werden, ein riesiges Denkmal, in dem dann die Mumie von Evita (die zweite Frau Peróns, die während seiner ersten Regierungszeit als „Engel der Armen" auftrat und noch heute von großen Teilen des Volkes verehrt wird) beigesetzt werden soll. Hoffentlich kann man Perón bald dazu legen und solche faschistischen Monumente einreißen. ■

Forts. Massenentlassungen bei Auer-Druck

ren Verlauf die SPD bei ihrer Entwicklung von der revolutionären Partei des Proletariats zur „bürgerlichen Arbeiterpartei" auch ihren politischen Anspruch „Arbeiterpresse zu machen", voll dem kapitalistischen Profitprinzip untergeordnet hat.

Seit Beginn der 50iger Jahre sind dieser Politik 35 (!) Zeitungen und Druckereien zum Opfer gefallen!

Schlag gut vorbereitet

Der KBW ist der Meinung, daß sich bei den Massenentlassungen *„die Unfähigkeit des SPD-Managements"* beweist, ein Unternehmen zu führen! Wir sind der Meinung, daß das Vorgehen bei Auer beweist, wie gut die Sozialdemokraten in der Praxis zeigen, daß sie sich haargenau der arbeiterfeindlichen Methoden der Kapitalisten bedienen und sich deren Prinzipien unterordnen.

So sind die Drahtzieher der Stilllegungen der SPD-eigenen Zeitungen „Telegraf/Nachtdepesche" und der „Grafischen Gesellschaft Grunewaldt" die auch über 150 Kollegen den Arbeitsplatz gekostet haben, die Herren Weilandt und Nevermann.

Diese beiden Rationalisierungs-„Fachleute" der SPD, sowie ein gewisser Ellerbrook, sind heute bei Auer die Verantwortlichen für die Rausschmisse!

Ellerbrook war als ehemaliger Hauptabteilungsleiter bei Springer verantwortlich für die Stillegung der dortigen Hausdruckerei und der Lehrlingsabteilung!!

Nach kapitalistischen Profitprinzipien geht die SPD daran, ihre Holding-Gesellschaft „Deutsche Druck- und Verlags-GmbH" mit 12 Verlagen und derzeit 30 Druckerein planmäßig zu „sanieren"!

Soweit erst einmal nur zur SPD und ihrer „Betriebspolitik"!

Die Drupa-Führung spielt mit

Eine schändliche Rolle spielte die Hamburger IG DRUPA-Führung auch bei diesen Massenentlassungen:

Schon Anfang Dezember, bevor die Kollegen auch nur einen Hinweis auf die bevorstehende Rationalisierungswelle erhielten, soll es zu einem geheimen Treffen zwischen dem stellvertretenden Landesbezirksvorsitzenden der DRUPA und seinen Parteifreunden in der Auer -Geschäftsleitung gekommen sein.

Als die Entlassungen dann raus waren, kunkelten Geschäftsleitung, IG DRUPA-Führung und BR hinter dem Rücken der Belegschaft einen Sozialplan aus. Auf der Deligiertenversammlung vom 20.12.73 berichtete der erste Vorsitzende Wolf dann zynisch von „Betriebsänderungen" bei Auerdruck", bei denen mit 40 (!) Entlassungen zu rechnen sei.

Die Verlogenheit dieser Leute wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß:

- die vorgesehene Zahl von mindestens 100 Kollegen schon längst bekannt war,
- daß es ein offenes Geheimnis ist, daß zwischen der Hamburger SPD, der Auer -Chefetage und dem DRUPA-Vorstand die besten Beziehungen bestehen. Heinz Wolf's (DRUPA-Vorstand) enge Freundschaft zu dem „Pleitegeier" Nevermann ist auch nicht neu!

Wenn Heinz Wolf dann auf der Deligiertenversammlung so tut, als hätte er keine genauen Informationen, so halten wir das für ein Betrugsmanöver!

Als dann mehrere Kollegen eine Solidaritätsaktion in Form eines Protestmarsches für die betroffenen Auer -Kollegen vorschlugen, würgte Wolf das kurzerhand ab:

„Das ist doch meine Aufgabe als Vorsitzender, zu verhindern, daß so etwas durchkommt." (er meint die Entlassungen.)

Dann drohte er unverhohlen, daß im Falle einer Aktion nicht nur 100, sondern alle Arbeitsplätze bei Auerdruck „gefährdet" wären!

Hinhaltetaktik

Heuchlerisch wird in den letzten Nummern des DRUPA-Zentralorgans „Druck und Papier" mit viel Gezeter auf Stillegungen einiger Druckereien in Süddeutschland hingewiesen. Derselbe Vorgang im Betrieb der Parteifreunde aber ist den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern nur einen 10-Zeiler wert.... Gleichzeitig haben die DRUPA-Führer alles darangesetzt, die Frage der aktiven Solidarität mit den Auer -Kollegen vom Tisch zu wischen:

Auf zwei Deligiertenversammlungen verstand es Wolf mit Schnacks wie *„gehört nicht zur Tagesordnung"* und Geschäftsordnungstricks das Thema „Auer" abzuwürgen.

Der Zweck der Übung ist klar: Seit den ersten Entlassungen sind über 8 (!) Wochen vergangen, und bis zum heutigen Tag sind schon über 60 Kollegen rausgeflogen!!

Das Vorgehen der Gewerkschaftsführung zeichnet sich durch zwei wesentliche Merkmale aus:

- Durch Lug und Betrug und gemeinsame Absprache mit den Auer -Chefs gelang es, die Kollegen unvorbereitet zu treffen.
- Durch Drohungen und Verzögerungstaktik sollen die Kollegen von aktiver Solidarität abgehalten werden.

Diese Leute werden nichts unversucht lassen, jede Form von aktiver Solidarität abzublocken, bis die SPD im Rahmen ihrer Konzentrationspolitik zur Stärkung der „Deutschen Druck- und Verlags-GmbH" die ersten 100 Entlassungen bei Auer ungestört hinter sich gebracht hat.

In welchem Maße sich die Kollegen imstande sehen, gegen diese Politik vorzugehen, soll in einem der nächsten Nummern des ARBEITERKAMPF berichtet werden. Dort werden wir auch näher auf die SPD und ihre Betriebe eingehen. ■

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

FRANKREICH

Betriebsbesetzung bei SAVIEM

Seit dem 11. Februar kämpfen die Arbeiter der Lastwagenfabrik SAVIEM in Blainville (Normandie, in der Nähe von Caen) für höhere Löhne: sie fordern 100 Francs lineare Lohnerhöhung, 500 Francs Teuerungszulage, 1650 Francs Mindestlohn für alle (100 Francs sind ca. 55 DM).

Nach 10 Tagen „rollenden Streiks", Heruntersetzung der Bandgeschwindigkeiten, Versammlungen und Demonstrationen hatte die Betriebsleitung zunächst Kurzarbeit angeordnet (5 Stunden Arbeit pro Tag). Jetzt ist sie zu schärferen Maßnahmen übergegangen: Aussperrung.

Als Gegenmaßnahme wurde unter den Arbeitern die Besetzung des Betriebes diskutiert. Die Gewerkschaftsführungen von CGT und CFDT sprachen sich sofort dagegen aus: die CGT-Führung bezeichnete dies als eine „Falle", die nur von „Linksradikalen" vorgeschlagen werden könnte – und die CFDT-Führung versuchte daraufhin sogleich ihre Weste mit dem „Argument" reinzuhalten, daß die Einheit mit der CGT nicht durch einen Alleingang gefährdet werden dürfe.

Indessen sprachen sich die SAVIEM-Arbeiter am 26. Februar mehrheitlich f ü r eine Betriebsbesetzung aus: 2.005 Arbeiter stimmten dafür und 1.292 dagegen (insgesamt beteiligten sich also rund 3.300 der 6.800 bei SAVIEM Beschäftigten an dieser Abstimmung). Die CGT-Führer überlegten sich daraufhin frech, das Abstimmungsergebnis einfach für „unzureichend" zu erklären und warben für eine neue Abstimmung, die dann nicht per Hand, sondern per Stimmzettel erfolgen sollte. Das ganze war zumindest darauf abgestellt, den Kampf hinauszuzögern und sich totlaufen zu lassen. Aber die Besetzung wurde von den Arbeitern sofort durchgeführt.

Die Geschäftsleitung hat jetzt eine gerichtliche Klage wegen „illegaler Betriebsbesetzung" eingereicht. Wenn diese Klage angenommen wird (was ja auch so gut wie sicher ist!), bedeutet das, daß die Bullen wieder „Schlagstock frei" zur Räumung erhalten – wie im letzten August bei der Uhrenfabrik LIP.

Unter den Arbeitern bei SAVIEM wird deswegen gegenwärtig darüber diskutiert, wie sie sich gegen die Polizeitruppen verteidigen können. Erfahrungen haben sie bereits mit den Bullen sammeln können: im Januar 1968 wurden sie von der Polizei quer durch die umliegenden Felder gejagt. Es ist zu erwarten, daß sowohl die CGT- als auch die CFDT-Führung den Arbeitern auch weiterhin nicht die notwendige Unterstützung in ihrem Kampf geben, sondern entsprechend ihrer Linie der „Vermeidung der Konfrontation" (mit der bürgerlichen Staatsgewalt) alles Erdenkliche tun, ihnen in den Rücken zu fallen.

In Caen wurde ein Solidaritätskomitee gegründet, in dem verschiedene linke Organisationen zur Unterstützung des Kampfes bei SAVIEM arbeiten (Révolution!, Rouge, Front Rouge, PSU), und wo auch die lokale Sektion der CFDT teilnimmt (dieser „Widerspruch" zwischen nationaler Führung der CFDT und ihren lokalen Sektionen hatte sich auch schon beim LIP-Kampf gezeigt; allerdings geht dieser „Widerspruch" wohl nur teilweise auf eine ehrlich radikalere Haltung einiger CFDT-Vertreter zurück, und zum anderen Teil auf ein „Spiel mit verteilten Rollen", wodurch die CFDT-Führung einer Abnahme ihres Einflusses unter den Arbeitern entgegenzuwirken versucht; – worum es sich in diesem Fall konkret und überwiegend handelt, können wir von hier aus nicht beurteilen.)

An der Philosophischen Fakultät von Caen organisierte ein studentisches Aktionskomitee am 1. März einen Solidaritätsstreik mit den SAVIEM-Arbeitern.

Des weiteren haben die Beschäftigten von Radio-Technique in Caen konkrete Unterstützungsmaßnahmen angekündigt, falls Polizeitruppen bei SAVIEM eingreifen. Die Solidaritätsbewegung soll auch darüberhinaus in die ganze Region getragen werden. ■

12. März 74

FRANKREICH

KAUFHÄUSER-STREIKS IN ANNECY

In Annecy (im ostfranzösischen Département Haute-Savoie) befinden sich die Verkäuferinnen von Prisunic (Kaufhauskette, ähnlich der KEPA) seit drei Wochen im Streik. Sie fordern einen Mindestlohn von 940 Francs (ca. 515 DM); diese Forderung zeigt nur, wie stark die Auspressung der Verkäuferinnen ist) und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Es wurde ein Unterstützungskomitee eingerichtet, das bei der Entwicklung einer Solidaritätsbewegung mithilft und die Bevölkerung zum Boykott des Kaufhauses während des Streiks auffordert. Die streikenden Verkäuferinnen werden außerdem von den „paysans-travailleurs" durch kostenlose Lieferung von Landwirtschaftsprodukten unterstützt (die „paysans-travailleurs" sind eine Organisation fortschrittlicher Bauern, die auch beim Kampf von LARZAC, wo rund 100 Bauern durch die Ausweitung eines Militärlagers von ihren Höfen vertrieben werden sollen, eine bedeutende Rolle gespielt haben; siehe unseren Artikel im AK Nr. 32, Sept. 73) ■

FRANKREICH:

'Alle auf die Straße, alle zur Botschaft!'

DEMONSTRATION GEGEN DEN BOTSCHAFTER DER CHILENISCHEN MILITÄR-JUNTA IN PARIS

Am 23. Februar demonstrierten mehr als 10.000 Menschen in Paris gegen die faschistische Militärdiktatur in Chile. Anlaß war die Akkreditierung des Botschafters der chilenischen Massenmörder in Frankreich. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte das „Komitee zur Unterstützung des revolutionären Kampfes des chilenischen Volkes", unterstützt von einigen linken Organisationen. Die super„linken" Gruppen und Parteichen (Front Rouge, Humanité Rouge, Proletaire Ligne Rouge), die das „ML" wesentlich als Modebegriff in ihrem Namen mitführen, und auch die trotzkistische Gruppe Lutte Ouvrière hielten sich allerdings fern.

Die Demonstration war von vornherein mit brutalen Angriffen der Polizei konfrontiert. Schon am Vorabend waren größere Einheiten der Polizei (vor allem im Studentenviertel Quartier Latin) zusammengezogen worden und hatten in kleineren Gruppen herumstehende Menschen angegriffen. Am Tag der Demonstration wurde dann das ganze Gebiet um die chilenische Botschaft herum von mehreren Tausend Polizisten in kampfmäßiger Ausrüstung hermetisch abgeriegelt. Als der Demonstrationszug sich näherte, gingen die Bullen zum Sturmangriff über, knüppelten wild drauf los und schossen Tränengasgranaten in die Menge. Zahlreiche Demonstranten wurden verletzt, über 80 wurden festgenommen. Aber auch die zum Schutz des Faschismus abkommandierten Polizisten mußten einige ihnen gut zu Gesicht stehende Beulen hinnehmen, da die Demonstranten sich nach aller Erfahrung auf diesen Angriff vorbereitet hatten.

Die kommunistische Zeitung „Révolution!" schrieb zum Verlauf dieser Demonstration: *„Man weiß jetzt, daß es gefährlich ist, im Frankreich des Monsieur Pompidou gegen den Faschismus zu demonstrieren. Die Komplizenschaft der Regierung mit den chilenischen Faschisten hat sich offen gezeigt."*

Die revisionistische „KPF" hat bei dieser Gelegenheit ein weiteres Mal die Vordergründigkeit ihrer Solidarität mit dem chilenischen Volk und ihren ganzen staatserhaltenden Opportunismus gegenüber dem bürgerlichen Staat in Frankreich an den Tag gelegt. Zehn Tage nach Veröffentlichung des Demonstrationsaufrufs durch das Chile-Solidaritätskomitee entschied sich die „KPF" noch schnell zu einer alleinigen Demonstration, die einen Tag früher als die vom Chile-Komitee aufgerufene stattfinden sollte. Nach den uns vorliegenden Berichten hat die „KPF" diesen Entschluß dann aber doch noch mit einigem Halsbrechertum wieder verworfen und für den gleichen Tag aufgerufen – allerdings weiterhin in einer eigenen Demonstration, die mit sicherem Abstand hinter dem Schwanz der ersteren hertrabte, aber ungefähr die gleiche Stärke erreichte wie die unter revolutionären Parolen vereinigten Demonstranten. Die „KPF" ging natürlich nicht zur Botschaft mit, sondern löste ihren Zug fern von der Polizei in aller Ruhe auf – um am anderen Tag in ihrer Presse mit dem Mittelmaß aller Weltanschauung die Sonderpolizei CRS und die „Linksradikalen" in einen Topf zu schmeißen. Das sind die gleichen Leute, die mit allerlei Fassaden-Radikalität noch vor wenigen Monaten in ihrem Zentralorgan rumprotzten: *„Wenn sich jemals die Vertreter der Faschisten erdreisten sollten, nach Frankreich zu kommen, dann wird ihnen der Boden unseres Landes unter den Füßen brennen."* (L'Humanité, 8. Dezember 73). ●



Bulleneinsatz bei der Chile-Demonstration am 23. Februar in Paris



Am 15. Februar kletterten Genossen des Chile-Solidaritätskomitees auf das Dach der chilenischen Botschaft in Paris und hängten eine Hakenkreuzfahne an die Fassade, um den Charakter des chilenischen Militär-Regimes zu verdeutlichen.

FRANZÖSISCHE WAFFENLIEFERUNGEN AN DIE CHILENISCHE JUNTA

Kürzlich wurde bekannt, daß die französische Regierung Waffen an die faschistische Militärdiktatur in Chile liefert . Es handelt sich dabei vor allem um Panzer vom Typ AMX 30, 155-mm-Kanonen und diverses elektronisches Gerät. Desweiteren werden Piloten der chilenischen Luftwaffe (FACH) direkt in Frankreich ausgebildet. Der französische Kriegsminister Galley erklärte dazu, daß das gelieferte Kriegsmaterial „nicht zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Chile selbst" benutzt wird – und zynischerweise fügte Galley noch hinzu, daß die französischen Waffen bereits von der Regierung der Unidad Popular bestellt worden seien. Das ist die gleiche Demagogie, mit der die westdeutsche SPD-Regierung ihre „verspätete" Weizenlieferung an die chilenische Militärjunta rechtfertigte. Nur daß die französische Waffenlieferung die internationale Komplizenschaft des Imperialismus mit den chilenischen Folterknechten und Massenmördern noch deutlicher zeigt.

Aber auch eine SPD-Regierung in unserem Land braucht sich in dieser Beziehung nicht vor ihren internationalen Mitverschwörern zu „schämen" – wenn es auch (bislang? !) nicht Chile ist, so ist es hier das faschistisch regierte Portugal, dem die BRD Waffen zur Verfügung stellt: für die kolonialen Schlächtereien in den portugiesischen „Besitztümern" Angola, Mozambique und Guinea-Bissao. ●

CHILE:

Augenzeugenbericht über die bestialische Ermordung von Victor Jara

Die in Westberlin erscheinenden „Chile-Nachrichten" veröffentlichten Mitte Januar ein weiteres Dokument über den bestialischen Terror, der seit dem Militärputsch im September letzten Jahres in Chile herrscht. Es handelt sich dabei um einen Augenzeugenbericht des chilenischen Schriftstellers Miguel Cabezas, der am 2. Januar in der bürgerlichen argentinischen Zeitung „La Opinión" erschien.

Cabezas berichtet dort zunächst über den Angriff von Polizei- und Militärtruppen auf die Technische Staatsuniversität in Santiago, wo sich zahlreiche Studenten zur Verteidigung gegen den faschistischen Putsch zusammengefunden hatten:

„In einer halben Stunde war das gesamte Gebäude der Universität unter völliger Kontrolle der Polizei. Sie begannen, alle Studenten (über sechstausend) auf den zentralen Hof zu bringen, wo sie allen befahlen, sich auf den Boden zu legen, mit den Händen im Nacken und das Gesicht zur Erde.

Dort begann das blutigste Kapitel der Studentengeschichte. Bei geringster Bewegung eines Studenten schossen die Polizisten sofort auf den Körper des Unglücklichen, der verwundet wurde, in Agonie fiel oder tot war. Der Tod vieler Studenten in der Technischen Universität war zurückzuführen auf Verbluten. Niemand konnte einem Genossen oder einer Genossin, die verwundet war und an seiner Seite lag, auch nur Hilfeleistung zukommen lassen. Das bedeutete den eigenen Tod. Von zwölf Uhr mittags bis sechs Uhr nachmittags blieben alle Studenten auf dem Boden ausgestreckt, mit den Händen im Nakken. Die Erstarrung der Gefangenen, die dieser Lage unterworfen waren, war total. Jeder weiß, daß nach einer Stunde, in der man in solcher Lage bleibt, Schmerzen und Muskelkrämpfe aller Art im Körper auftreten. Unausweichlich war es, daß sich die Studenten bewegten, um zu versuchen, ihre Position zu ändern. Als Gegenstück empfingen sie eine Maschinengewehrsalve, die ihr Leben beendete."

Nach anderen Berichten, die wir bereits kurz nach dem Putsch im AK zitierten, sind auf diese Weise über 500 Studenten in der Santiagoer Universität abgeschlachtet worden. Über die Situation im Sportstadion von Santiago, wo die meisten der in dieser Stadt Verhafteten hingeschleppt wurden, schreibt Cabezas unter anderem:

„Die Verhafteten, die in diesen Tagen der Gefangenschaft weder gegessen noch getrunken hatten, erbrachen sich über die Leichen ihrer eigenen Genossen, die erschossen in den Gängen lagen. Ich sah Verhaftete, die mit vor Entsetzen weitaufgerissenen Augen wimmerten und sich schon nicht mehr ihrer eigenen Namen erinnerten."

Cabezas berichtet dann weiter über die Folterung und Ermordung des Genossen Victor Jara, Mitglied der chilenischen „KP" und der bekannteste politische Folklore-Sänger in Chile (Platten von ihm sind im Hamburger ARBEITERBUCH, Grindelhof 45, erhältlich). Victor Jara war in der Universität mit verhaftet und ins Stadion geschleppt worden, wo er zunächst unerkannt blieb unter den vielen Tausend anderen Opfern. Zufällig lief Victor Jara dann aber dem Kommandanten des Gefangenenlagers in die Arme, der ihn sofort erkannte. Cabezas schildert dann, welch grausames Schauspiel die faschistischen Militärs mit dem Genossen Jara anstellten:

„Der Kommandant sah ihn an, dann machte er eine Bewegung, wie ein Gitarrenspieler sie macht. Victor nickte mit dem Kopf, mit einem traurig-ahnungslosen Lächeln. Der Militär, zufrieden mit seiner Entdeckung, grinste. Er rief vier Soldaten und befahl ihnen, ihn dort festzuhalten. Dann befahl er, einen Tisch zu bringen und mitten auf der Bühne aufzustellen, so daß alle

Forts. Seite 17



Stärken wir den gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Faschismus!
Stärken wir die Solidarität mit dem Widerstand des chilenischen Volkes!

Der Widerstandskampf des chilenischen Volkes braucht weiterhin unsere entschlossene Unterstützung: gegen die faschistischen Menschenschlächter und Folterknechte von Santiago; gegen deren Auftraggeber in den imperialistischen Konzernen der USA und Westeuropas; gegen die Verteidiger und Befürworter des faschistischen Terrors der chilenischen Militärjunta auch in unserem Land.

Wir rufen dazu auf, auch in der materiellen Unterstützung des chilenischen Widerstands nicht nachzulassen. Spenden können auf folgende konten eingezahlt werden:

Kennwort Chile-Hilfe
c/o Füllgraf
Deutsche Bank Hamburg-Grindel
Kto.-Nr. 36 / 15242

Sonya Patric Larthe
Kto.-Nr. 35 / 53062
Deutsche Bank München 40
Kurfürstenplatz ●

Botschaft des Generalsekretärs des chilenischen MIR, Miguel Enriquez

Die Zeitung „Lateinamerika Heute" veröffentlichte kürzlich auf einem Sonderblatt eine Botschaft von Miguel Enriquez, Generalsekretär des chilenischen MIR (Bewegung der revolutionären Linken), die am 25. Januar über den Verband der lateinamerikanischen Studenten (AELA) in der Bundesrepublik eingetroffen ist. Laut „Lateinamerika Heute" wurde diese Botschaft zum ersten Mal beim Bundeskongreß der Jungsozialisten in München „in gekürzter Fassung" verlesen. Anscheinend haben die chilenischen Genossen diese Botschaft auch aus Anlaß dieses Juso-Kongresses verfaßt, um zur Verstärkung der Solidarität in Westdeutschland aufzurufen.
Wir drucken die Botschaft nachstehend in vollem Wortlaut ab.



Genossen der Jugend der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – Jusos!
Genossen in den Chile-Komitees zur Unterstützung des chilenischen Widerstands!
Genossen der Lateinamerikanischen Studenten-Verbände – AELA!
Genossen von CISNU!
Griechische, türkische und spanische Genossen in Westdeutschland!
Genossen aller Organisationen in Westdeutschland, die für den Widerstand des chilenischen Volkes arbeiten!
Genossen Arbeiter und Revolutionäre in Westdeutschland!

Wie ihr alle wißt, hat in Chile eine Gorilla-Diktatur mit Blut und Feuer die Macht übernommen, d. h. es wurde eine Herrschaftsform errichtet, die den faschistischen und nazistischen Bewegungen vergangener Epochen in Europa eigen war und die heute in Lateinamerika eingeführt wird.

Im Namen der Demokratie wurden alle Freiheiten abgeschafft, wurden über 30.000 Menschen getötet, wurden über 40.000 in Gefängnisse und Konzentrationslager gesteckt. Die standrechtlichen Erschiessungen gehen weiter, rund 1.000 wurden schon ausgeführt; Zehntausende von Arbeitern und Angestellten wurden entlassen aus den Fabriken, den Bauernhöfen, den Universitäten und Büros.

Indem sie die Fahne des Kampfes gegen den Marxismus hochhalten, foltern die Offiziere massenweise, kastrieren sie Gefangene, brechen ihnen die Rippen, die Beine, die Arme, das Rückgrat.

Die so viel gepriesene nationale Konstruktion ist auf einen Schleier für eine ultrareaktionäre Wirtschaftspolitik zusammengeschrumpft, die die Junta für die Interessen des nordamerikanischen Großkapitals und der chilenischen Großbourgeoisie entwickelt und so hunderttausende von Chilenen ins Elend treibt. Die industrielle Reservearmee der Arbeitslosen hat sich drastisch vermehrt, die Preispolitik hat das Leben gegenüber früher ums zehnfache verteuert, und zur gleichen Zeit werden dem Imperialismus Unternehmen zurückgegeben, wie im Fall der PETRODOW; mit den nordamerikanischen Piraten unserer Kupferbergwerke werden riesige Entschädigungszahlungen ausgehandelt, die Rückgabe der Banken an Privatunternehmen wird vorbereitet, Hunderte von Fabriken und Grundbesitzen, die die Arbeiter für sich erkämpft hatten, wurden schon reprivatisiert.

In Chile ist nicht der Sozialismus gescheitert, nicht die proletarische Revolution, nicht die revolutionäre Politik. Auch wenn es nicht in unserem Interesse liegt, die Polemik mit anderen linken Parteien in den Vordergrund zu stellen, so muß doch die chilenische Erfahrung eine Lektion für die Völker der Welt sein. Was heute in Chile geschieht, ist – und das haben wir schon der Arbeiterklasse in den letzten drei Jahren versucht klarzumachen – eine Konsequenz der Katastrophe, in die die Politik des Reformismus die Arbeiter führt. Die Illusion, mit einem Teil der Bourgeoisie eine Allianz einzugehen, die Unterwerfung unter die bürgerliche Ordnung, hat den Reformismus dahin gebracht, den Kampf um die Eroberung der Macht aufzugeben, die Interessen von Teilen der Unternehmer gegen die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen, hat den Reformismus dazu gebracht, die direkte Mobilisierung großer Teile der Arbeiter, der Bauern und der Slumbewohner politisch zu bekämpfen, die Entwicklung der Macht des Volkes zu bremsen, Prozesse gegen antiputschistische Marinesoldaten vorzubereiten, und Teile der revolutionären Linken zu bekämpfen und zu verfolgen.

All dies machte es der Regierung der Unidad Popular einerseits unmöglich, die nötige Stärke für eine Allianz mit einer Fraktion der Bourgeoisie zu gewinnen, andererseits hatte diese Politik eine Desorientierung, eine Spaltung und die Entwaffnung der Arbeiterklasse, der Masse der einfachen Soldaten und der Linken zur Folge; so hat sich die Regierung geschwächt und schließlich den Putschisten den Weg geöffnet.

Viele Mitglieder, Kader und Führer der Parteien der Unidad Popular – das wollen wir betonen – haben ihr Leben geopfert, indem sie heldenhaft gegen die Putschisten kämpften, haben die Folter und die Gefängnisse ausgehalten. Besonders möchte ich Salvador Allendes gedenken, der sein Leben geopfert und bis zum Schluß seine Überzeugung kämpfend verteidigt hat, um sich nicht den Gorillas zu ergeben.

Die Politik der Gorilla-Diktatoren zeigt heute ihre Schwächen und Widersprüche. Gebadet im Blut der Arbeiterklasse versuchen sie verzweifelt einen Ausweg aus der tiefen ökonomischen Krise, gehen sie wie Bettler das Ausland um Hilfe an, laden sie auf den Rücken des Volkes die wirtschaftliche Not, um über dieser Basis das nordamerikanische und brasilianische Kapital anzulocken; versuchen sie, auf dem Markt der Länder des Andenpaktes zu konkurrieren.

Innerhalb des Militärs haben sich die Widersprüche verschärft, zwischen den Gorilla-Offizieren und einigen schwachen Sektoren sogenannter „Konstitutionalisten". Es haben sich auch, und zwar stärker als vorher angenommen wurde, die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie verschärft: zwischen Klein-, Mittleren und Großunternehmern, zwischen den Parteien der Bourgeoisie; die Reibungen zwischen der Christdemokratischen Partei und den Gorillas wachsen, und nur noch Eduardo Frei und ein Haufen seiner Gefolgsleute applaudieren weiterhin dem Massenmord und der Folter.

Die Kleinbourgoisie, die anfangs die soziale Basis der Unterstützung der Gorillas war, entfernt sich heute immer mehr von ihr, in Mitleidenschaft gezogen durch die Repression und die Wirtschaftspolitik, und entwickelt eine immer stärker wachsende Opposition zur Militärjunta.

Die Arbeiterklasse, aufgewachsen in einer langen Tradition der demokratischen Rechte und der gewerkschaftlichen Organisation, die einzige Klasse, die der Kapitalismus nicht auflösen kann und die am weitesten vorangeschritten ist im Bewußtsein und in der Organisation, beginnt heute, nachdem sie schwer getroffen wurde, sich neu zu organisieren und wieder Mut zu fassen. Schon wurden in den großen Fabriken Dutzende von Streiks geführt.

Die Landarbeiter und die Bewohner der Elendsviertel, die Armen in den Städten und auf dem Land – heute um viele mehr als zuvor wegen der steigenden Arbeitslosigkeit, die die Junta geschaffen hat – die am stärksten von der ultrareaktionären Politik Betroffenen, dem Hunger und dem Elend unterworfen, sie organisieren sich und leisten der Junta Widerstand und lassen sich von der durchsichtigen populistischen Maske, die sich die Junta aufgesetzt hat, nicht irreführen.

Das gleiche gilt für die Studenten.

Die Soldaten, die Mannschaften, die Unteroffiziere und auch einige Offiziere, angeekelt von den Verbrechen und Bestialitäten, zu denen sie gezwungen werden, völlig erschöpft von den permanenten Einsätzen, entwickeln immer mehr ihre Gegenposition zur Junta.

Die Parteien der Unidad Popular, anfangs desorientiert durch die Repression, beginnen sich zu reorganisieren.

Der MIR, gegründet 1965, in den Jahren 69 und 70 im Untergrund, wir, die wir nicht in der Regierung waren, die wir der direkten Mobilisierung der Arbeiterklasse und des Volkes neuen Aufschwung und – soweit das unsere Kräfte erlaubten – eine neue Führung gaben, die wir die Arbeit unter den Soldaten und die Bildung der Poder Popular, der Volksmacht, entwickelten, die wir im September im ganzen Land kämpften, die wir uns nicht ins Asyl oder außer Landes begeben, die der Repression mit den wenigsten Verlusten widerstehen konnten, wir arbeiten heute relativ regulär und bereiten einen langen revolutionären Krieg der Massen vor!

Denn die Diktatur wird nicht aufgrund ihrer internen Widersprüche fallen. Ein Abgrund von Blut trennt die Offiziere von den Arbeitern. Jede Illusion, die davon ausgeht, die Junta werde durch die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie fallen, oder sie werde einen friedlichen Weg einschlagen, führt uns unvermeidlich in die zweite Katastrophe. Die Diktatur muß im Kampf gestürzt werden. Die reformistischen Illusionen führten zur ersten Katastrophe. Nur wenn wir einen breiten sozialen Block bilden, unter der Führung allein der Klasse, die imstande ist, sie zu übernehmen, unter der Führung der Arbeiterklasse in den Städten und auf dem Land, und unter Anwendung aller Formen des Kampfes, vor allem aber des bewaffneten Kampfes des Volkes, wird es möglich sein, die Diktatur zu beseitigen und den Weg der Revolution zu öffnen.

Die augenblicklichen Hauptaufgaben in Chile sind die Bildung einer politischen Widerstandsfront, mit allen Kräften, die bereit sind, die Diktatur zu bekämpfen: Die Unidad Popular, der progressive Sektor der Christdemokraten und der MIR.

In der Bildung dieser Front sind wir vorangeschritten.

Der Aufbau eines breiten Blocks der sozialen Kräfte gegen die Diktatur, die schon entwickelte Bewegung des Volkswiderstands – konstituiert durch Komitees in jeder Fabrik, auf dem Land, in den Elendsvierteln, den Universitäten und den Büros – das ist der organische Ausdruck der Opposition gegen die Diktatur innerhalb des Volkes und innerhalb der Masse der einfachen Soldaten, ob sie Mitglieder politischer Parteien sind oder nicht. Mit einem Programm, das sich am Kampf für die demokratischen Freiheiten und an der Verteidigung der sozialen Interessen der Massen orientiert. Aufbauend auf dieser Widerstandsbewegung des Volkes und auf den bewaffneten Abteilungen der Parteien, die mit ihren Aktionen die unmittelbaren Interessen des Volkes verteidigen und zugleich bewaffnete Propaganda-Aktionen in den Städten und auf dem Land durchführen, wird es möglich sein, die revolutionäre Armee des Volkes aufzubauen, die einzige Macht, die imstande sein wird, die Gorilla-Offiziere und die reaktionäre Armee zu bekämpfen, die Diktatur zu stürzen und die proletarische Revolution einzuleiten. Die historische Herausforderung, die der Imperialismus, der brasilianische Sub-Imperialismus und seine Diener von uns verlangen, muß von der Arbeiterklasse, dem Volk und den chilenischen Revolutionen angenommen werden: Mit der Unterstützung der Arbeiter und der Revolutionäre in aller Welt – und mit der Aussicht auf den Sieg; so wie vor Jahrzehnten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Deutschland – mit dem Opfer ihres Lebens – diese Herausforderung angenommen haben.

Die internationale Solidarität ist bisher für den Widerstand von enormer Bedeutung gewesen. Die Haltung der meisten sozialistischen Länder, des revolutionären Cuba, der revolutionären und fortschrittlichen Bewegungen in aller Welt, besonders in Lateinamerika und in Europa, hat uns stark gemacht.

Der Abbruch diplomatischer Beziehungen mit Chile, die Reduzierung und Einstellung der finanziellen und militärischen Hilfe, die Weigerung, chilenische Frachtschiffe zu entladen, die Geldsammlungen, die Solidaritätsveranstaltungen, die Protestdemonstrationen, die Verbreitung unserer Aufrufe und Kommuniquees, die ständige Denunzierung der Verbrechen der Gorillas, sind für den chilenischen Widerstand bislang eine wichtige Hilfe gewesen! Alle diese Formen der Solidarität zu vervielfachen, die Regierung in euren Ländern unter Druck zu setzen, noch mehr Geld zu sammeln, das wird in Zukunft noch wichtiger sein.

Und vor allem: Heute eine weltweite Kampagne zu beginnen, um die Erschiessung und weitere Foltern an unserem Genossen, Mitglied der Politischen Kommission der MIR, der dreissigjährige Arzt Bautista van Schowen und die Erschiessung von Dr. Alejandro Romero zu verhindern, Mitglied unseres Zentralkomitees, der in einem Pseudoprozeß zum Tode verurteilt wurde, nur, weil er dem MIR angehört. Dies zu verhindern, ist im Augenblick von äußerster Bedeutung.

Wir sind Zeugen einer historischen Epoche. Der Epoche des Niedergangs des Imperialismus, auch wenn er sich heute noch stark zeigt. Mit dem Voranschreiten der revolutionären - und Massenbewegungen in Lateinamerika stülpt er sich wieder seinen eisernen Handschuh über und ruft nach den Wachhunden des Kapitals, den reaktionären Armeen, sucht die Völker unter das Blut und das Feuer zu werfen. Er hat vorübergehende Siege in Brasilien, Bolivien, Uruguay und Chile errungen und umlauert Argentinien. Aber heute haben es die Völker und die Revolutionäre mit einem anderen Kräfteverhältnis zu tun als früher. Das sozialistische Lager hat sich gestärkt, der Imperialismus wurde im Mittleren Orient und in Südost-Asien angegriffen oder geschlagen, das vietnamesische Volk stellt heute die Avantgarde der Weltrevolution dar, die sozialistische Republik von Cuba ist gestärkt, die Völker und die Revolutionäre haben an Erfahrungen und an Organisation gewonnen.

MIR, ERP, TUPAMAROS, ELN: EINE FRONT

Im Süden Lateinamerikas haben wir nach Jahren die revolutionäre Konsolidierung und Zusammenarbeit des EJERCITO REVOLUCIONARIO DEL PUEBLO - ERP (Revolutionäre Volksarmee), in Argentinien, des MOVIMIENTO DE LIBERACION NACIONAL von Uruguay, TUPAMAROS, des EJERCITO DE LIBERACION NACIONAL, ELN (Nationale Befreiungsarmee) und des MOVIMIENTO DE IZQUIERDA REVOLUCIONARIA – MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) in Chile erreicht. Eine Zusammenarbeit, die schon ihre Früchte trägt und die vergessenen Praktiken des proletarischen Internationalismus neu belebt. Die Gefallenen sind schon Tausende, und es werden noch mehr fallen, aber andere werden ihren Platz einnehmen und kämpfen bis zum endgültigen Sieg.

Der Kampf der Arbeiterklasse, des Volkes, der Revolutionäre in Chile, ist Teil des Kampfes aller Völker der Erde, das Joch des Imperialismus und des Kapitalismus in aller Welt abzuwerfen!

Im Namen des MOVIMIENTO DE LA IZQUIERDA REVOLUCIONARIA – MIR grüssen wir die Arbeiter und die Revolutionäre in Deutschland, der Wiege des Marxismus, grüssen wir alle Organisationen und Menschen, die für den Widerstand des chilenischen Volkes kämpfen.

VERHINDERT DIE ERSCHIESSUNG VON BAUTISTA VAN SCHOWEN UND ALEJANDRO ROMERO!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN CHILE!
SCHLUSS MIT DER FOLTER!
DER WIDERSTAND DES CHILENISCHEN VOLKES GEGEN DIE GORILLA-DIKTATUR WIRD SIEGEN! ●

Miguel Enriquez Januar 1974
Generalsekretär der MIR
Movimiento de Izquierda Revolucionaria

Forts. Chile Ermordung von Jara

verfolgen konnten, was dann gleich folgte. Sie brachten Victor zu dem Tisch und befahlen ihm, die Hände daraufzulegen. In den Händen des Offiziers („Ich habe zwei schöne Kinder und ein glückliches Zuhause", erklärte er einige Tage später der Auslandspresse) erschien plötzlich ein Beil.

Mit einem einzigen Schlag hackte er die Finger von Victors linker Hand ab und mit einem weiteren Schlag die der rechten Hand. Die Finger fielen auf den Holzfußboden, sie zuckten und bewegten sich noch, während Victors Körper schwer zusammensackte.

Die sechstausend Gefangenen brachen in einen einzigen gemeinsamen Schrei aus. Zwölftausend Augen sahen dann, wie derselbe Offizier sich über den Körper des Sängers und Künstlers Victor Jara beugte und ihn zu treten begann, wobei er brüllte: „Sing jetzt, du Votze deiner Mutter! Sing jetzt!" und dabei schlug er ihn weiter.

Keiner, der nahe dabeistand, wird jemals das Gesicht des Offiziers vergessen können, das Beil in der Hand, die ungeordneten Haare über der Stirn. Es war das Gesicht der Bestialität und des ungezügelten Hasses.

Victor empfing die Fußtritte, während aus seinen Händen das Blut triefte und sein Gesicht sich schnell violett färbte. Unvermutet richtete sich Victor mühsam auf, und ging, ohne noch etwas sehen zu können, auf die Gänge des Stadions zu. Mit taumelnden Schritten, zitternden Knien, verstümmelten Händen, nach vorn ausgestreckt wie ein Schlafwandler.



Als er zur Abgrenzung zwischen dem Parkett und den Gängen kam, gab es ein tiefes Schweigen. Und dann war seine heulende Stimme zu hören: „Los, Genossen, tun wir dem Herrn Kommandanten den Gefallen."

Er sammelte sich etwas, und dann hob er seine triefenden Hände und begann, mit beklommener Stimme die Hymne der Volkseinheit zu singen, in die alle einstimmten.

Als sich die Stimmen der Sechstausend erhoben, gab Victor mit den verstümmelten Händen den Rhythmus. In seinem Gesicht erschien ein offenes und entkrampftes Lächeln und in seinen Augen das Leuchten eines Besessenen.

Dieses Schauspiel war zu viel für die Militärs. Eine Salve knatterte und der Körper von Victor begann, nach vorn einzuknicken, als ob er vor seinen Genossen eine lange, langsame Verbeugung machte. Dann fiel er nach einer Seite um und blieb dort ausgestreckt liegen.

Weitere Salven kamen aus den Mündungen der Maschinengewehre, aber diese waren auf die Gänge gerichtet, wo die waren, die Victors Gesang begleiteten.

Es entstand ein regelrechter Zusammensturz von Leibern, die, durchlöchert von Kugeln, fielen und bis zum Parkett rollten. Die Schreie der Verwundeten waren schrecklich. Aber Victor Jara hörte sie schon nicht mehr. Er war tot." ●

EWG-Großmach
europäischen Im

5. Teil "Europäische Atomstreitmacht"

In früheren Ausgaben des ARBEITERKAMPF wurden Pläne und Ziele der Imperialisten – besonders der BRD – zur Schaffung eines „Vereinigten Europa" untersucht. (Der vierte Teil der Artikel-Folge ist in AK 32 zu finden).

Die westeuropäischen Imperialisten streben diesen Zusammenschluß an, um im Kampf um die Einflußsphären in der Welt gegenüber den USA, der Sowjetunion und auch Japan ihre Position zu stärken. Zu diesem Zweck streben sie einen engen wirtschaftlichen Zusammenschluß, eine vereinheitlichte politische Führung und eine unabhängige Atomstreitmacht an.

Für diese Pläne setzen sich gerade die BRD-Imperialisten besonders ein; sie ringen mit anderen westeuropäischen Staaten (Frankreich, Großbritannien) um den größten Einfluß (ökonomisch, politisch, militärisch) innerhalb der EG.

Der BRD-Imperialismus hat ein besonderes Interesse an der Schaffung eines „Vereinten Europa" und eines entsprechenden Militär-Apparats, weil er nur in diesem Rahmen hoffen kann, seine expansionistischen Ziele zu erreichen.

Nach dem zweiten Weltkrieg betrieb die BRD immer eine Politik, ihren Einfluß innerhalb der NATO zu stärken, um einerseits Entscheidungsgewalt über den Einsatz von Kernwaffen zu erlangen und andererseits ihre Positionen in der Konkurrenz mit Frankreich und Großbritannien zu verbessern.

So besaß die BRD schon wenige Jahre nach Gründung der Bundeswehr die zahlenmäßig stärkste konventionelle Armee Westeuropas. Die Mitverfügung über Kernwaffen aber blieb ihnen vorerst versagt.

Kampf des BRD-Imperialismus um „atomare Mitsprache"

Nach Eintritt in die NATO bemühten sich die BRD-Imperialisten zielstrebig um eine Vergrößerung ihres Einflusses innerhalb der NATO.

Eines ihrer Ziele war es, möglichst schnell über den Einsatz von Atomwaffen mitbestimmen zu können.

Ziel der USA war es andererseits, durch das Projekt einer NATO-Atommacht die s e l b s t s t ä n d i g e Entwicklung atomarer Waffen durch Großbritannien und Frankreich abzublocken und damit die Führung der USA in der NATO zu stärken. Diese Pläne des US-Imperialismus wurden alsbald vom BRD-Imperialismus aufgegriffen. BRD-Kriegsminister Strauß setzte sich schon 1959 eifrig für eine integrierte, atomar aufgerüstete NATO-Streitmacht ein, da die BRD-Imperialisten – die ja selbst keine atomaren Waffen besaßen – darin den besten Weg sahen, auf Umwegen doch noch „einen Finger ans Druckknopfl" (Strauß) zu kriegen. Dem Projekt einer „NATO-Atommacht" standen (und stehen) allerdings vorerst Widersprüche zwischen den Imperialisten entgegen: Großbritannien, und erst recht Frankreich, waren nicht bereit, ihre selbständige atomare Bewaffnung der NATO (und damit der Führung des US-Imperialismus) unterzuordnen; außerdem war – außer dem BRD-Imperialismus selbst – niemand daran interessiert, diesem äußerst aggressiven und abenteuerlichen Imperialismus auch nur ein M i tverfügungsrecht über Atomwaffen einzuräumen.

Anfang der 60iger Jahre begann die Aus- und Umrüstung der Bundeswehr mit Waffen, die sowohl „konventionell" als auch atomar bestückt werden können. Die dazu gehörigen atomaren Sprengköpfe werden jedoch ausschließlich von der US-Armee kontrolliert, die „im Ernstfall" über deren Einsatz zu entscheiden haben würde. (Daneben lagern natürlich in der BRD auch Atomwaffen, die direkt zur Ausrüstung der US-Truppen in der BRD gehören).

In einer „Denkschrift" der Bundeswehrführung vom August 1960 wurde gefordert: *„Die Soldaten der Bundeswehr haben Anspruch auf Waffen, die denen des Gegners mindestens ebenbürtig sind... Die Bundeswehr ist für die Sicherheit der Bundesrepublik mitverantwortlich. Sie kann weder auf die allgemeine Wehrpflicht noch auf die Zugehörigkeit zur NATO noch auf die atomare Bewaffnung verzichten."*

Damit wurde zum einen angestrebt, Verfügungsgewalt über die bisher von der US-Armee unter Verschluß gehaltenen Atom-Sprengköpfe zu erreichen; das zweite Ziel war es, „strategische" – d.h. weitreichende – Träger für atomare Sprengköpfe zu erhalten, um vor allem die Sowjetunion bedrohen zu können. Diese Waffen hätten als Mittel der Erpressung dienen sollen, um zunächst die „Befreiung" – d.h. Eroberung – der DDR durchzusetzen.

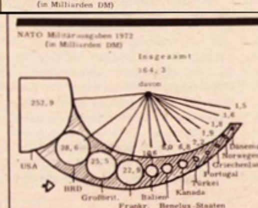
1961 trat der BRD-Imperialismus mit dem Projekt einer „Atlantischen Union" auf: die Verfügungsgewalt über Atomwaffen sollten auf die jeweiligen NATO-Abschnitte übertragen werden. In Westeuropa sollten die britische und französische Atommacht („Force de Frappe") sowie die in diesem Bereich stationierten Atomwaffen der USA zusammengefaßt werden.

Dieses Projekt hätte dem BRD-Imperialismus, entsprechend seiner politischen und militärischen Bedeutung innerhalb der NATO, ein beträchtliches „Mitsprache"-Recht gegeben. Auch dieses Projekt war aber beim damaligen Stand des Kräfteverhältnisses und der Widersprüche zum Scheitern verurteilt.

Das „MLF"-Projekt

Das massive Streben des BRD-Imperialismus nach Atomwaffen führte zur Verschärfung der Widersprüche innerhalb der NATO und zu einer gewissen Isolierung der BRD. Um dieser Entwicklung vorzubeugen und die westdeutschen Ziele dennoch durchzusetzen, versuchte der BRD-Imperialismus nun, durch vorsichtiger formulierte Teilprojekte schrittweise Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erreichen.

Auch der US-Imperialismus stand vor einigen Problemen. Er wollte auf der einen Seite die selbstständige Atom-Rüstung Großbritanniens und Frankreichs abblocken, wollte aber auf der anderen Seite selbst möglichst wenig dafür geben – was angesichts des verschobenen Kräfteverhältnisses zwischen USA und Westeuropa nicht mehr möglich war; schließlich hatten die US-Imperialisten auch das Problem, ihren nach Atomwaffen gierenden wichtigsten Partner, den BRD-Imperialismus, zu beschwichtigen, ohne diesem aber w i r k l i c h ein „Mitsprache"-Recht zu geben. Letztere Tendenz wurde noch verstärkt durch die sich zwischen US-Imperialismus und Sowjet-



revisionismus anbahnende „Entspannung".

Um den wachsenden Widersprüchen und Auseinandersetzungen innerhalb der NATO zu begegnen, schlugen die USA die Bildung einer „multilateralen" (mehrseitigen) NATO-Atommacht (MLF) vor.

Die „MLF" sollte aus etwa 25 Schiffen bestehen, die mit „Polaris"-Raketen der USA ausgerüstet sein sollten, d.h. mit Atomraketen. Diese Schiffe sollten mit NATO-Truppen der verschiedenen Staaten, also einschließlich westdeutscher Truppen, besetzt sein. Über den E i n s a t z dieser „MLF" sollte innerhalb der NATO jedoch nach dem Prinzip der Einstimmigkeit entschieden werden. Die USA hätten also ein Veto-Recht über den Einsatz der „MLF" gehabt.

Immerhin erschien dem BRD-Imperialismus die „MLF" als erster, wenn auch kleiner, Schritt zur selbstständigen Verfügung über Atomwaffen gut. Er bot sogleich an, 40% der Gesamtkosten des „MLF"-Projekts zu übernehmen, wobei er darauf spekulierte, innerhalb des Projekts einen entsprechenden politischen und militärischen Einfluß zu erhalten. Der damalige BRD-Kriegsminister Hassel (CDU) schlug außerdem vor, das Prinzip der Einstimmigkeit (und damit das Veto-Recht der USA oder einer anderen NATO-Macht) in einem späteren Stadium durch das Prinzip der Mehrheitsentscheidung abzulösen.

Die „MLF" scheiterte aber wiederum an den zwischenimperialistischen Widersprüchen. Vor allem der französische Imperialismus wollte seine selbstständigen Rüstungspläne nicht der NATO unterordnen und widersetzte sich außerdem den atomaren Plänen des BRD-Imperialismus.

Immerhin wurde dem BRD-Imperialismus als Ergebnis der Auseinandersetzung um das „MLF"-Projekt der Zutritt zu einigen NATO-Gremien eingeräumt, die über den Einsatz von Atom-Waffen entscheiden. So ist die BRD z.B. in der „Nuklearen Planungsgruppe" und im NATO-Oberkommando „SHAPE" vertreten; Luftwaffen-General Steinhoff, der schon in der Nazi-„Wehrmacht" kräftig mitmischte, ist Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, in dem militär-strategische- und Rüstungsfragen behandelt werden.

Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten

Die britische Regierung hatte sich im Nassauer Abkommen (Dezember 1962) auf eine engere Zusammenarbeit mit den USA in der atomaren Rüstung festgelegt.

Die britischen Imperialisten hatten zwar Atomwaffen, aber keine eigenen Trägerraketen dafür. Die USA sagten ihnen die Lieferung solcher Raketen zu.

Der britische Imperialismus blieb also noch relativ stark von der Zusammenarbeit mit den USA abhängig.

Während der „MLF"-Diskussion war es das Ziel des britischen Imperialismus, seine „Sonderstellung" gegenüber dem US-Imperialismus und in der NATO zu festigen und eine westdeutsche Verfügung über Atomwaffen zu verhindern. Er schlug den USA vor, eine gemeinsame US-britische Atomstreitmacht aufzubauen, bestehend aus britischen und amerikanischen Atombombern und „Pershing"-Raketen der USA.

Die 1964 zur Regierung gelangte Labour-Partei (Wilson) schlug anstelle der „MLF" eine „Atlantische Atomstreitmacht" (ANF) vor, die aus britischen und amerikanischen Atomwaffen sowie aus einem „gemischtbemannten Element in gemeinsamem Besitz der teilnehmenden Mächte, an dem sich die nichtatomaren Länder beteiligen könnten", bestehen sollte. Den entscheidenden Unterschied der „ANF" zur „MLF" (und damit die britischen Bedenken gegen die „MLF") machte der britische Kriegsminister Healey am 20. Dezember 64 in einem Rundfunkinterview deutlich: *„Die Bundesrepublik wäre in der geplanten gemischtbemannten Überwasserflotte der dominierende europäische Partner gewesen. Sie hätte einen Anteil von 40% für die Vereinigten Staaten und möglicherweise zehn Prozent für andere europäische Staaten. Unser Vorschlag für die Atlantische Atomstreitmacht geht dahin, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten die eigentlichen Kontingente stellen, und wenn noch ein gemischtbemanntes Element hinzukäme, an dem sich die Deutschen beteiligen würden, dann würde dies in der gesamten Streitmacht eine Minderheit darstellen."*

Die Vorstellungen des französischen Imperialismus gingen zunächst auf die Bildung einer von den USA unabhängigen „Europäischen Kernwaffengemeinschaft", bestehend aus Frankreich und Großbritannien. Die französische Regierung hatte Großbritannien vorgeschlagen, die Forschungserkenntnisse auf dem Gebiet der atomaren Aufrüstung auszutauschen und gemeinsam Trägerraketen für atomare Sprengköpfe zu entwikkeln. Das Nassauer Abkommen (Dez. 62) zwischen Großbritannien und den USA zeigte jedoch, daß der britische Imperialismus die Zusammenarbeit mit den USA gegenüber einer „europäischen Unabhängigkeit" an der Seite Frankreichs vorzog.

Der Plan des französischen Imperialismus war es nun, die ökonomische Stärke des westdeutschen Imperialismus für den Aufbau der französischen „Force de Frappe" dienstbar zu machen, wobei dem westdeutschen Imperialismus als Lohn eine Beteiligung an gemeinsamen atomaren Rüstungs-Projekten in Aussicht gestellt wurde.

Dieser Plan, zeitweise von Vertretern des BRD-Imperialismus stark propagiert (Strauß, Adenauer, Guttenberg) scheiterte letztendlich auch an den zwischenimperialistischen Widersprüchen. Der BRD-Imperialismus war nicht bereit, den von Frankreich geforderten Weg der „Unabhängigkeit" vom US-Imperialismus bis zur letzten Konsequenz mitzugehen. Auf der anderen Seite wollten die französischen Imperialisten zwar gern die wirtschaftlichen Möglichkeiten des BRD-Imperialismus ausnutzen, ohne ihm aber wirklich ein „Mitsprache"-Recht an der französischen Atom-Rüstung einzuräumen.

Innerhalb der NATO beanspruchte Frankreich eine „gleichberechtigte" Stellung neben den USA, d.h. der französische Imperialismus zielte gegen die Vorherrschaft des US-Imperialismus in der NATO. Als offensichtlich wurde, daß diese Forderung in der NATO nicht durchzusetzen war (u.a. auch wegen des Widerstands des BRD-Imperialismus dagegen), zog sich Frankreich weitgehend aus der NATO zurück. Im März 1966 erklärte die französische Regierung, daß alle französischen Truppen ausschließlich nationalem Oberbefehl unterstellt würden (während vorher einige Einheiten der NATO unterstellt waren), daß Frankreich aus dem NATO-Oberkommando Europa (SHAPE) ausscheiden würde und daß alle in Frankreich stationierten Kommando-Stellen der NATO abgezogen werden müßten. (Frankreich trat jedoch nicht aus der NATO aus.)

Dieser Schritt Frankreichs stärkte objektiv die Rolle des BRD-Imperialismus innerhalb der NATO.

BRD-Atompläne – aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Obwohl die BRD inzwischen dem ‚Atomwaffensperrvertrag' beigetreten ist, hat der BRD-Imperialismus es immer noch nicht aufgegeben, zu gelegener Zeit Verfügung über Atomwaffen zu erlangen, da er diese für einen entscheidenden Trumpf im sich zuspitzenden imperialistischen Ringen um die Neuverteilung der Welt ansieht.

Nachdem die „voreiligen" Versuche des BRD-Imperialismus gescheitert sind, sich über Projekte wie „MLF" etc. eine Mitverfügung über Atomwaffen zu erschleichen, setzt der BRD-Imperialismus jetzt anscheinend darauf, daß „die Zeit" – d.h. die Entwicklung der Widersprüche und die Verschiebung des zwischenimperialistischen Kräfteverhältnisses – für seine Pläne arbeiten wird.

Ein übles Doppelspiel hat dabei von Anfang an die SPD gespielt. Während Ende der 50er Jahre sich DGB- und SPD-Führer an die Spitze einer breiten Volksbewegung gegen atomare Bewaffnung der Bundeswehr und gegen Stationierung von Atomwaffen in der BRD setzten, unterstützte z.B. der (inzwischen verstorbene) führende SPD-Politiker Erler die Forderung nach einer westdeutschen „Mitbestimmung" über Atomwaffen.

Zwar hat die Regierung von „Friedenskanzler" Brandt den ‚Atomwaffensperrvertrag' unterzeichnet, aber Brandt sagte schon 1969, was davon zu halten ist: **„Wenn es eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa geben wird, so sind sie nicht gebunden durch den Nichtverbreitungsvertrag, sondern sie können eine Atommacht werden ... Die Übertragung dieses heute äußersten Zeichens der Souveränität kann politisch nur beim wirklichen Übergang zu einem europäischen Bundesstaat erfolgen und nicht an seinem Anfang und auch nicht auf seinem Wege."** (laut SPD-Pressedienst vom 31.1.69) D.h., die westdeutsche Unterschrift unter dem ‚Atomwaffensperrvertrag' ist ebensowenig wert wie die unter den „Ostverträgen" mit der Sowjetunion, VR Polen und der DDR, sowie mit der CSSR, wo die BRD-Imperialisten sich ebenfalls vorbehalten, die alten revanchistischen Forderungen später im Namen des „Vereinigten Europas" wieder anzumelden. Denn die „Vereinigten Staaten von Europa" haben ja keine „Ostverträge" unterzeichnet und sind folglich auch nicht daran gebunden – so die These der imperialistischen Politiker.

Das ist keine Politik des Friedens und der Entspannung, wie SPD und DKP scheinheilig behaupten, es ist auch keine Politik des „Verzichts", wie die CDU/CSU und NPD demagogisch sagen, sondern es ist eine Politik des „Aufgeschoben, aber nicht aufgehoben", eine Politik der Verschiebung imperialistischer Ziele auf einen günstigeren Zeitpunkt.

Der von der SPD/FDP-Regierung vertretenen „realistischen" Politik liegt die Überlegung zugrunde, daß beim g e g e b e n e n Kräfteverhältnis der BRD-Imperialismus von anderen imperialistischen Staaten keine Atomwaffen erhalten wird und daß „übereifriges" Streben nach Projekten wie „MLF" u.ä. nur Schaden angerichtet hat.

Die heutige imperialistische Strategie der BRD beruht darauf, ohne großes Geschrei (wie in der Vergangenheit) die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den USA und Westeuropa und innerhalb Westeuropas abzuwarten, wobei schließlich die ökonomische (und damit auch politische und militärische) Hegemonie in einem „Vereinigten Europa" dem BRD-Imperialismus „von allein" zuwachsen soll, und damit eben auch Verfügung über Atomwaffen.

Imperialistische Konkurrenz ist Haupthindernis beim Aufbau einer „westeuropäischen Atomstreitmacht"

Die imperialistischen Staaten Frankreich, Großbritannien und BRD sind sich trotz aller Differenzen in der Frage des Aufbaus einer gemeinsamen, von den USA unabhängigen Atommacht zumindest in zwei Punkten einig:

Langfristig ist diese Atommacht Stützpfeiler des westeuropäischen Imperialismus – unabhängig von den USA – und zweitens ist der Aufbau einer Kernwaffenmacht nur im Zuge der politischen Einigung und der Herausbildung einer einheitlichen politischen Führung zu sehen. Das Haupthindernis für die westeuropäische Integration sind die Auseinandersetzungen um die Führungsrolle innerhalb Westeuropas zwischen der BRD, Frankreich und Großbritannien. Das kommt auch in den unterschiedlichen Konzeptionen zum Ausdruck.

Voraussetzung für die Errichtung einer Atommacht ist das Vorhandensein einer „leistungsfähigen" westeuropäischen Militärindustrie und die Absicherung der Uran-Lieferung weitgehend unabhängig von der USA und der SU, am besten eigene Ausbeutung der Länder der Dritten Welt.

tpläne der perialisten

1. Die Herausbildung einer westeuropäischen Militärindustrie

Die Grundlage für den Aufbau einer Atommacht ist die selbständige Rüstungsproduktion, die Herstellung neuer Waffen, Raketen, die Anreicherung von Uran usw. Beim hoch entwickelten Stand der Kriegsproduktion (USA und SU) sind dazu gewaltige Investitionen nötig, die ein einzelnes westeuropäisches Land nicht „verkraften" kann. Die geradezu winzige „Force de Frappe" Frankreichs mit relativ wenigen Raketen macht besonders deutlich, daß ein einziges Land kaum in der Lage ist, in den Rüstungswettlauf einzusteigen. Dazu sind nur größere Konzerne und Zusammenschlüsse auf westeuropäischer Ebene fähig. Der Grad der Monopolisierung der westeuropäischen Rüstungsindustrie ist gegenüber den USA noch sehr gering, aber die westeuropäischen Imperialisten gehen die Schaffung solcher Unternehmen an, wobei sie untereinander wiederum um den größten Markteinfluß konkurrieren. In der Flugzeugindustrie gibt es schon einige westeuropäische Zusammenschlüsse, wobei meist zwei bis drei Länder enger zusammenarbeiten. Einige Beispiele:

- in der sog. „Panavia Aircraft GmbH München" entwickeln u.a. der BRD-Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm mit der „British Aircraft Corporation" und der italienischen „Aeritalia" ein Mehrkampfflugzeug für die NATO, das die Phantom-Bomber ablösen soll. Dieses Flugzeug – MRCA genannt – soll bereits 1975 serienmäßig produziert werden. Bisher haben die Kapitalisten 20 Milliarden DM in dieses Projekt investiert (oder richtiger: aus der Arbeiterklasse herausgepreßt).
- Mit der französischen Regierung schloß die Bundesregierung ein Abkommen über den Bau von „Erdkampf-Flugzeugen", dem sog. „Alpha-Jet". Weiterhin planen beide Länder den Bau eines Transportflugzeuges „Transall" und den Bau von Raketen. Eine davon, eine Boden-Luft-Rakete – die „Roland II" – soll sogar in die USA exportiert bzw. in Lizenz gebaut werden.
- Britische und französische Firmen entwickeln gemeinsam den Bau von Kampfhubschraubern. Insgesamt ist jedoch nicht zu übersehen, daß die eigenständige westeuropäische Rüstungszusammenarbeit und -Produktion weit hinter der der amerikanischen zurücksteht. Alle westeuropäischen Staaten (bis auf Frankreich) sind auf Waffenlieferungen – vor allem atomare Waffen und Raketen – aus den USA angewiesen, was gleichzeitig den noch großen Einfluß der USA auf diesem Gebiet veranschaulicht.

Der Kampf um das Uran

Die Bestrebungen der EG, sich bei fortschreitendem eigenen Gewicht mehr und mehr von den USA zu lösen, werden in der Frage der Uranversorgung besonders deutlich. So streben westeuropäische Firmen unter Koordinierung der EURATOM die Sicherung von sog. „Schürfrechten", d.h. den Abbau von Uran in Ländern der Dritten Welt an. Dazu gehören vor allem Brasilien, Nigeria, der Tschad, Angola, Mozambique, Rhodesien und Südafrika.

In den letzten Jahren diktierten die US-Kapitalisten den EG-Ländern beim Kauf von Uran die Preise, die Lieferbedingungen usw. Nur Frankreich und Italien beziehen seit einigen Jahren – und zwar wesentlich billiger – Uran aus der Sowjetunion. Nunmehr schloß auch eine Vereinigung westdeutscher Firmen unter Führung der „Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke" (RWE) einen Vertrag mit der SU ab, in dem Uranlieferungen für vier bis sechs Jahre vereinbart wurden. Die Lieferungen entsprechen ca. 20% des gesamten Uranbedarfs der EG. Bei der Anreicherung des radioaktiven Urans jedoch scheiden sich die Geister unter den westeuropäischen Kapitalisten: während Frankreich im wesentlichen Uran nach dem Gaszentrifugenverfahren herstellt, entwickeln die BRD, Großbritannien und die Niederlande das sog. Diffusionsverfahren.

Der jetzige Stand

Die europäische Atommacht steht zwar noch nicht – wegen der gegensätzlichen Interessen der Imperialisten untereinander und des relativ niedrigen Standes der politischen Einigung – unmittelbar bevor, jedoch zeichnen sich auf zwei Ebenen Entwicklungen ab, die in die angegebene Richtung zielen: zum einen betrifft das vor allem die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der gemeinsamen Rüstungsproduktion unter Mitwirkung des Staatsapparates und zum anderen die Herausbildung einer „europäischen Fraktion" innerhalb der NATO, der sogenannten EUROGROUP (Euro-Gruppe).



Modell des von der BRD, England und Italien entwickelten Kampfflugzeuges „MRCA"

Die Herausbildung der „Eurogroup"

Vor fünf Jahren gingen vor allem die BRD und Großbritannien daran, eine Art „europäische Fraktion" innerhalb der NATO zu bilden, der bisher zehn Staaten (BRD, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Italien, Norwegen und die Türkei) angehören. Die Euro-Gruppe ist ein weiterer Versuch der Kapitalisten, die eigenständige Entwicklung auf militärischem Gebiet zu forcieren, vor allem Frankreich in dieses Gremium einzubeziehen und es überhaupt wieder stärker für die „gemeinsame europäische Verteidigung" zu interessieren. Es wäre eine Überschätzung der Rolle der Euro-Gruppe, in ihr schon das politisch-militärische Organ einer späteren Atommacht zu sehen. Vielmehr dient dieses Gremium dazu, eine größere Arbeitsteilung und Koordination der Rüstung, eine Standardisierung der Waffensysteme und der Ausbildung der Soldaten unter den westeuropäischen Staaten vorzunehmen. Die Euro-Gruppe soll erst einen gewissen Beitrag zu einer späteren politisch-militärischen Einigung schaffen, wie das die westdeutschen Militaristen selber schreiben:

„Es besteht zwar kein Zweifel darüber . . ., daß eine militärische Integration nicht vor einer politischen Einigung und diese wiederum nicht vor einer wirtschaftlichen erfolgen kann. Doch müssen die militärischen Dinge programmatisch Schritt für Schritt vorgehend soweit koordiniert sein, daß bei Zustandekommen einer politischen Einigung die volle militärische Kooperation erfolgen kann. Für dieses Fernziel können in der Euro-Gruppe in fortschreitendem Maße die Voraussetzungen geschaffen werden". („Truppenpraxis", 5/72)

Wie eingangs schon erwähnt, bezwecken die westdeutschen und britischen Imperialisten die Einbeziehung Frankreichs in die Euro-Gruppe. Die Aussichten dafür sind z.Zt. noch schlecht, da unterschiedliche Konzeptionen der Imperialisten bestehen. Die westdeutschen und britischen Imperialisten bevorzugen die Herausbildung einer europäischen Atommacht „innerhalb des atlantischen Bündnisses" – also innerhalb der NATO.

F.J. Strauß sagte auf einer wehrpolitischen Tagung der CSU dazu: *„Die atlantische Allianz müsse so reorganisiert werden, daß sich zwei vergleichbare Partner gegenüberstehen und nicht eine Großmacht (USA) und ein Haufen großmäuliger Zwerge (EG). Bei der Reorganisation der atlantischen Allianz müsse ein amerikanischer Pfeiler und ein europäischer Pfeiler mit militärischer amerikanischer Präsenz in Europa herauskommen, wobei in Europa die Europäer das Sagen haben sollten".* (Nach „FR" vom 26.11.73)

Diese Konzeptionen, die von den britischen Imperialisten unterstützt werden, widersprechen den Vorstellungen der französischen Imperialisten, die darum auch nicht in der Euro-Gruppe usw. mitarbeiten.

Frankreichs Konzeptionen laufen darauf hinaus, eine von den USA unabhängige europäische Atomstreitmacht außerhalb der NATO zu entwickeln. So schlug der Außenminister Frankreichs, Jobert, auf einer WEU-Tagung die Bildung eines „Europäischen Atomkomitees" vor, in dem „auch den nicht-atomaren Staaten der WEU Einblick in die strategischen Planungen der WEU-Atommächte (England, Frankreich) verschafft" werden soll. (Nach „FR", 23.11.73)

(WEU = Westeuropäische Union, ein 1954 gegründeter Zusammenschluß der westeuropäischen Imperialisten mit vorwiegend militärischen Aufgaben.)

Als Voraussetzung eines „europäischen Atompools", der Verschmelzung der britischen und französischen Kernwaffenpotentiale, fordert Frankreich von den Briten eine unabhängigere Politik gegenüber den USA. Der Vorschlag Frankreichs zur Bildung eines „europäischen Atomkomitees" wurde von allen anderen WEU-Mitgliedern akzeptiert, dennoch verfolgt die BRD vorerst den „atlantischen Kurs" weiter, da sie noch einen zu großen militärpolitischen Einfluß Frankreichs befürchtet.

Verwirklichung aggressiver Politik – unter dem Deckmantel der „Entspannung"

Schon immer haben die Imperialisten versucht, ihre aggressiven und expansiven Zielsetzungen vor der Arbeiterklasse zu verschleiern. Es ist pure Heuchelei, wenn die Imperialisten von „Entspannung in Europa" sprechen und auf einer „Sicherheitskonferenz" von „Gewaltverzicht" u.a. reden.

Ebenso verhält es sich mit der sogenannten „Konferenz über Truppenreduzierungen in Europa" (MFR), wo die Imperialisten versuchen, Zugeständnisse hinsichtlich des Abzugs sowjetischer Truppen aus den RgW-Ländern zu erreichen. Im Hinterstübchen jedoch nehmen sie die weitere Aufrüstung, die Schaffung einer „europäischen Atomstreitmacht" im Rahmen der politischen Einigung vor – und werden sich von diesem Ziel nicht durch Verhandlungen abbringen lassen. Man streut der Arbeiterklasse Sand in die Augen, wenn – wie die Revisionisten es tun – das Geschwätz von „kollektiver Sicherheit in Europa", „dauerhaften Frieden" usw. angepriesen wird. Nur das Aufzeigen der wahren Ziele und Absichten der Imperialisten wird der Arbeiterklasse von Nutzen sein. ■

EG-Kommission und Militarismus-Kommission des KB/Gruppe Hamburg und AK-Redaktion

Forts. Äthiopien

Menschen sind in der Industrie beschäftigt (bei etwa 25 Mio. Einwohnern), vorwiegend in der Textilindustrie. Äthiopien hat eines der niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt, was allerdings nicht verhindert, daß sich das Privatvermögen des Kaisers auf über 500 Mio. Dollar beläuft. 95 % der Bevölkerung sind Analphabeten. Dafür unterhält Äthiopien aber eine der stärksten Armeen Afrikas. Ein Drittel der US-„Hilfe" für Afrika geht an Äthiopien; die USA haben dafür dort einen Militär-Stützpunkt. Auch mit dem Zionismus hat Äthiopien lange Zeit eng und offen zusammengearbeitet; in letzter Zeit jedoch weniger offen, da die äthiopische Regierung ehrgeizig danach strebt, in Afrika eine führende Rolle zu spielen – allzu herzliche Beziehungen zu Israel wären dabei kompromittierend.

In Äthiopien gibt es keine freien Wahlen, keine gewerkschaftlichen Rechte. Streiks sind verboten und gewerkschaftliche Streikkassen gibt es nicht. Die politische Opposition, deren wichtigster Stützpunkt bisher die junge Intelligenz war (Studenten, Lehrer), wird unterdrückt. Außerdem führt die äthiopische Regierung einen kolonialen Unterdrückungskrieg gegen das Volk von Eritrea (Nordost-Äthiopien), wo seit 12 Jahren die Befreiungsfront von Eritrea einen Guerilla-Krieg führt und seit 1970 „Kriegsrecht" herrscht.

Feudalherrschaft und Imperialismus, vor allem der der USA, sind die größten Hindernisse für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt Äthiopiens.

Bereits im Februar gab es in der Hauptstadt Addis Abeba Demonstrationen u. a. von Taxifahrern und Lehrern gegen die Teuerung, für besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Die Regierung ließ auf die Demonstranten schießen, wobei nach offiziellem Eingeständnis mindestens zehn Menschen getötet wurden (wahrscheinlich aber weit mehr); hunderte wurden verhaftet.

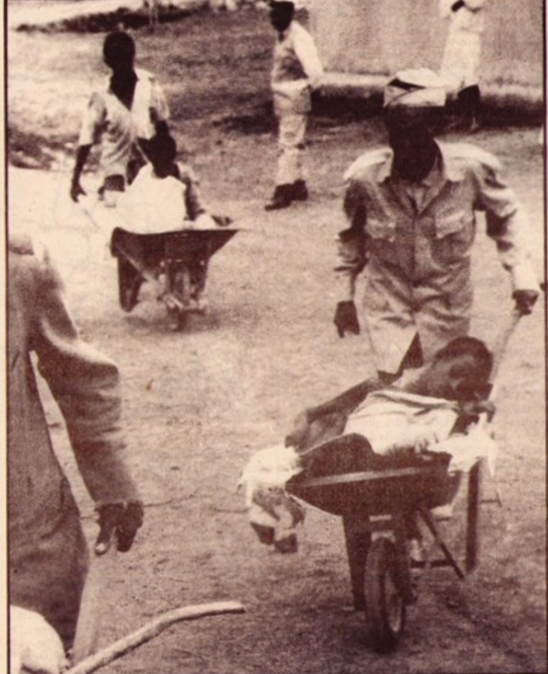
Um sich in dieser Situation wenigstens die Loyalität der Polizei und Armee zu sichern, versprach die Regierung diesen eine Solderhöhung um ca. 25 % (ab 10. März). Dieses Zugeständnis kam jedoch zu spät und unzureichend, um die Unruhe in der Armee noch auflösen zu können.

Ende Februar revoltierten die Soldaten von Asmara, zweitgrößte Stadt des Landes. Diese Truppen sind für die Erhaltung der Feudalherrschaft besonders wichtig, denn Asmara ist die Hauptstadt des schon immer „unruhigen" Eritrea. Die Rebellion der Soldaten von Asmara dehnte sich rasch auf andere Teile der Armee aus. Addis Abeba selbst wurde von revoltierenden Truppen kontrolliert.

In dieser Situation wurde den Soldaten eine Solderhöhung um weitere 12 % zugestanden. Außerdem wurde eine neue Regierung gebildet, d. h. die „regierenden" Marionetten der Feudalherrscher wurden ausgewechselt.

Nach diesem „Zugeständnis" demonstrierten am 1. März und in den folgenden Tagen die Volksmassen in den Straßen von Addis Abeba. Ihre

▶▶



Äthiopien: Fast verhungerte Menschen werden weggekarrt. Die Feudalherren halten das Land in wirtschaftlicher Rückständigkeit und Armut. 100.000 Menschen sollen allein im letzten Jahr verhungert sein.

Forts. Fasch. Terror in Spanien

9. Januar: Vor einem Militärgericht werden drei Mitglieder der „Iberischen Befreiungsbewegung" verurteilt: Der eine, bereits erwähnte, Salvador Puig Antich zum Tode, weil er angeblich nach einem Banküberfall einen Polizisten niedergeschossen hatte. Sein Verteidiger erklärte jedoch, daß dies in einem Handgemenge mit fünf Polizisten, die alle ihre Pistolen gezogen hatten, geschehen sein muß. Außerdem war Puig zuvor von einem Polizisten mit dem Gewehrkolben schon zu Boden geschlagen worden ...!

Der 17-jährige Student José Luis Pons wurde zu 30 Jahren Gefängnis wegen Beteiligung an einem Banküberfall verurteilt. Sein Verteidiger hatte Freispruch beantragt, weil die Angestellten der Bank ihn nicht mit Sicherheit identifiziert hatten. Auch für die 17-jährige Freundin von Pons, die beim Überfall nach der Polizei Ausschau gehalten haben soll, hatte die Verteidigung Freispruch beantragt. Sie bestritt ihre Beteiligung. Sie wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

In Barcelona demonstrierten schon am folgenden Tag 600 Menschen gegen das Todesurteil. Die Polizei zerschlug die Demonstration in üblicher Manier.

18. Januar: Das Amt des Zivilgouverneurs in der nordspanischen Stadt Bilbao bestrafte einen katholischen Priester wegen einer Predigt über die Grundrechte der arbeitenden Menschen mit einer Geldstrafe von 150.000 Peseten (7.000 DM). Der Pater Felix Vergara hatte diese Predigt am 15. Dezember 73 wegen des bevorstehenden Prozesses gegen zehn Arbeiterführer gehalten, die wegen ihres Kampfes für freie Gewerkschaften angeklagt waren. Derselbe Priester war schon einmal im Dezember zu 100.000 Peseten verdonnert worden, weil er über den Hungerstreik von sechs anderen baskischen Priestern im Gefängnis von Zamora gepredigt hatte.

Das Gefängnis von Zamora ist ein Sondergefängnis für Priester, die der Beteiligung an der spanischen Opposition für „schuldig" befunden werden. Das Sondergefängnis von Zamora hat besonders schlimme Haftbedingungen und die oben genannten Priester wollten mit ihrem Hungerstreik gegen diese Bedingungen protestieren und ihre Verlegung in ein „normales" Gefängnis bewirken.

Gerade im Baskenland (Nordspanien) gibt es bei den einfachen Priestern eine bedeutende sozialkritische Strömung, die mit ihren Spitzen bis in den bewaffneten Widerstand reicht.

(Übrigens erhält ein Priester vom spanischen Staat monatlich nur 200 DM, so daß die Geldstrafen von ihnen meist nicht aufzubringen sind und sie stattdessen ins Gefängnis müssen.)

19./20. Januar: In Valladolid wurden 27 Studenten unter der Anklage festgenommen, Mitglieder der Kommunistischen Partei Spaniens oder anderer politischer Gruppen zu sein. Beim Polizei„verhör" stürzt der Student Cancho Beltrán aus einem Fenster des Kommissariats und fällt zwölf Meter tief. Er wurde schwer verletzt. Nach Darstellung der Polizei hat sich der Genosse selbst aus dem Fenster gestürzt. Falls das wahr ist, wirft das ein bezeichnendes Licht auf die brutalen Verhörmethoden. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß diese Schlächtergesellen den Genossen selber aus dem Fenster gestoßen haben, was auch eine übliche und beliebte internationale Methode faschistischer Bullen ist. Im Fall des Genossen Pinelli aus Italien, der ebenfalls bei einem polizeilichen Verhör aus dem Fenster „fiel" und starb, hat sich inzwischen mit allergrößter Wahrscheinlichkeit erwiesen, daß er schon vor dem Fenstersturz von den Polizisten lebensgefährlich verletzt worden war oder gar schon tot war!

Am selben Tag wurden in Zaragoza zehn weitere Studenten verhaftet und in Santiago de Compostela vier Ärzte eines psychiatrischen Krankenhauses.

Als die Studenten der Universität von Valladolid gegen die Verhaftungen protestierten, wurde die Universität von dem rechtsextremen Rektor kurzerhand geschlossen.

22. Januar: In Bilbao wurden 14 Menschen verhaftet, weil sie angeblich einer kommunistischen Gruppe angehörten und antifaschistische Demonstrationen organisiert hätten.

31. Januar: Etwa 11.000 Metallarbeiter der beiden Werke der Standard Electric in Madrid protestieren mit einem Sitzstreik gegen einen gerade ausgehandelten Tarifvertrag, weil er die hohen Teuerungen von über 15% nicht ausglich. Die Arbeiter wurden durch einen massiven Polizeieinsatz aus dem Betrieb vertrieben und ausgesperrt. 28 Kollegen wurden als Streikführer entlassen. Aus Solidarität mit den entlassenen Kollegen kehrten die anderen nicht an ihre Arbeitsplätze zurück, auch als die Werksleitung die Aussperrung beendete. Die Werksleitung nahm die Entlassungen inzwischen zurück.

Der Streik bei Standard Electric steht für viele andere Streiks, die in den letzten Monaten von spanischen Arbeitern durchgeführt wurden. Dabei muß man wissen, daß den spanischen Kollegen das Streiken grundsätzlich verboten ist und in den meisten Fällen sofort starke Polizeieinheiten die Streikenden angreifen. Trotz dieser Unterdrückungsmaßnahmen kam es in den letzten Monaten wegen der neuen Tarifverträge, die von den faschistischen nationalen Syndikaten ausgehandelt wurden, zu einer neuen Streikwelle. (Wir wollen an dieser Stelle auf die spanische Arbeiterbewegung nicht näher eingehen und werden das in einem der folgenden AK's nachholen).

8. Februar: Die Gefängnisse sind so überfüllt, daß kein Platz mehr für die inzwischen weit über hundert verhafteten Mitglieder der Arbeiterkommissionen, kommunistischer und anarchistischer Gruppen ist. Deshalb werden etwa 150 der 260 wegen Kriegsdienstverweigerung Verurteilten freigelassen. Jeder Kriegsdienstverweigerer wird in Spanien zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Sie müssen aber schon drei Jahre abgesessen haben. Manche sitzen bis zu elf Jahren! Auch nach ihrer Freilassung sind diese Menschen Freiwild, weil ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit abgesprochen werden.

15. Februar: Das Sondergericht für öffentliche Ordnung in Madrid verurteilt sechs baskische Studenten wegen „illegaler Vereinigung" (sie sollen Mitglieder der baskischen Widerstandsorganisation E.T.A. sein) und wegen illegaler Propaganda zu Gefängnisstrafen zwischen zwei und zwanzig (!) Jahren.

26. Februar: Die spanische Polizei nimmt mehr als 30 angebliche Kommunisten in Andalusien (Südspanien) fest. Nach Polizeiangaben soll es sich um Führer der Arbeiterkommissionen, des Arbeiter-Gewerkschaftsbundes und einer „spanischen marxistisch-leninistischen Organisation" handeln. Sie sollen an der Organisierung von Streiks beteiligt gewesen sein.

28. Februar: Der Bischof von Bilbao, Antonio Anoveros und sein Generalvikar werden von den spanischen Behörden unter Hausarrest gestellt. Später werden sie zum Verlassen des Landes aufgefordert, weil der spanische Staat aufsehenerregende Auseinandersetzungen mit der Kirche vermeiden will. Der Grund für die Maßnahme: der Bischof hatte eine Predigt für die Gemeinden des Baskenlandes ausgearbeitet, in der für die Basken sowie für die anderen Völker Spaniens (gemeint sind wohl die Katalanen und Galizier) ein Recht auf kulturelle Eigenständigkeit und Entwicklung des geistigen Lebens gefordert sowie eine politisch-soziale Ordnung für das Land verlangt wird, in dem die Freiheit des baskischen Volkes anerkannt wird.

3. März: Der spanische Revolutionär Salvador Puig Antich in Barcelona wird hingerichtet. Am gleichen Tag wird der Pole Heinz Chez in Tarragona ebenfalls durch die Garotte hingerichtet. Er soll einen Campingplatz ausgeraubt und einen Polizisten erschossen haben. Aus Protest gegen diese Ermordungen demonstrierten in Rom mehrere tausend Menschen und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Es wurden Molotow-Cocktails gegen die spanische Botschaft gefeuert. In Brüssel landete ein Cocktail an einem spanischen Reisebüro.

Auch in Spanien kam es zu Demonstrationen in mehreren Städten. In einer Krankenkasse in Barcelona machten rund 80 Angestellte einen Sitzstreik aus Protest gegen die Hinrichtungen. ●

Forts. Äthiopien

Forderungen: Landverteilung (die Bauern sollen Besitzer des Bodens werden, den sie bearbeiten, statt für die Feudalherren zu schuften), kostenloser Unterricht, Preiskontrolle, Pressefreiheit, gewerkschaftliche Rechte, Organisations- und Versammlungsfreiheit, z. T. auch Absetzung der neugebildeten Regierung.

Am 6. März sah sich die Regierung genötigt, einige Versprechungen zu machen: Es werde eine neue Verfassung geben, die Bürgerrechte würden garantiert werden, die Bodenschätze des Landes würden vor imperialistischer Ausplünderung geschützt werden.

Da mit diesen Versprechungen die Forderungen der Demonstrationen nicht erfüllt waren, riefen die Gewerkschaften zum Generalstreik auf. Gestreikt wurde vor allem auf den Flugplätzen, bei der Eisenbahn und den städtischen Verkehrsmitteln, in der Erdöl-Raffinerie von Assab (die einzige des Landes). Der Streik machte aber auch deutlich, daß die Klassenkämpfe in Äthiopien erst am Anfang stehen, die zahlenmäßig ohnehin schwache Arbeiterklasse des Landes sich erst ihrer Kampfkraft bewußt wird und um bessere Ausgangsbedingungen für künftige Klassenkämpfe ringt.

Noch gelang es den Ausbeuter-Klassen offenbar, die Arbeiter zu spalten, da sich wegen des Fehlens von Streikkassen gerade die am meisten verelendeten Arbeiter nicht am Streik beteiligten und teilweise sogar gegen den Streik Stellung nahmen. Auch die Taxifahrer, die im Februar eine wichtige Rolle in den Volkskämpfen gespielt hatten, nahmen am Generalstreik nicht teil, da ihre Hauptforderung (Senkung des Benzinpreises) inzwischen erfüllt worden war.

Andererseits beteiligten sich auch zahlreiche Händler und Kaufleute am Generalstreik, indem sie ihre Geschäfte geschlossen hielten.

Am zweiten Tag des Generalstreiks wurde ein Abkommen zwischen Regierung und Gewerkschaftsführung geschlossen, das einen Tages-Mindestlohn von 3 äthiopischen Dollar (ca. 4,50 DM) garantiert und eine Änderung des Arbeitsrechts verspricht. Dieses Abkommen erfüllte die Forderungen des Generalstreiks im Wesentlichen nicht.

So setzten noch an den folgenden Tagen die kampfstärksten Teile der Arbeiterklasse den Generalstreik fort. Selbst in Teilen der Gewerkschaftsführung gab es Widerspruch gegen das Abkommen. ●

Die italienische Zeitschrift „l'Europeo" führte ein Interview mit dem äthiopischen Kaiser Haile Selassie, das interessante Aufschlüsse über die geistige Verfassung dieses feudalistischen Potentaten gibt. Wir veröffentlichen hier einen Auszug daraus. (nach „Extradienst" Westberlin)

In Äthiopien herrscht eine durch jahrelange Dürre verursachte Hungersnot, die bisher rund 100 000 Tote forderte. Der Kaiser von Äthiopien, Haile Selassie, gehört zu den reichsten Männern der Welt; seine Vorräte an Edelsteinen und Goldbarren haben einen Schätzwert von 500 Millionen Dollar. 95% der Bevölkerung hingegen sind Analphabeten, 40% leiden an Syphilis, 30% an Lepra, 50% an chronischer Bindehautentzündung. Brot ist für die Masse der Äthiopier ein Nahrungsmittel, das einen Stellenwert wie Kaviar für Mitteleuropäer hat. Fleisch wird im Land im allgemeinen an drei höchsten Feiertagen im Jahr gegessen – sonst nicht. Äthiopien hat das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen der Welt.

Warum sich hieran nichts ändern kann, ehe der Kaiser und sein korrupt-feudales System mit Gewalt beseitigt sind, zeigen Auszüge aus einem Interview, das die bekannte italienische Journalistin Oriana Fallaci mit dem Kaiser führte. Es wurde in der römischen Zeitschrift „L'Europeo" veröffentlicht.

GOTT STRAFT DIE FAULEN !

Oriana Fallaci im Gespräch mit Kaiser Haile Selassie

FRAGE: Es gibt eine Frage, Majestät, die mich bewegt, seitdem ich die Armen hinter Ihnen herlaufen sah, die sich um einen Dollar schlugen. Was fühlen Sie, wenn Sie Almosen an Ihr Volk verteilen? Was fühlen Sie angesichts seiner Armut?

SELASSIE: Arme und Reiche hat es immer gegeben, und wird es immer geben. Warum? Weil es Leute gibt, die arbeiten und andere, die nicht arbeiten, Leute, die verdienen wollen, und solche, die lieber nichts tun. Wer arbeitet, wer arbeiten will, der ist nicht arm. Es ist doch so, daß uns der Herr, unser Schöpfer, alle gleich in die Welt gesetzt hat, daß man bei der Geburt weder arm noch reich ist — nur nackt. Später dann wird man reich oder arm, je nach Verdienst. Wir wissen, daß Geld verteilen nicht hilft, denn es gibt nur ein einziges Mittel, um dem Elend abzuhelfen: arbeiten!

FRAGE: Majestät, ich möchte mich vergewissern, ob ich richtig verstanden habe: Sie meinen, daß derjenige, der arm ist, es verdient, arm zu sein?

SELASSIE: Wir haben gesagt, daß derjenige arm ist, der nicht arbeitet, der keine Lust dazu hat. Wir haben gesagt, daß Wohlstand mit Arbeit verdient werden muß, daß, wer nicht arbeitet, auch nichts zu essen hat. Wir fügen hinzu, daß die Fähigkeit,



seinen Lebensunterhalt zu verdienen, vom Individuum abhängt: Jeder einzelne ist für sein Unglück, sein Schicksal verantwortlich. Es ist falsch, darauf zu warten, daß Hilfe von oben kommt — wie ein Geschenk: man muß sich Reichtum — verdienen! Arbeit ist eines der Gebote unseres Herrn und Schöpfers!

FRAGE: Majestät, was halten Sie von der unzufriedenen Jugend, von den Studenten, die sich an den Universitäten regen?

SELASSIE: Ach, die Jugend! Man kann ihr ungezogenes Verhalten nicht ändern. Die Jugendlichen wissen nicht, was sie wollen, sie können es nicht wissen, denn ihnen fehlen Erfahrung und Weisheit. Es ist Aufgabe des Staatsoberhauptes, ihnen den richtigen Weg zu weisen und sie zu bestrafen, wenn sie gegen die Autorität rebellieren. Aber nicht alle Jugendlichen sind böse, und nur die unverbesserlichen Übeltäter müssen mitleidlos bestraft werden. Die anderen müssen zur Einsicht gebracht und dann dazu bewegt werden, ihrem Land zu dienen.

FRAGE: Sie unter Umständen mit dem Tode bestrafen?

SELASSIE: Man muß die Dinge richtig prüfen und dann stellt sich heraus, daß die Todesstrafe eine gerechte Strafe ist. Warum? Weil es im Interesse des Volkes ist. Wir haben viele Dinge abgeschafft, auch die Sklaverei. Die Todesstrafe aber nicht. Damit würden Wir auf Strafe verzichten, für denjenigen, der es wagt, die Autorität anzuzweifeln.

FRAGE: Majestät, haben Sie niemals Ihr Schicksal, König zu sein, bedauert? Haben Sie nie davon geträumt, wie ein normaler Mensch zu leben?

SELASSIE: Wir verstehen ihre Frage nicht. Wir haben Unser Schicksal niemals bedauert oder verflucht, auch nicht in den härtesten und schmerzlichsten Augenblikken. Warum hätten Wir es auch tun sollen? Wir sind von königlichem Geblüt, die Herrschaft gebührt Uns, weil der Herr unser Schöpfer gemeint hat, daß Wir dem Volk dienen können wie ein Vater seinem Kind. König zu sein ist eine Freude für Uns. Dafür sind Wir geboren, dafür haben Wir gelebt.

FRAGE: Majestät, Ihnen gehört Äthiopien, und Sie sorgen für das Land, halten es zusammen. Was wird passieren, wenn Sie nicht mehr da sind?

SELASSIE: Wie, was? Wir verstehen diese Frage nicht.

FRAGE: Nach Ihrem Tod, Majestät.

SELASSIE: Äthiopien existiert seit 3 000 Jahren, ja, seit dem Tag, an dem der Mensch erschaffen wurde. Meine Dynastie herrscht, seit die Königin von Saba König Salomon traf. Aus dieser Verbindung wurde ein Sohn geboren. Damit entstand eine Dynastie, die Jahrhunderte herrschte und noch Jahrhunderte herrschen wird. Ein König ist austauschbar, und meine Thronfolge ist gesichert. Es gibt einen Kronprinzen, und er wird nach Uns herrschen. So haben Wir es beschlossen und so wird es sein.

Italien:

Polizei ließ Faschisten laufen

Im ARBEITERKAMPF Nr. 23 (November 1972) berichteten wir über die Verhaftung eines Faschistenkommandos Nardi/Stefano/Kiess an der italienischen Grenze. Die drei hatten größere Mengen Sprengstoff bei sich und es erhärteten sich schnell die Anzeichen dafür, daß es sich um die Verantwortlichen der Erschießung des Mailänder Polizeikommissars Calabresi handelte. Calabresi hatte sich als Anarchistenjäger ein Lob bei den Kapitalisten und den Haß aller Antifaschisten verdient.

Er war mit der Untersuchung in „Fällen" Valpreda und Feltrinelli beauftragt, hatte die tatsächlichen Verantwortlichen des Mailänder Blutbads (die Faschisten) gedeckt und



Erschossener Anarchistenjäger Calabresi

wurde von der Linken auch direkt für die Ermordung des Anarchisten Pinelli angeklagt (Pinelli wurde bei einem Verhör aus dem Fenster des Mailänder Polizeipräsidiums gestürzt). Als Calabresi am 16. Mai 1972 auf der Straße erschossen wurde, bellte die bürgerliche Presse natürlich gleich von einem „Racheakt der Linken".

Tatsächlich wurden aber schon kurz darauf Hinweise sichtbar, daß es sich hier (wie schon häufiger) darum handelte, daß Calabresi von seinesgleichen ausgeschaltet wurde, weil sich der antifaschistische Protest u.a. immer mehr auf seine Person zuspitzte und er damit für die Bourgeoisie langsam zu einem „unsicheren Faktor" wurde, an dem sich die Komplizenschaft zwischen dem Staatsapparat und den faschistischen Gruppen zunehmend entlarvte. Mit der Verhaftung des Faschistenkommandos Nardi/Stefano/Kiess im September 1972 zogen sich diese Hinweise dann zusammen:

Gianni Nardi, einer der drei Faschisten und ebenso wie Stefano als Schläger und Attentäter bei früheren Gelegenheiten bekannt, paßte sehr genau auf die Beschreibung von Augenzeugen der Erschießung Calabresis. Desweiteren trug Nardi auch eine Pistole gleichen Fabrikats bei sich, wie sie zur Erschießung Calabresis benutzt wurde. Alles in allem also Anlaß genug, die Hintergründe weiter aufzuklären.

Im ARBEITERKAMPF Nr. 36 (November 1973), also rund ein Jahr nach der Verhaftung der drei Faschisten, schrieben wir in einem Artikel über die Entdeckung der Mord- und Putschpläne von Ortonovo, daß schon lange nichts mehr die Ermittlungen gegen das Faschistenkommando Nardi/Stefano/Kiess zu hören war. Nun: jetzt gibt es etwas Neues. Die „Welt" meldete am 6. März, daß der Haftbefehl gegen die drei wegen des „Verdachts" der Erschießung von Calabresi erlassen wurde. Wieso Haftbefehl? Die drei wurden doch bereits vor anderthalb Jahren verhaftet? ! Die Sache ist einfach: Sie sind flüchtig. Nicht etwa, weil sie aus dem Gefängnis ausgebrochen wären, sondern sie wurden bereits vor längerem (offensichtlich hat kaum eine oder gar keine bürgerliche Zeitung darüber berichtet) von der Polizei und Justiz f r e i g e l a s s e n ! Und jetzt sind sie „nicht zu finden".

Ein fein säuberlich abgekartetes Spiel: Natürlich „will" die Justiz den „Fall Calabresi" untersuchen und die Verantwortlichen dafür zur Verantwortung ziehen – aber was soll man denn machen, wenn die Leute „flüchtig" sind? ! Da hat man mal wieder die antifaschistische Maske, ohne daß es etwas kostet, und „glücklicherweise" gerade zu einer Zeit, wo die Justiz sie auch wegen der neuerlichen Enthüllungen im Zusammenhang mit den Putschplänen von Ortonovo und den Enthüllungen über die „Rosa dei venti" (siehe AK 36 und 39) sehr nötig hat. Das von der Justiz und Polizei gelenkte „Schicksal" steht eben nicht im günstigen Sternbild der Arbeiterklasse. ●

Italien: E finita la tregua sociale- Der soziale Frieden ist vorbei!

Streiks und Demonstrationen im Februar, gipfelnd vorerst im Generalstreik vom 27. Februar, drücken die Verschärfung der Klassenkämpfe in Italien, eine neue Mobilisierung der Arbeiterklasse, der werktätigen Landbevölkerung, der Arbeitslosen und anderer Teile des Volkes aus. Der Kampf richtet sich gegen die Teuerung, für menschenwürdige Wohnungen und Verteidigung des Lebensstandards, für die Verbesserung der Lage der Rentner, gegen den Versuch der Bourgeoisie, ihre Krise auf das arbeitende Volk abzuwälzen.

Korrektur zum Italien-Artikel im letzten ARBEITERKAMPF

In dem Artikel „Neues faschistisches Blutbad durch Zufall verhindert" im letzten AK sind zwei Zahlenangaben falsch, was bereits ein Manuskriptfehler war: Die italienische Presse hatte behauptet, daß die Erdölkonzerne 200 DM (statt den genannten 300 DM) pro Tonne Rohöl an die Förderländer zahlen müßten – und tatsächlich weisen die bekanntgewordenen Bilanzen nur 160 DM (statt den im AK genannten 260 DM) aus. Der Betrug der Konzerne und der Presse ist bei diesen nun richtig genannten Zahlen verhältnismäßig noch höher: die Bevölkerung wurde mit 25% nicht vorhandenen Mehrkosten der Konzerne beschwindelt.

Alles verspielt — und fast nichts verloren

Eine unvorstellbare Pechsträhne hatte der römische Bauunternehmer **Gaetano Caltagirone** im Spielcasino von Monte Carlo: Er verlor in einer einzigen Nacht 5,7 Millionen Mark. Caltagirone kann's verschmerzen: Er ist in Italien der Reichste seiner Branche.

Caltagirone, einer der größten italienischen Bau-Kapitalisten, verjubelte Anfang März in wenigen Stunden 5,7 Mio. Mark am Spieltisch, während in derselben Nacht in Rom Dutzende besetzter Wohnungen von der Polizei geräumt wurden. In der Öffentlichkeit läßt sich Caltagirone gern mit Wehgeschrei über die „Notlage der italienischen Bauwirtschaft" und die „kriminellen Hausbesetzungen" hören.

Die Situation im zweiten Halbjahr 73 war durch die „tregua sociale", den „sozialen Waffenstillstand' zwischen Staat und Gewerkschaften gekennzeichnet. Wesentlichste Bedingung der „tregua sociale" war der Rücktritt der extrem arbeiterfeindlichen „Mitte-Rechts"-Regierung Andreotti im Mai 73, deren Sturz in zahlreichen Volkskämpfen gefordert worden war. Die neu gebildete „Mitte-Links"-Regierung Rumor hatte im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin die Unterstützung der Sozialistischen Partei (PSI). Die revisionistische Partei (PCI) versprach eine „opposizione diversa", d. h. „andere Opposition" (verglichen mit der Opposition gegen die Andreotti-Regierung). In der „opposizione diversa" drückt sich schon das Angebot einer „konstruktiven Zusammenarbeit" mit der christdemokratischen Partei (DC) aus, das nach dem faschistischen Putsch in Chile (der von den dortigen Christdemokraten unterstützt wurde!) in der Parole des „compromesso storico", „historischer Kompromiß" (zwischen PCI und DC) gipfelte.

Die Regierung Rumor verkündete im Juli 73 als demagogische Maßnahme einen 90-tägigen Preisstop für 21 Grundnahrungsmittel und einen Stop für Mieterhöhungen bis Ende Januar 74. Die Gewerkschaftsführer riefen ihrerseits die Arbeiter zu „Verantwortungsgefühl" und Erhöhung der Produktivität auf.

Diese Situation der „tregua sociale" hielt jedoch der Verschärfung der Widersprüche nicht stand. Die

Diese Situation der „tregua sociale" hielt jedoch der Verschärfung der Widersprüche nicht stand. Die

Klassenkämpfe spitzten sich zu, als im Herbst/Winter 73 die Bourgeoisie unter dem Vorwand der „Ölkrise" einen neuen Angriff auf das arbeitende Volk unternahm, und im Januar 74 gar eine Erhöhung der Lebensmittelpreise für Öl, Butter, Brot, pasta (Nudeln etc.), Wein, Käse, Milch, Margarine, Schweinefleisch u. a. um 20 % und mehr von der zuständigen staatlichen Institution genehmigt wurde, zusätzlich erheblicher Teuerung und Rationierung bei Benzin u. a. Erdöl-Produkten.

Die linken Organisationen, vor allem „Avanguardia Operaia" und „Lotta Continua", hatten schon im Herbst die Parole ausgegeben, „den sozialen Waffenstillstand zu brechen" und einen nationalen Generalstreik durchzuführen.

Die Haltung der Gewerkschaftszentralen gegenüber der immer stärker aus der Arbeiterklasse selbst kommenden Forderung nach einem nationalen Generalstreik war zunächst gespalten. Vor allem die Zentralen der Gewerkschaften CISL (christdemokratisch) und UIL (sozialdemokratisch/sozialistisch), die mit den Regierungsparteien DC und PSDI (Sozialdemokraten) eng verfilzt sind, traten gegen einen Generalstreik auf. Die CGIL (‚kommunistisch') schwankte zwischen den kampfbereiten Arbeitern einerseits und den „Bündnispartnern" in den Zentralen der CISL und UIL andererseits. Quer durch die drei Gewerkschaften hindurch traten die Einzelgewerkschaften der in Tarifkämpfen stehenden Metaller, Chemie- und Textilarbeiter für einen nationalen Generalstreik ein.

Anfang Februar zeichnete sich die Ausrufung eines nationalen Generalstreiks ab, allerdings waren Zeitpunkt und Dauer noch ungewiß. **Einheitlich erklärten die drei Gewerkschaftszentralen jedoch, ein möglicher Generalstreik werde sich nicht gegen die Regierung richten.**

Am 7. Februar war örtlicher Generalstreik in Mailand. 150 000 Menschen kamen zu einer von den Gewerkschaften organisierten Kundgebung. Die am meisten verbreitete Parole der Demonstranten war: „Oggi si è rotta la tregua sociale – sciopero, sciopero generale" (Heute ist der soziale Friede gebrochen – Streik, Generalstreik).

Am folgenden Tag war Neapel und Kampanien im Generalstreik. Mehr als 200 000 Menschen versammelten sich in Neapel zu einer Protestkundgebung gegen die Teuerung, gegen die Verelendung Süditaliens.

Am 14. Februar, nach mehrtägigen internen Auseinandersetzungen, setzten die Gewerkschaftszentralen den Generalstreik schließlich für den 27. Februar an, jedoch befristet auf vier Stunden. Die Befristung auf vier Stunden ging auf die Führung der CISL und die sozialdemokratischen Kräfte in der UIL-Führung zurück, während die CGIL-Führung (und ein Teil der UIL-Führung) für einen 8-stündigen Streik eintrat. Die örtlichen Gewerkschaftsführungen in Rom und Kampanien riefen zu einem 24-stündigen Streik am 27. Februar auf. Auch zahlreiche Betriebe traten am 27. Februar in einen ganztägigen Streik.

Am Tag des nationalen Generalstreiks demonstrierten 80 000 Menschen in Turin, 50 000 in Florenz, 40 000 in Rom (der Demonstrationszug wurde von Bauern auf Traktoren und Taxifahrern angeführt). Starke Demonstrationen fanden in mehreren kleineren Städten Süditaliens statt: 15 000 Demonstranten in Bari und in Palermo, 20 000 in Salerno. In Mailand und Neapel hatten die Gewerkschaftsführungen keine zentralen Kundgebungen organisiert.

Die Gewerkschaften stellten den nationalen Generalstreik vom 27. Februar unter folgende Themen: staatliche Interventionen bei Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Schule; Unterstützung laufender Tarifverhandlungen; „politische Festsetzung der Preise" (besonders für die Grundnahrungsmittel und Mieten); Steuerreform; Anpassung der Renten/Pensionen an die gestiegenen Preise; Beschäftigungsgarantie für die von ‚Rationalisierungen' u. ä. Betroffenen.

Die italienische Bourgeoisie antwortete auf die zunehmende Mobilisierung des arbeitenden Volkes mit neuen Putschdrohungen. Die Ende Januar ausgelösten ‚Alarme' in zahlreichen Kasernen sind eine deutliche Mahnung in diese Richtung. Gleichzeitig wird mit Duldung und Förderung des Staates der Terror faschistischer Banden verstärkt (vgl. AK 40, S. 20). Ein faschistischer Bombenanschlag auf den Schnellzug Mailand-Bari, der ein Blutbad anrichten sollte, das noch weit schrecklicher gewesen wäre als die ‚strage di stato' (faschistischer Bombenanschlag auf eine Mailänder Bank 1969 mit 16 Toten) wurde am 29. Januar nur durch einen Zufall verhindert.

Negativ wirkt sich in dieser Situation aus, daß es den Gewerkschaftszentralen vorerst noch gelingt, die Stoßrichtung der Volkskämpfe weitgehend einzuengen und abzuschwächen. Der nationale Generalstreik vom 27. Februar etwa verband die ökonomischen Forderungen überhaupt nicht mit einer politischen Zielsetzung (Kampf gegen die Putschpläne der Bourgeoisie, Kampf gegen die Faschisierung, Kampf gegen die Versumpfung des Staatsapparats in Korruption und Kriminalität u. ä.).

Vielmehr ist es so, daß die Gewerkschaftszentralen vor den Drohungen der Bourgeoisie mehr oder weniger zurückschrecken. Dies gilt z. B. für die Erklärung, der Streik richte sich nicht gegen die Regierung, man wolle die Regierung nicht in eine Krise stürzen etc. Dies gilt vor allem für die CISL und UIL (sozialdemokratischer Flügel), die mit der Rumor-Regierung ohnehin eng verflochten sind. Die CGIL argumentiert aber, wenn auch nicht so deutlich und offen, ähnlich. Zum einen aus Opportunismus gegenüber den anderen beiden Gewerkschaftszentralen (mit de-

»



„Wir wollen Brot zu 100 Lire – lassen wir die Kapitalisten die Krise bezahlen" – „Vorwärts zum Generalstreik" – In Neapel demonstrierten am 8. Februar mehr als 200 000 Menschen gegen die Teuerung

„Wir wollen Brot zu 100 Lire – lassen wir die Kapitalisten die Krise bezahlen" – „Vorwärts zum Generalstreik" – In Neapel demonstrierten am 8. Februar mehr als 200 000 Menschen gegen die Teuerung

„Lotta dura–casa sicura" –

„Lotta dura–casa sicura" –

KAMPF UM WOHNRAUM IN ROM

Seit vielen Wochen findet in Rom ein Kampf zwischen Arbeiterfamilien auf der einen Seite und dem bürgerlichen Staat und Wohnungsbau-Spekulanten andererseits statt. Arbeiterfamilien besetzen Neubauwohnungen, die Polizei versucht, sie zu vertreiben. Die linke Zeitschrift „Avanguardia Operaia" berichtete schon Anfang Februar, daß in Rom etwa 3.000 Wohnungen besetzt seien. Bekannter wurde dieser Kampf außerhalb Italiens aber erst durch die besonders spektakuläre Besetzung der Basilika S. Paolo (eine der größen Kirchen Roms) am 6. März durch Arbeiterfamilien, die zuvor von der Polizei aus besetzten Wohnungen vertrieben worden waren. Einige Tage vorher waren schon zwei andere Kirchen in Außenbezirken Roms besetzt worden.

Der Wohnungsbau ist in Italien, wie überall im Kapitalismus, ein besonders „günstiges" Objekt für Spekulationen und Profitmacherei. „Avanguardia Operaia" schreibt, daß allein in Rom gegenwärtig 60 - 80.000 Wohnungen leer stehen, weil sie zu teuer sind, während andererseits 50.000 Menschen noch in Baracken hausen müssen. („AO", 5/74). Der italienische Wohnungsbau ist im wesentlichen in der Hand von sieben großen Unternehmen, bei denen u.a. Pirelli, Agnelli (FIAT) und der Vatikan kräftig mitmischen. Der Wohnungsbau ist stark zurückgegangen (1971 auf 1972 um etwa 50 %), 30.000 Bauarbeiter sind arbeitslos (nach „manifesto", 6.3.74). Gemäß den Gesetzen des Kapitalismus wird nicht nach den Bedürfnissen des Volkes produziert, sondern zur Erreichung des größten Profits. Also „Eigentumswohnungen" und Luxus-Wohnungen, statt menschenwürdigen und billigen Wohnraum für Arbeiterfamilien.

Daß (nicht nur in Rom) tausende dieser teuren Neubau-Wohnungen leer stehen, während Arbeiterfamilien in zu engen und kaputten Wohnungen, oder gar in Baracken, hausen müssen, ist eine besondere Provokation, die schon seit vielen Jahren immer wieder zur Besetzung leerstehender Wohnungen geführt hat.

Als Antwort auf die gewaltsame Räumung besetzter Wohnungen durch die Bullen (die das Mobiliar durch die Fenster nach draußen warfen und Hunderte von Einwohnern festnahmen) wurden Anfang März die Kirchen San Policarpo und San Giovanni Bosco in Außenbezirken Roms besetzt. Am 5. März demonstrierten über 10.000 Menschen für billigen Wohnraum, gegen den Bullen-Terror. Parolen waren „Affitto proletario, dieci percento del salario" („proletarische Miete, 10% vom Lohn" – eine Hauptforderung der Hausbesetzer und der sie unterstützenden linken Organisationen), „Regierung Rumor, Regierung der Ausplünderung", „Die Polizei macht uns keine Angst, noch härterer Klassenkampf!"

Die Besetzung von S. Paolo ab 6. März (nachdem die Polizei in der Nacht zuvor wieder zahlreiche besetzte Wohnungen geräumt hatte) scheint sich von den beiden vorausgegangenen Kirchen-Besetzungen durch eine klarere politische Stoßrichtung zu unterscheiden. Ein Vertreter des Komitees der Besetzer von S. Paolo wies darauf hin, daß der Vatikan selbst im Wohnungsgeschäft steckt. *„Wir stellen uns daher nicht unter die schützenden und paternalistischen Flügel der Kirche, wie es die Baracken-Bewohner von S. Policarpo und Don Bosco anscheinend getan haben, sondern wir sind hier auch als Akt der Anklage gegen die kirchlichen Autoritäten."* („manifesto", 8.3.74; die Besetzer der Kirchen S. Policarpo und Don Bosco sind ehemalige Barackenbewohner, die nach der Vertreibung aus besetzten Wohnungen in der Kirche Obdach gefunden haben und zumindest in Don Bosco auch mit Lebensmitteln versorgt werden; also weniger als in S. Paolo ein politischer Protest auch gegen schmutzige Geschäfte des Vatikan selbst).

Die Hausbesetzungen werden von linken Organisationen – wie „Lotta Continua", „Avanguardia Operaia" und „il manifesto" – intensiv unterstützt, während die revisionistische PCI darin Meister ist, immer neue Beschimpfungen der Hausbesetzer zu erfinden („Provokateure", „Akte des Vandalismus", „verantwortungslose Handlungen", „Anti-Volkskämpfe"). ●



Linke Organisationen setzten sich schon seit vielen Wochen besonders intensiv für einen Generalstreik ein: Karikatur „Avanguardia Operaia", 18.1.74 (Lama ist Chef der Gewerkschaft CGIL)

Wahlen in England

Die aus den Unterhauswahlen vom 28.2. hervorgegangene Labour-Regierung erfüllte zwei Tage nach Amtsantritt die Forderungen der Bergarbeiter nach rund 30% mehr Lohn, für die die Kumpel seit über drei Monaten gekämpft hatten.
Neuwahlen waren von der konservativen Regierung angesetzt worden, als sich die Bergarbeiter nicht davon abhalten ließen, gegen das staatlich verordnete Lohndiktat von 7% zu kämpfen und sich mit der überwältigenden Mehrheit von 81% für Streik entschieden hatten.
Wir schrieben in der letzten Nummer des ARBEITERKAMPF, daß die englischen Kapitalisten mit dieser Wahl angesichts der kämpferischen Haltung von Teilen der Arbeiterklasse abtesten wollten, inwieweit die Tories politisch abgewirtschaftet haben, nachdem sie in den letzten zwei Jahren im Eilmarsch ihr arbeiterfeindliches Programm im Auftrag der Kapitalisten durchgezogen haben; inwieweit es nicht günstiger ist, gegenwärtig Labour das Geschäft in die Hand nehmen zu lassen; wie also konkret das Mischungsverhältnis zwischen Druck und Betrug in Zukunft sein muß, um einerseits das Programm der Imperialisten weiter durchzuziehen, andererseits aber die Arbeiterklasse wieder zu beruhigen.
Das Wahlergebnis hat keiner der beiden großen Parteien eine absolute Mehrheit gebracht. Es hat nicht den von den Tories erhofften Rechtsruck (Bestätigung der Tory-Politik durch eine Mehrheit der Wähler) gegeben. Andererseits gab es kein klares Votum für die Labour Party, die noch in den letzten Monaten versucht hatte, sich nach „links" zu profilieren.
Auf dieser Grundlage war sowohl die Möglichkeit einer Verlängerung der Tory-Regierungsperiode, als auch der Wechsel zu Labour gegeben.
Für die Kapitalistenklasse aber war wegen der starken Unruhe in der Arbeiterklasse über die rapide Verschlechterung der Lebenslage ein Wechsel der Regierung angezeigt. Der unerwartet lang und hart geführte Bergarbeiterstreik sollte möglichst schnell beigelegt werden, da er bereits große Solidarität unter der Bevölkerung gefunden hatte.
Eine Labour-Regierung zum jetzigen Zeitpunkt ist die für die Kapitalistenklasse geschickteste Lösung: Die Arbeiterklasse hat zu ihr noch das größte Vertrauen, das auch noch dadurch aufgewertet wird, daß sie die Forderungen der Bergarbeiter erfüllte, eine für die Kapitalisten notwendige Maßnahme, um erst einmal wieder Ruhe zu haben.
Es ist durchaus anzunehmen, daß die Kapitalisten hier direkt auf die Liberalen eingewirkt haben, sich nicht den Konservativen zu einer Koalition zur Verfügung zu stellen. Andererseits ist eine Labour-Regierung, die ständig auf die Zustimmung kleiner und kleinster Parteien angewiesen ist, ohne Schwierigkeiten zu stürzen, wenn die Zeit gekommen ist.

Beide große Parteien haben in dieser Wahl Stimmen verloren: Die Konservativen 8,3%, Labour 5,7 %. Damit haben die Konservativen ihren Vorsprung von etwa 3% verloren.

Ein Stimmverlust für die Tories war bei dieser Wahl zu erwarten, zu brutal und offen hatten sie in den letzten Jahren das Geschäft der Kapitalisten betrieben. Neu bei dieser Wahl aber ist, daß Labour auch verloren hat, zwar nicht so viel wie Tory, aber doch so erheblich, daß sie – was die absolute Stimmenzahl angeht – immer noch unter Tory bleibt (siehe Kasten zum Wahlergebnis). Nur aufgrund des britischen Wahlsystems (Persönlichkeitswahl) ist die Labour-Fraktion um fünf Mann stärker als die der Tories.

Die Stimmen der kleinen Parteien und Organisationen, die sich zur Wahl gestellt haben, dagegen:

Die revisionistische Communist Party (CP) hat sich diesmal mit rund 50 Kandidaten zur Wahl gestellt. 1970 hatte sie nur 0,1% der Stimmen erhalten; das insgesamt höchste Wahlergebnis seit der Parteigründung war 1945 mit 0,4%. Zwei Sitze hat die CP damals in den 40igen Jahren im Unterhaus gehabt. Seit 1950 war kein CP-Mitglied mehr Abgeordneter.

Auch diesmal – 1974 – wird das Ergebnis insgesamt auf die 635 Wahlkreise berechnet für die CP nicht viel besser aussehen, obwohl wir noch keine offiziellen Zahlen darüber kennen: zwischen 0,1 und 0,2%. Rechnet man den Prozentualanteil der CP allerdings so aus, daß man die für sie abgegebenen Stimmen nur auf die Bezirke bezieht, in denen sie auch kandidiert hat, kommt man auf einen Durchschnitt von etwa 1,0%, wobei eine Handvoll von Bezirken dabei ist, in denen die CP etwa 2,2% bekommen hat. Im schottischen Wahlkreis Fife, der in den 40iger Jahren einen kommunistischen Abgeordneten ins Parlament schickte, sind es sogar 3,5%.

Weiterhin kandidierte die Workers Revolutionary Party (WRP) in neun Wahlkreisen. Sie wurde Ende des letzten Jahres von der „Socialist Labour League" gegründet und nennt sich „britische Sektion des Internationalen Komitees der vierten Internationale". Diese „Vierte Internationale" ist e i n e von heute insgesamt v i e r „Fraktionen" der 1938 von Trotzki gegründeten „Vierten Internationale", die sich 1953 erstmals spaltete. In der Tageszeitung der WRP „Workers Press" (Auflage unbekannt) wird die Rolle Trotzkis als „Kämpfer gegen die stalinistische Bürokratie" ständig betont. Die antikommunistischen Aussprüche einer solchen Figur wie Solschenizyn werden dankbar in der „Kritik" an der Sowjetunion mitverwendet.

Die westdeutsche „Schwesterpartei" der WRP ist der „Bund sozialistischer Arbeiter", der das zweiwöchentlich erscheinende Organ „Der Funke" herausgibt.

In den neun Wahlkreisen, in denen die WRP kandidierte, liegt sie im Durchschnitt bei 0,7%, in dreien bei 1%.

Die englische Ausgabe der „KPD/ML", die CPB/ML, kandidierte, nach unseren Informationen in fünf Kreisen und errang durchschnittlich nicht mehr als 0,5% der Stimmen.

Der zweite Teil des Artikels folgt in AK 42: „Das Regierungsprogramm von Labour – Kein Schrecken für die Kapitalisten" – „Sieg der Bergarbeiter". ■



Der Bergarbeiterfuehrer McGahey wird von jubelnden Bergleuten umdraengt, als bekannt wurde, dass der Vorstand sich fuer Streik entschlossen hatte.

	(1970)	1974	Sitze	
Tory	(46,4%)	38,1%	296	11,92 Mio. Stimmen
Labour	(43,0%)	37,2%	301	11,66 Mio. Stimmen
Liberale	(7,4%)	19,3%	14	6,05 Mio. Stimmen
Andere	(3,2%)	5,4%	24	1,69 Mio. Stimmen
	100,0 %	100,0 %	635	

Zu dem absurden Mißverhältnis von Prozentanteilen und Sitzen z.B. bei der Liberalen Partei kommt es auf Grund des englischen Persönlichkeitswahlrechts. Nach diesem Prinzip kommt nur der Kandidat ins Parlament, der in seinem Wahlkreis die meisten Stimmen erhalten hat. Theoretisch wäre es also durchaus möglich, insgesamt 49 % aller Stimmen zu bekommen, aber keinen Sitz im Parlament, wenn man in allen Wahlkreisen mit einem Prozent unterlegen ist. So kommt es auch dazu, daß trotz prozentualer Unterlegenheit der Labour Party (37,2% gegenüber 38,1% der Tories) mehr Labour-Kandidaten ins Unterhaus ziehen als Tories.

Deutlich wird an diesem Ergebnis, daß die Labour-Party es nicht geschafft hat, sich als glaubwürdige Alternative zur offen reaktionären Tory Partei aufzubauen. Offensichtlich haben viele Menschen dadurch, daß sie den Liberalen ihre Stimmen gaben, versucht, aus dem Teufelskreis der bürgerlichen Parteien Labour-Tory-Labour-usw. auszubrechen. Damit sind sie natürlich wieder bei einer bürgerlichen Partei gelandet, die – ähnlich wie die FDP bei uns – vom Überdruß breiter Teile der Wähler über die großen Parteien lebt.

Abwegig allerdings wäre es, diese „Protestwähler" als den Ausdruck einer „Linksentwicklung" zu interpretieren. Denn erstens ist die Liberale Partei eher den Tories ähnlich, z. B. ihre ausdrücklich „pro-europäische" Haltung angeht, oder auch das Einstimmen in die antikommunistische Hetze. Zweitens spricht das sehr schlechte Abschneiden der insgesamt vier kommunistischen (bzw. revisionistischen bis trotzkistischen) Parteien und Organisationen, die sich zur Wahl gestellt haben, dagegen:



Im September 73 protestierten 600 Metaller in London gegen die Lohnpolitik der Regierung. (Text auf dem Plakat: Preissenkung – ja! Lohnabbau – nein!)

DER PROZESS GEGEN DIE "24 VON SHREWSBURY"

In Shrewsbury stehen 24 Bauarbeiter vor Gericht. Ihnen wird vorgeworfen, während des offiziellen Bauarbeiterstreiks im Herbst 72 (!) (der allerdings auch erst nach spontanen Aktionen der Arbeiter für offiziell erklärt wurde) das Antistreikgesetz und das „Gesetz gegen Verschwörung" verletzt zu haben.

Die Staatsanwaltschaft hatte erst Anklage wegen „Schlägerei" und „Landfriedensbruch" erhoben, änderte dies allerdings vor Eröffnung des eigentlichen Verfahrens. Dazu schreibt der „Socialist Worker" am 22. Spet. 73: *„Den Rechtsanwälten der 24 wurde mitgeteilt, daß die Beschuldigten nun wegen ‚ungesetzlicher Versammlung' angeklagt würden, statt wegen ‚Landfriedensbruch'. Diese Entscheidung hatte der oberste Staatsanwalt getroffen, weil die Staatsanwaltschaft die Anklage auf Landfriedensbruch vor dem Mold Crown Court nicht glaubhaft machen konnte. Die Jury befand die Angeklagten für nicht schuldig und verwarf die Anklage."*

Zum Vorwurf „ungesetzliche Versammlung" kam wenig später noch die Unterstellung einer „Verschwörung" dazu, beides Vorwürfe, bei denen das Strafmaß wesentlich höher liegt als bei Landfriedensbruch.

Dieser Schachzug der Justiz war notwendig, da sich im Verlauf des Prozesses zeigte, daß die „Beweise" für Gewalttätigkeiten seitens der Angeklagten sehr fadenscheinig waren und die „Zeugen" in mehr als einem Fall im Kreuzverhör durch die Verteidigung umfielen: So konnte sich eine „Zeugin" im Kreuzverhör „nicht mehr genau" an den Stock erinnern, den sie vorher in der Hand von Dennis Warren, einem der Hauptangeklagten, gesehen haben wollte.

So fielen mehrere „Zeugen" um, die unter den Angeklagten „gewalttätige Streikposten wiedererkannt" hatten: Sie mußten zugeben, daß ihnen die Polizei vor der „Identifizierung" Fotos von den Angeklagten vorgelegt hatte.

Ein „Zeuge" hatte ausgesagt, daß John McKinsie Jones (auch ein Hauptangeklagter) auf einer Versammlung Steine geworfen hätte; ein anderer sagte, Jones hätte ihn bedroht; ein Polizei-Offizier sagte aus, er habe die Drohung auch gehört. Tatsache allerdings war, daß Jones zu der Zeit der Versammlung nachweislich zu Hause war.

John Llywarch, ebenfalls angeklagt, berichtete, daß man ihn bei der Polizei hatte zwingen wollen, falsche Aussagen gegen seine Kollegen zu machen. Als er sich weigerte, wurde er mit auf die Angeklagten-Liste gesetzt.

Dies sind nur einige der Ungereimtheiten in diesem Prozeß, die auf eine umfassende Verschwörung der Klassenjustiz mit der Polizei im Auftrag der Kapitalistenklasse hindeuten.

Durch die Änderung der Anklage von „Landfriedensbruch" auf „ungesetzliche Versammlung" und „Verschwörung" war die Stimmigkeit der Beweise für tatsächlich praktizierte Gewalttaten im Grunde unwichtig geworden. Jetzt brauchte man nicht mehr Tatsachen nachzuweisen, sondern es ging nur noch darum, eine ungesetzliche Gesinnung nachzuweisen, bzw. „verschwörerische Absichten".

Am 20. Dezember 73 wurden die Urteile gesprochen: drei Jahre ohne Bewährung für Dennis Warren, Bauarbeiter, Familienvater; zwei Jahre ohne Bewährung für Ricky Tomlinson, Bauarbeiter, Familienvater; neun Monate ohne Bewährung für John McKinsie Johnes, Bauarbeiter, Familienvater.

„Dieses sind Urteile zur Abschreckung", sagte Richter Mais. „In diesem Land ist die Gewalttätigkeit heutzutage viel zu sehr verbreitet. Es gibt viel zu viele Leute, die denken, ...sie könnten anderen ihren Willen aufzwingen."

Damit hatte Richter Mais in zynischer Offenheit seine Funktion bei diesem Spiel dargelegt: Abschreckung, Einschüchterung aller Arbeiter, die für ihre Rechte und ihre wirtschaftliche Existenz mit dem Mittel des Streiks und der Demonstration kämpfen.

„Ich glaube nicht, daß der Zeitpunkt des Shrewsbury-Schauprozesses zufällig war", sagt Jack Collins, Mitglied des Vorstandes der Bergarbeitergewerkschaft NUM. *„Er kam gerade, als unser Überstundenboykott wirksam zu werden begann. Ich glaube fest, daß der Shrewsbury Prozeß als ein Mittel zur Einschüchterung der Bergleute gedacht ist..."*

(Nach „Socialist Worker", 19.1.74)

Mit zu diesen brutalen Urteilen beigetragen, hatte die planmäßige Hintertreibung von Protestaktionen durch die Gewerkschaftsführungen und das absolute Totschweigen des Prozesses durch die bürgerliche Presse.

Die Prozesse gegen die restlichen 21 laufen gegenwärtig noch. Wir werden weiter darüber und über die durchgeführten Solidaritätsaktionen in der nächsten Nummer des ARBEITERKAMPF berichten.

Forts. Italien der soziale Friede ist vorbei

nen die CGIL-Führer die Bildung einer „Einheitsgewerkschaft" anstreben), zum anderen, um der Bourgeoisie wieder einmal ihren staatsbürgerlichen Verantwortungssinn" zu demonstrieren. Zum dritten aus Angst ebenso vor einem faschistischen Putsch wie vor einer revolutionären Massenbewegung.

PCI-Chef Berlinguer machte dazu auf dem „Arbeiterkongreß" der revisionistischen Partei (9./10. Februar) einige interessante Bemerkungen: die PCI sei gegen den ‚frontalen Zusammenstoß' (zwischen Proletariat und Bourgeoisie), wolle *„schrittweise die großen Probleme der Menschheit und Italiens lösen"*.

Der „italienische Weg zum Sozialismus" bedeutet *„Respekt und Verwirklichung der Verfassung"*.

„Außerhalb eines repräsentativen Systems, das auf den Parteien basiert, gibt es in Italien keine andere Alternative als eine reaktionäre Diktatur".

Die soziale Basis des Staates sei zu eng, vor allem, da die PCI ausgeschlossen sei. Deshalb sei das politische Regime Italiens *„zerbrechlich"* und *„neigt zur Degeneration"*. Man müsse *„ein Verhältnis vollen Vertrauens zwischen den Institutionen* (des bürgerlichen Staates) *und dem Volk, zwischen Regierung und Land"* schaffen. *„Das wahre Problem ist, den aus dem antifaschistischen Widerstand geborenen Staat ... wieder auf die Gleise der Verfassung zu bringen, um diesem Staat Repräsentativität, Autorität, Stärke zu geben." „Wir behaupten nicht, ohne Fehler zu sein. Aber wir glauben beweisen zu haben, daß wir die nationalen Interessen über jeden Teil-Geist (spirito di parte) zu stellen wissen."* (zitiert nach „l'Unità", 11.2.74)

Das Schicksal der italienischen Arbeiterbewegung wird davon abhängen, sich möglichst vollständig und rasch von dem Einfluß solcher „linker" Helden der bürgerlichen „Staats-Autorität" und der „nationalen Interessen" zu befreien. ●

Arbeitsunfälle - Ausdruck der Unmenschlichkeit des kapitalistischen Systems

Wie wohl jedem Kollegen auf der Kieler Großwerft HDW bekannt, explodierte am 5. September 73 der Container „City of Edingburgh" im Werk Ross.

Laut „HDW-Informationen" (Organ der Geschäftsleitung) vom 21. September entzündeten sich brennbare Farbdämpfe, die aus dem Steuerbord-Schmieröltank abgesogen werden sollten. 16 unserer Kollegen wurden dabei z.T. schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Am 13. September verunglückte hier in Kiel unser türkischer Kollege Sinan Aytekin tödlich. Angeblich soll er den vorgeschriebenen Weg an Bord von Neubau 56 verlassen haben. Er stolperte und stürzte 20 Meter in die Tiefe.

Selbstverständlich waren laut „HDW-Information" in beiden Fällen keine Verstöße gegen die Sicherheitsvorschriften von Seiten der Werft festzustellen.

Diese beiden Unfälle sind keine Einzelheiten bei HDW; sie reihen sich ein in eine ganze Kette ähnlicher Vorfälle, bei denen zwar kein Kollege ums Leben kam, aber doch so schwere Verletzungen auftraten, daß man bis heute nicht sicher weiß, ob die betroffenen Kollegen jemals wieder ganz hergestellt werden können. Hier nur ein kleiner Ausschnitt:

- Anfang Juni stürzte ein Schweißer von der Stellage.
- Mitte Juni stürzte ein Stellagenbauer von der Stellage.

In beiden Fällen lagen nach Ansicht der Kollegen zuwenig Planken auf dem Gerüst.

- Im Juli stürzte ein Kollege im Neubau ab und zog sich schwere Becken-, Bein-, Schulter- und Rippenbrüche zu.
- Im August ging wieder ein Schweißer knapp am Tode vorbei, er stürzte auf Dock 7 im Kettenkasten ab und blieb glücklicherweise mit seiner Jacke an einem Haken hängen.

Unfallursache – „menschliches Versagen"?

Kurz nach der Gasexplosion und dem tödlichen Absturz unseres türkischen Kollegen beeilte sich die Gewerbeaufsicht zu versichern – wie sie es wohl auch in den anderen genannten Fällen getan hätte –, „daß von Seiten der Werft kein Verstoß gegen bestehende Vorschriften vorlag", daß diese Unfälle vielmehr „den Mitarbeitern der HDW eine erneute Mahnung sein sollte(n), die aufgrund leidvoller Erfahrungen geschriebenen Unfallverhütungsvorschriften zu befolgen." („HDW-Informati-

sollte(n), die aufgrund leidvoller Erfahrungen geschriebenen Unfallverhütungsvorschriften zu befolgen." („HDW-Informati-

onen", 21. September 73) Und auch die bürgerliche Presse, wohlwissend, was die Kapitalisten von ihr erwarten, pißt zynisch aus dem gleichen Rohr: „ ...auch Stellagen, Bohlen und Leitern sind eben nur provisorische Schutz- und Traghilfen, die nicht immer die bequemsten Arbeitsplätze sind." („Kieler Nachrichten", 19. September 73)

Daß auch „Sicherheits"ingenieur Almendinger demagogisch erklärt: „ ... da kann vor allem bei mangelnder Konzentration des Arbeiters ein Unfall schnell geschehen", verdeutlicht einmal mehr, auf wessen Seite dieser Herr steht.

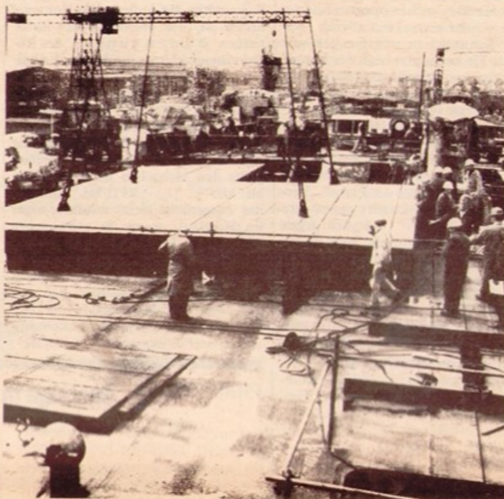
Der ehemalige VW-Chef Nordhoff (inzwischen ist er gestorben – allerdings nicht an einem Arbeitsunfall!) sagte es noch deutlicher und zynischer: „ ... daß es bei aller Narrensicherheit doch immer wieder einen Supernarren gibt, der trotz alledem zu seinem Unfall kommt."

„Sicherheit 2000" – kapitalistisches Betrugsmanöver

Aber zum Glück haben sich die Salzgitterkapitalisten (zu deren Konzern auch HDW gehört) etwas ganz Besonderes ausgedacht. Wenn wir Arbeiter schon mit unserer Gesundheit und unserem Leben Schindluder treiben, so wollen sie sich doch wenigstens von ihrer fürsorglichen Seite zeigen. Deshalb gibt es seit einiger Zeit den Wettbewerb „Sicherheit 2000", an dem alle Unternehmen des Salzgitterkonzerns mit mehr als 300 Arbeitern teilnehmen. Ziel dieses Wettbewerbs soll es sein, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Schutz der menschlichen Gesundheit zu fördern." (Vorstandsmitglied Birnbaum) Sind die Arbeitsplätze durch „Sicherheit 2000" für uns tatsächlich sicherer geworden? Wäre dieser Wettbewerb nicht durch die Broschüre „Die Salzgitter Gruppe" veröffentlicht worden, hätten wir wohl kaum jemals etwas davon erfahren. In der Praxis hat sich nämlich für uns überhaupt nichts geändert! Es sei denn dadurch, daß auf den Meldetafeln für Unfälle seit Monaten bemerkenswerterweise kein schwerer Unfall mehr verzeichnet ist. (Den tödlichen Unfall unseres türkischen Kollegen mußten sie wohl oder übel bekanntgeben, weil schon zu viele Kollegen davon wußten, und der ganze Schwindel mit der Meldetafel sonst zu offensichtlich geworden wäre.) Das heißt aber nicht, daß es tatsächlich keine schweren Unfälle mehr gegeben hätte – die obengenannten Beispiele beweisen das Gegenteil –, sondern das kann nur bedeuten, daß die Anzahl und vor allem die Schwere der Unfälle systematisch heruntergelogen werden, um so möglichst gut bei dem Wettbewerb abzuschneiden, um dann den Kollegen sagen zu können: „Seht Ihr mal, wir sind der sicherste Betrieb!"

Damit auch ja nicht zuviele Kollegen ihre Unfälle melden und zu Hause auskurieren, drohen die Kapitalisten immer stärker mit Entlassungen.

Um nicht wegen „zu hoher Ausfallzeiten" rausgeschmissen zu werden, aus Angst um ihren Arbeitsplatz zeigen viele von uns ihren Unfall erst gar nicht an, sondern „heilen" ihn am Arbeitsplatz aus.



Es zeigt sich also, daß der Wettbewerb „Sicherheit 2000" für uns nichts weiter als eine Farce ist, mit der uns die Kapitalisten vorgaukeln möchten, sie täten etwas für unsere Sicherheit.

Untersuchen wir deshalb die oben genannten Unfälle etwas näher.

sere Sicherheit.
Untersuchen wir deshalb die oben genannten Unfälle etwas näher.

Hemmungsloses Profitstreben auf unseren Knochen!

Obwohl der verantwortliche Ingenieur im Werk Ross wußte, wie leicht sich die Farbdämpfe entzünden können, hetzte er die Kollegen mit Gasbrennern so früh wieder in den Tank, daß es zur Explosion kommen mußte.

Hier sah sich sogar die kapitalistenfreundliche Gewerbeaufsicht gezwungen, HDW die Auflage zu machen, daß zwischen den Kollegen, die mit leicht entzündbaren Farben, und den Kollegen, die mit Gasbrennern arbeiten, ein bestimmter Sicherheitsabstand eingehalten werden muß.

Diese Auflage wurde dann aber auf Druck der HDW-Kapitalisten (man könne dadurch die Termine nicht einhalten, was für die Kapitalisten natürlich eine erhebliche Verminderung ihres Profites bedeutet) von der Gewerbeaufsicht zurückgezogen, und sie erklärte stattdessen, daß von Seiten der Werft kein Verschulden vorläge.

Unser Kollege Aytekin ist nach einhelliger Meinung der Kollegen nicht deshalb abgestürzt, weil er den vorgeschriebenen Weg verlassen hat, sondern weil die Sicherheitsvorkehrungen an Bord dermaßen schlecht sind, daß es früher oder später zu solchem Unfall kommen mußte.

Im Übrigen ist es so, daß die Unfallrate der ausländischen Kollegen etwa doppelt so hoch liegt wie bei den westdeutschen Kollegen. Das liegt nicht etwa daran, daß diese Kollegen dümmer wären als wir – so wie es uns die Kapitalisten immer weismachen wollen –, das liegt vielmehr daran, daß diesen Arbeitern körperlich besonders schwere Arbeitsplätze zugewiesen werden, an denen die Unfallrate sowieso höher ist.

Auch die Kollegen in Gaarden sind nicht deshalb von der Stellage gestürzt, weil sie besonders leichtsinnig waren, sondern weil die Stellagen morsch und brüchig sind und zuwenig Planken aufliegen.

Die rechten Schreiberlinge der „Kieler Nachrichten" übrigens beeilten sich wie gewohnt – als treue Verteidiger ihrer kapitalistischen Brötchengeber – diese Tatsachen diensteifrig herunterzuspielen oder zumindest zu beschönigen: Ihr zudem grenzenlos zynischer Kommentar: „Auch Stellagen, Bohlen und Leitern sind eben nur provisorische Schutz- und Traghilfen!" Eben diese Stellagen, Bohlen und Leitern sind jedoch unsere täglichen Arbeitsplätze! Was die „KN" vertuschen wollen, ist dies: In allen genannten Fällen wurden die Kollegen Opfer der hemmungslosen Profitgier der HDW-Kapitalisten; an primitivsten Sicherheitsvorkehrungen wird gespart, und wenn sogar einmal minimale Vorkehrungen vorhanden sind, wird es den Kollegen durch die ungeheure Arbeitshetze praktisch unmöglich gemacht, diese einzuhalten.

Die Ursache der meisten Arbeitsunfälle sind die inhumanen kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Ziel der kapitalistischen Produktion ist nämlich einzig und allein die ständige Vermehrung des Profits für die Kapitalisten, während die Arbeiter zu bloßen Werkzeugen degradiert werden, die nur solange gebraucht werden, wie sie funktionieren und sofort abgestoßen werden, wenn sie verschlissen sind.

Gerade in der letzten Zeit tönt die bürgerliche Presse von den Supertankern, die bei HDW in Auftrag gegeben worden

Gerade in der letzten Zeit tönt die bürgerliche Presse von den Supertankern, die bei HDW in Auftrag gegeben worden

sind. Aber trotz Dockerweiterung und Auftragsabschlüssen von vier Tankern von je 470.000 tdw, gab Vorstandsmitglied Birnbaum in einem Interview bekannt, daß damit keine Kapazitätsausweitungen verbunden seien.

Was heißt das für uns?
Wenn trotz steigender Aufträge die Belegschaftsgröße im wesentlichen konstant bleiben, ja sogar reduziert werden soll, kann das für uns doch nur bedeuten, daß wir noch stärker als bisher schon angetrieben werden, daß man die Ausbeutung weiter intensiviert.

Akkord ist Mord!

Dabei ist es heute schon so, daß wir bei der ständigen Antreiberei kaum dazu kommen, die lächerlichsten Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Mit dem Akkord im Nacken ist es schlechterdings unmöglich zu überprüfen, ob alle Kabel hinreichend isoliert sind, ist es unmöglich, jede Maschine erst zu stoppen, bevor man sei reinigt; es sei denn um den Preis ganz erheblicher Lohneinbußen. Weiter kann das für uns nur heißen, daß die Vorgabezeiten noch knapper bemessen werden (vergl. MaK), daß man unsere sowieso schon zu kurzen Erholungspausen noch weiter verkürzt.

Da kann dann ein Herr Almendinger frech daherkommen und dummdreist von der „mangelnden Konzentration des Arbeiters" schwadronieren. Wo soll denn die Konzentration letztlich noch herkommen, wenn wir acht Stunden am Tag und noch mehr von einer Arbeit zur anderen gehetzt werden?

Karl Marx schreibt dazu folgendes: „Die Ökonomisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel, erst im Fabriksystem treibhausmäßig gereift, wird in der Hand des Kapitals zugleich zum systematischen Raub an den Lebensbedingungen des Arbeiters während der Arbeit, an Raum, Luft, Licht und an persönlichen Schutzmitteln wider lebensgefährliche und gesundheitswidrige Umstände des Produktionsprozesses, von Vorrichtungen zur Bequemlichkeit des Arbeiters gar nicht zu sprechen."
(Karl Marx, Kap. I, S. 448 f.)

Doch nicht nur, daß man uns kaum Zeit läßt, um uns zu erholen. Die Kapitalisten denken sich auch immer neue Mittel aus, um unsere Arbeitskraft noch intensiver auspressen zu können. Eines dieser Mittel ist der Programm- und Prämienlohn, der in Halle sechs schon probeweise eingeführt wurde.

Durch dieses Programm- und Prämiensystem werden mehrere Kollegen verschiedener Berufe in einer Kolonne zusammengeschlossen. Jeder Kollege soll alles machen, d.h. der Schweißer haut, der Hauer schweißt usw., wie es gerade kommt, so daß während der gesamten Arbeitszeit kein „Leerlauf" entstehen kann. Das Akkordsystem bringt für die Kapitalisten ganz entschiedene Vorteile:

- dadurch daß in einer Kolonne alle alles machen, der eine also nicht mehr auf den anderen zu warten braucht, wird die Ausbeutung für uns erheblich intensiviert, ohne daß sich der Lohn für uns erhöht.
- durch den Gruppenakkord soll die Spaltung unter den Kollegen noch weiter verstärkt werden. Für die niedrigen Löhne sollen nicht mehr die Kapitalisten verantwortlich gemacht werden, sondern die Kollegen sollen sich die Schuld gegenseitig in die Schuhe schieben.

Gegen das menschenfeindliche kapitalistische Ausbeutersystem

Aber nicht nur auf ökonomischer Ebene werden die Kollegen gespalten und am gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalisten gehindert.

So war es z.B. beim Absturz unseres türkischen Kollegen so, daß einige Kollegen meinten: „Wenn der 20 Meter tief gefallen ist, hätte er unterwegs ja noch eine Flasche Korn trinken können!" oder „auf jeden Neubau kommt nun mal ein Toter!"

Anstatt die hier gebotene Solidarität zu zeigen, stehen viele Kollegen diesen Unfällen hilflos gegenüber oder ziehen die Sache sogar ins Lächerliche.

Hier ist es den Kapitalisten bis jetzt noch gelungen, uns untereinander zu spalten, so daß viele Kollegen die Ursache für die ständigen Unfälle unter uns selbst suchen, und nicht dort, wo sie tatsächlich liegen – nämlich im kapitalistischen System.

Im Kapitalismus sind wir gezwungen, unsere Arbeitskraft an die Kapitalisten, die im Besitz der Produktionsmittel sind, zu verkaufen. Die Kapitalisten sind wiederum aufgrund des internationalen kapitalistischen Konkurrenzkampfes gezwungen, immer neue Mittel zur Verbilligung und zur Beschleunigung der Produktion zu finden. Um also nicht Profite einbüßen zu müssen, wird zu allererst an den für die Arbeiter notwendigen Schutzvorrichtungen gespart. Andererseits wird der Arbeiter so angetrieben, daß er die wenigen vorhandenen Vorrichtungen kaum in Anspruch nehmen kann. So stehen denn Arbeitsunfälle auf der Tagesordnung. Durch das Geschwätz vom „menschlichen Versagen" und vom „tragischen Schicksalsschlag" sollen wir uns mit diesen Unfällen abfinden, ja sollen sie kaum noch wahrnehmen! Nicht zuletzt auch an den ständig steigenden Unfallraten in allen kapitalistischen Ländern wird die ganze Unmenschlichkeit des kapitalistischen Systems, das uns immer mehr zu verrohen und zu gefühllosen Arbeitstieren zu machen sucht, deutlich!

Doch das muß nicht so sein. In den sozialistischen Ländern, wo die Produktionsmittel nicht Besitz kapitalistischer Privateigentümer, sondern gesellschaftliches Eigentum sind, wo nicht für den Profit einiger weniger, sondern für die Bedürfnisse der werktätigen Masse produziert wird, sinken die Unfallraten, gibt es diese Unmenschlichkeit nicht mehr.

Was können wir für unsere Sicherheit tun?

Obwohl die ständig zunehmenden Arbeitsunfälle im Wesen der kapitalistischen Ausbeuterordnung begründet liegen und infolgedessen erst im Sozialismus systematisch bekämpft werden können, müssen wir bereits jetzt erste Schritte gegen die Unfallgefahr am Arbeitsplatz unternehmen. Inwieweit solche Maßnahmen gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden können, hängt natürlich vom Kräfteverhältnis ab.

Konkret sollten wir darauf orientieren, daß wir

- im Betrieb keine Arbeit mehr anfassen, die nicht genügend gegen Unfälle gesichert ist und
- daß die Sicherheitsbeauftragten von uns direkt gewählt und nicht von den Kapitalisten eingesetzt werden. Wir müssen diese Beauftragten, wenn sie ihre Aufgabe nicht ordentlich erfüllen, jederzeit wieder abwählen können. Die Sicherheitsbeauftragten müssen von der Arbeit bei gleichem Lohn freigestellt werden, so daß sie sich wirklich um unsere Sicherheit kümmern können. ■

Eine HDW-Betriebszelle des KB/Gruppe Kiel

Anzeige

Viel Rauch und wenig Feuer

ZUM TREIBEN DER „KPD/ML" BEI HDW/HAMBURG

Seit Juli 72 verteilt die „KPD/ML" vor der Hamburger Werft HDW eine Betriebszeitung namens „Frischer Wind". Die Arbeiter wurden darin unermüdlich aufgefordert, sich doch endlich „in der Betriebszelle der KPD/ML zu organisieren".

Tatsächlich bestand die „Betriebszelle" aus e i n e m „KPD/ML"er, der sich seine Informationen für den „Frischen Wind" zum guten Teil bei KB-Genossen holte.

Im Oktober 73 hielt die „KPD/ML" den Zeitpunkt für gekommen, eine spezielle Lehrlingszeitung einer imaginären „Werftjugendzelle der Roten Garde" bei HDW herauszubringen. Das Blatt heißt „Rote Garde". Die „Rote Garde" versucht permanent den Eindruck zu erwecken, als sei die „KPD/ML" bei HDW unheimlich stark und aktiv. Hierbei sind ihr natürlich im Werk selbst gewisse Grenzen gesetzt, weil die Kollegen sich selbst ein Bild vom „Einfluß" dieses geltungssüchtigen Haufens machen können. Vor anderen Betrieben verteilt die „KPD/ML" dagegen Flugblätter, die gezielt den Eindruck erwecken sollen, als ob *„die Ereignisse bei Reichold, bei HDW"* (wo insgesamt 17 Kollegen von Gewerkschaftsausschlüssen bedroht sind) auf das Konto der „KPD/ML" kommen und die *„jämmerliche Angst"* der Kapitalisten und Gewerkschaftsführer *„vor der geballten Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD/ML"* beweisen würden (Flugblatt der „KPD/ML" und Roten Garde , Hamburg, 10.1.74).

‚Mehr Schein als Sein' ist ohnehin das erste Prinzip der „KPD/ML". Sie hat dabei viel Ähnlichkeit mit einer besoffenen Maus, die sich lärmend anheischig macht, „dem Löwen eins auf die Schnauze zu haun". So etwa, wenn sie in einem Flugblatt zur Hamburger Bürgerschaftswahl protzt, die Kapitalisten hätten **„panische (!) Angst, daß ihnen Hamburgs Bevölkerung (!) zur Wahl am 3. März die langverdiente Antwort und der KPD/ML ihre Stimme gibt."** (Febr. 74).
langverdiente Antwort und der KPD/ML ihre Stimme gibt." (Febr. 74).
Wenn die Kapitalisten davor wirklich „panische Angst" hatten, so haben sie sich jedenfalls ganz unnötig gesorgt: die „KPD/ML" bekam ganze 3.000 Stimmen.

Nützliche Idioten der DGB-Führer

Wie im ARBEITERKAMPF verschiedentlich berichtet, hat die Hamburger IGM-Führung einen Angriff auf die kämpferische Jugendvertretung bei HDW gestartet. Alle fünf Jugendvertreter sollen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Diese Situation war der „KPD/ML" gerade recht, um wilde Angriffe gegen die Mehrheit der Jugendvertreter zu starten, sie als Opportunisten zu beschimpfen und schließlich die Jugendvertretung zu spalten, indem ein Jugendvertreter veranlaßt wurde, eine p r i v a t e politische Erklärung in der „Roten Garde" abzugeben, da die Erklärung der Jugendvertretung zu den Vorgängen nicht „revolutionär" genug gewesen sei.

Was die „KPD/ML"-Führer unter Solidarität verstehen, zeigt außerdem ein Artikel im „Roten Morgen" vom 9.2.74, der zur Täuschung den Titel trägt: *„HDW – Weg mit dem Ausschlußantrag"*. Richtiger müßte er heißen: „Weg mit dem KB". Denn der Artikel baut sich etwa folgendermaßen auf: die ersten 25 % gegen die HDW-Kapitalisten, die zweiten 25 % gegen die DKP und die restlichen 50 % gegen den KB. Kein Wort, buchstäblich, gegen die Gewerkschaftsführer, die doch den Ausschluß der Kollegen betreiben. Dafür alberne Vorwürfe gegen den KB wie etwa *„Er redet davon, man dürfe die Widersprüche zur D,K'P nicht unnötig verschärfen"* oder *„Sie vertuschen die Tatsache, daß die DGB-Führung die Interessen der Kapitalisten vertritt."*

Der Mehrheit der Jugendvertretung wirft die „KPD/ML" vor, daß sie sich in ihrer Erklärung zum Angriff der IGM-Führer nicht *„als Kommunisten bekannt"* hätten. Die Jugendvertreter glauben, so schreibt die „KPD/ML", *„daß die Arbeiter zu dumm sind um zu verstehen, daß Kommunismus die Sache ist, die ihnen wirklich aus der Misere raushilft und die wirklich die Sache der Arbeiter ist. Wer Kommunist ist und nicht offen seine Meinung kundtut, der dient damit auch dem Kapital."* („Rote Garde", 6.2.74)

Tatsächlich haben die solcherart „solidarisch" angemachten Jugendvertreter in ihren Erklärungen aus ihrer politischen Haltung kein Geheimnis gemacht. Was aber von der „KPD/ML" vermißt wurde, geht daraus her-
ML" vermißt wurde, geht daraus her-
vor, daß die in der „Roten Garde" abgedruckte Privaterklärung eines Mitglieds der Jugendvertretung mit dem treuherzigen Satz beginnt: **„Ich bekenne mich zum Kommunismus".** Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir. – Anscheinend haben manche Genossen in der „KPD/ML" den Unterschied zwischen Kommunisten und den ‚Zeugen Jehovas' noch nicht richtig begriffen.

Die Linie der „KPD/ML" gegenüber der HDW-Jugendvertretung ist im Grunde provokatorisch und eine Schützenhilfe für die IGM-Führer. An einem weiteren Beispiel wird das noch deutlicher. Bei HDW gibt es eine gewerkschaftliche Jugendgruppe, die nach ihrem Tagungsort (Jugendheim Stintfang) als „Stintfang-Gruppe" bekannt ist. Diese gewerkschaftliche Jugendgruppe ist den Hamburger IGM-Führern schon lange ein Dorn im Auge, und dies spielt auch beim Ausschluß-Angriff auf die Jugendvertretung eine Rolle. Die „Rote Garde" schreibt dazu im Stil waschechter agents provocateurs: *„Die Stintfang-Gruppe entwickelt sich immer mehr zu einer revolutionären gewerkschaftsoppositionellen Gruppe (RGO)!"* („Rote Garde"-‚Extrablatt', im Februar verteilt). Es ist klar, daß man mit solchen Provokationen auf die Dauer jeden gewerkschaftsoppositionellen Ansatz kaputt machen kann. Für die „KPD/ML" geht es nicht um beharrliche Massenarbeit (die meist ohne große Sprüche vor sich geht), sondern um spektakulären Krawall, um das Ausposaunen von „Erfolgen".

In der Gewerkschaft selbst predigt die „KPD/ML" das Zurückweichen vor den arbeiterverräterischen Führern, will die Gewerkschaft im Grunde kampflos diesen Agenten der Bourgeoisie überlassen. Es entspricht der ‚Politik' der „KPD/ML", daß sie diese objektiv rechtsopportunistische Linie wieder einmal mit allerlei „linken" Schnacks zu rechtfertigen versucht. Sie behauptet, daß der Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie „Illusionen schürt" und „Verrat" ist (vgl. dazu den Gewerkschafts-Artikel in AK 40, S. 7/8). So wird im HDW-Artikel des „Roten Morgen" (9.2.74) dem KB vorgeworfen, er führe den innergewerkschaftlichen Kampf unter der Parole „Verteidigt die Gewerkschaft gegen ihre wirklichen Spalter!", nämlich gegen die Gewerkschaftsführer. Nun ist das zwar nicht unsere zentrale Parole für den innergewerkschaftlichen Kampf (die lautet nämlich **„Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!"**), entspricht aber doch einem Teilaspekt unserer Gewerkschaftspolitik. Sie entspricht auch der Politik der Kom-
unserer Gewerkschaftspolitik. Sie entspricht auch der Politik der Kom-
munistischen Internationalen (vgl. dazu ebenfalls den Artikel in AK 40).

Im Grunde ist es so, daß die „KPD/ML" es a b l e h n t , die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer konsequent als Spalter vor den Massen zu entlarven. Sie wehrt sich z.B. auch gegen die Forderung nach Austritt des DGB aus der „Konzertierten Aktion", weil das *„Illusionen schürt"*. Man dürfe auch nicht um innergewerkschaftliche Demokratie kämpfen, denn da sei ja doch *„nichts drin"* (Flugblatt der „Roten Garde", im Nov. 72 verteilt).

Die Gewerkschaftsführer können sich zu einem solchen „unversöhnlichen Gegner" nur beglückwünschen.

Der primitivste Antikommunismus bei rückständigen und verhetzten Kollegen erscheint der „KPD/ML" als idealer politischer Anknüpfungspunkt für ihre „Revisionismus-Kritik", entsprechend der schon vor Jahren gefaßten Erkenntnis einer Bochumer Betriebszeitung der „KPD/ML": **„Der ‚Antikommunismus' vieler Kollegen ist eigentlich Antirevisionismus"** („Zündkerze", Nr. 5/1970).

Die „Rote Garde" bei HDW schreibt etwa: *„Sozialismus – ja! Aber was für einen? Etwa so eine faschistische Bonzenherrschaft wie in der Sowjetunion oder in der DDR? Danke bestens, da geht es den Arbeitern doch genauso dreckig wie hier."* (verteilt im November 73). Und an anderer Stelle noch deutlicher: *„Jeder (!) von uns weiß selbst (!), daß dort die Arbeiter noch schlimmer unterdrückt werden wie hier."* („Rote Garde", 6.2.74)

Es liegt doch auf der Hand, daß bei der augenblicklichen Entwicklung der Arbeiterbewegung d a s , was „jeder selbst weiß", weitgehend auf der Stufe des von der Bourgeoisie verbreiteten Antikommunismus steht. Während es die Aufgabe der Kommunisten ist, die gesellschaftlich-historischen B e d i n g u n g e n des Revisionismus klar zu machen und diese Zustände k o n k r e t aufzuzeigen, hängt die „KPD/ML" sich bedenkenlos an den Antikommunismus an. Vorurteile werden bestätigt, die nur den Kapitalisten nützen („Drüben gehts den Menschen noch dreckiger als hier"). Die „KPD/ML" imitiert die bürgerliche Hetze mitunter sogar im Wortlaut, wenn sie etwa gegen die „faule Funktionärsclique" in der DDR schreibt („Frischer Wind", Februar 74). Es war eine konsequente Krönung dieser ‚Politik', daß sich auf einer Veranstaltung in der Uni (vor einem mehrheitlich antikommunistischen Publikum!) ein „KPD/ML"er hinstellte und Solschenizyn verteidigte, „weil die Sowjetunion faschistisch ist und man Kritiker des Faschismus verteidigen muß".

Politik und Propaganda der „KPD/ML" zeichnet sich einmal aus durch phrasenhaftes, hysterisches und super„linkes" Geschrei (mit dem Ergebnis einer Diskreditierung des Kommunismus), zum anderen durch völlig prinzipienloses Nachgeben gegenüber dem vorherrschenden Antikommunismus, der teilweise von dieser Gruppe um weitere Nuancen bereichert und angeheizt wird. Bestehende Ansätze einer fortschrittlichen politischen Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft, sowie in anderen gesellschaftlichen Bereichen werden bedenkenlos der prahlsüchtigen Selbstbeweihräucherung dieser „Partei" geopfert. Bei HDW sah das so aus, daß die „KPD/ML" bemüht war, in ihrer Presse die aktive gewerkschaftliche Jugendgruppe („Stintfang-Gruppe") in eine „RGO"-Gruppe umzulügen, bzw. die Lehrlinge in diese Falle zu locken. Im Ergebnis hätte dies der Gewerkschaftsführung eine Erleichterung bei deren Ausschluß-Bemühungen gegenüber fortschrittlichen Kollegen gebracht. Diese Versuche und die Tatsache, daß die „KPD/ML" sich bemüht, die Arbeiterlinke aus dem gewerkschaftlichen Kampf herauszuhalten oder abzusaugen, bestätigt ihre Rolle als Zutreiber für die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung und erleichtert auch der DKP ihr demagogisches Geschäft im Kampf gegen kommunistische und oppositionelle Arbeiter. Eine Zusammenarbeit mit der „KPD/ML" bedeutet in der Regel den politischen Selbstmord und das sinnlose Verheizen sympathisierender Kollegen. ■

Metallkomitee, KB/Gruppe Hamburg und ARBEITERKAMPF-Redaktion

FRANKREICH

Santiago in Marseille

Die trüben Gewässer der mehr oder weniger parallelen Polizeien geraten wieder in Bewegung. Die linke französische Zeitung „Libération" belegt mit Dokumenten, daß das „Service d'action civique" (SAC) in Zusammenarbeit mit der DST (Détection sûreté du territoire) 1968 beabsichtigte, in den Sportstadien von Marseille Militante aus den Gewerkschaften und linken Organisationen einzusperren.

In dieser Affäre werden verschiedene Namen genannt. Einige der Genannten haben eine faschistische Vergangenheit, aber das kennt man ja: das ist das traditionelle gaullistische Personal. Die Tatsache aber, daß offizielle Behörden, wie die DST, systematisch repressive Maßnahmen faschistischer Art organisieren, um eine Volksbewegung wie die vom Mai 68 niederzuschlagen, zeigt deutlich, daß diese Initiative von den Führern des gaullistischen Regimes selbst gedeckt worden ist.

Der Innenminister hieß damals Christian Fouchet. Der Chef vom SAC war damals Foccard.

Seit dem Mai 68 hat Marcellin die gaullistische Tradition erfolgreich fortgesetzt. Die Ausbreitung der Telefonbespitzelung, die verschiedenen Verbote gegen revolutionäre Organisationen, wie die Gauche Prolétarienne oder die Ligue Communiste, das Verbot der nationalen Unabhängigkeits-Bewegungen, all dies reiht sich ein in den Bürgerkriegsplan, der von der Regierung vorbereitet wird.

Zweifeln wir nicht daran: mit Chirac am Place Beauveau wird die gleiche Politik fortgesetzt, werden die gleichen Methoden praktiziert. Die Männer der V. Republik, ob es die gaullistische oder die pompidouistische Republik ist, das sind alles die Männer, die aus dem Putsch vom 13. Mai 1958 hervorgegangen sind. ■

(aus: Révolution! Nr. 47, 1. März 74)

Chirac: neuer Innenminister
Place Beauveau: Innenministerium
SAC: gaullistische Parallel-Polizei

Forts. von Seite 1

Wie im 'Wilden Westen': Sonderrecht für Bullen

Gegenbeispiel: Werner Hoppe, Begleiter der am 15. Juli 71 von der Polizei erschossenen Genossin Petra Schelm, wurde zu 10 Jahren verurteilt, weil er auf der Flucht vor der Polizei einige ungezielte Schüsse abgegeben hatte (ohne jemanden zu verletzen).

Der Vergleich bestätigt, daß der Kapitalisten-Staat die Mitglieder seines Unterdrückungsapparates bewußt unter Sonderrecht stellt.

„Der bürgerliche Staat, der sich eine willige Terror-Truppe heranziehen möchte, muß dazu seinen Leuten das Gefühl geben, daß er in jedem Fall hinter ihnen steht und ihre Handlungen deckt." (AK 39, S. 26, Zwei Urteile, zweierlei „Recht").

Weiteres Beispiel: Ein Frankfurter Maschinenbuchhalter und Amateur-Detektiv, der eine Geldstrafe nicht bezahlen konnte, wurde von der Polizei verhaftet. Unterwegs im Auto und auf der Wache machten sich die Bullen über den „kleinen Detektiv" und „Gelegenheitsarbeiter" lustig, der seinerseits auf diese Sticheleien einging und schließlich (bereits auf der Wache) einen der Polizisten als „Lügner" bezeichnete. Der Bulle schlug zu, woraufhin der Buchhalter mit einem Aktenordner nach ihm warf. Nunmehr wurde er von fünf Bullen brutal zusammengeschlagen.

Im Prozeß sagte der Staatsanwalt zu den Bullen: **„Wenn Sie einem Festgenommenen eine scheuern, ist das ja nichts Schlimmes, das verstehen wir ja."** („Frankfurter Rundschau", 11. 8.72). Er forderte, den Buchhalter zu 8 Monaten ohne Bewährung „wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt" zu verurteilen, und der von den Bullen Zusammengeschlagene mußte noch froh sein, daß er schließlich mit einer Geldstrafe von 2.500 DM „davonkam".

Es ist „nichts Schlimmes", sondern „ganz normal", wenn die Bullen einen Festgenommenen beschimpfen, provozieren und prügeln. Dies dürfte recht häufig vorkommen, und der höhnische Kommentar der Bullen auf der Wache „Das beweisen Sie uns erst mal. Wir sind hier fünf gegen einen" spricht Bände. Wer sich nicht wehrlos prügeln läßt, kann obendrein mit einem Verfahren wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" rechnen.

Leichtfertiges „Spielen" mit der Schußwaffe und mit Leben und Gesundheit anderer Menschen, pathologische Protzerei mit der Waffe auch im Privatleben, Wildwest-Mentalität („Ich bin das Gesetz!") und Willkür gegenüber Festgenommenen („Der kann uns ja doch nichts beweisen") widerspiegeln die vom Kapitalistenstaat vorangetriebene Faschisierung der Polizei. Diese Tendenz wird von Gerichtsurteilen wie den hier beschriebenen forciert, die dem einzelnen Bullen das Gefühl geben, daß er sich ungestraft alles erlauben kann. ●

Polizisten wegen Waffen-Schmuggels verhaftet

fjr. **Hagen (Westfalen), 5. 3.**

Ein Polizeimeister vom Revier in Hagen lebte nach Feierabend wie ein Playboy — obwohl er nur 1500 Mark brutto verdiente. Das fiel seinen Kollegen auf und schon war's aus.

Der Polizist, 30 Jahre alt, sportlich, mit unternehmungslustigem Schnauzbart, spendierte für die Bardamen im Hagener Vergnügungsviertel Whisky und Wodka, er fuhr einen gelben Sportwagen für 14 000 Mark, er trug nur maßgeschneiderte Anzüge. Und das, obwohl er an seine geschiedene Frau 700 Mark Unterhalt zahlen mußte.

Die Kollegen von der Kripo beschatteten den Polizisten vier Wochen lang. Er wurde ertappt, als er einem ägyptischen Diskjokkey eine Pistole verkaufen wollte. Wegen Waffenschmuggels, Zuhälterei und Begünstigung im Amt (er soll der Unterwelt Tips über bevorstehende Razzien gegeben haben) wurde er jetzt verhaftet. Ein anderer Polizist wurde ebenfalls festgenommen, weil er dem Ägypter Munition besorgt hatte — aus Polizeibeständen.

„Bild", 5.3.74

Was übrig blieb, nahm die Polizei

he. **München, 2. 3.**

Zwei Funkstreifen-Polizisten wurden nachts zu einem Münzgeschäft am Münchener Stachus gerufen, das ausgeraubt worden war. Die Beamten machten es den Einbrechern nach und stahlen Münzen im Wert von 10 000 Mark. Als sie die Münzen verkaufen wollen, wurden sie gefaßt. Die Polizisten (27 und 32, Familienväter) wurden vom Dienst suspendiert.

„Bild", 2.3.74

Eine Begleiterscheinung der Faschisierung der Polizei ist die Zunahme „gewöhnlicher" krimineller Handlungen von Polizisten. Vgl. dazu AK 36, S. 25, Kriminell auch außer Dienst.